

<b>Zeitschrift:</b>	Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern
<b>Herausgeber:</b>	Historischer Verein des Kantons Bern
<b>Band:</b>	78 (1995)
<b>Artikel:</b>	Geschichte des Kantons Bern seit 1798. Band 4, Im Strom der Modernisierung : Bevölkerung, Wirtschaft und Umwelt 1700-1914
<b>Autor:</b>	Pfister, Christian
<b>Kapitel:</b>	3: Das Gewicht der Menschen
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-1070981">https://doi.org/10.5169/seals-1070981</a>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

### 3. DAS GEWICHT DER MENSCHEN

---

#### 3.1 *Aufgaben und Methoden der demographischen Forschung*

In der Bevölkerungsgeschichte des Kantons Bern und der Schweiz verbinden sich Erscheinungen, die sich europäischen oder weltweiten Strömungen zuordnen lassen, mit Vorgängen, die an den besonderen Charakter des schweizerischen oder bernischen Raumes gebunden sind. Während der Bevölkerungsprozess in der Frühen Neuzeit noch stark durch lokale und regionale Besonderheiten geprägt ist, setzen sich vom 19. Jahrhundert an überregionale Tendenzen durch<sup>1</sup>. Die bernische Bevölkerungsgeschichte geht sozusagen in der schweizerischen und in der europäischen auf. Von daher wird verständlich, dass in der vorliegenden Darstellung der älteren Zeit mehr Raum gegeben wird.

Die derzeit gültige Lehrmeinung geht davon aus, dass das Bevölkerungsgeschehen der traditionalen Gesellschaften von lokalen und obrigkeitlichen Entscheidungsträgern im Sinne einer Anpassung der Bevölkerungsgröße an den Nahrungsspielraum durch soziale Mechanismen instrumentalisiert wurde. Dadurch konnten Menschenverluste durch Kriege, Epidemien und Missernten relativ rasch ausgeglichen und wirtschaftliche Expansionsmöglichkeiten wie die Einführung von Heimindustrie oder von produktiveren Anbausystemen in demographisches Wachstum umgesetzt werden. Im Rahmen der Wechselbeziehungen zwischen zentralen demographischen Variablen wirkten die Heiraten als zentrale Regelgröße. Während der Tod seiner Eigengesetzlichkeit folgte, liess sich die Fruchtbarkeit im Rahmen des westeuropäischen Heiratsmodells durch ein Set von Massnahmen kontrollieren: Trennung von Geschlechtsreife und Heiratszeitpunkt, Einschub einer Phase des Gesindedienstes vor der Heirat, Zwang für Neuvermählte zur Gründung eines eigenen Haushalts. Die Ausgrenzung einer «Reservearmee» von 10–20 Prozent dauernd Ledigen wurde dadurch sichergestellt, dass die Heirat an eine – in der Regel nur durch Erbgang verfügbare – «Stelle» gebunden wurde.

Modelle generativen Verhaltens werden in der Demographie mit zwei verschiedenen Ansätzen untersucht, denen tendenziell zwei unterschiedliche Arbeitsmethoden zuzuordnen sind. Ein erster, mikrohistorischer Ansatz ist die von Louis Henry und Michel Fleury entwickelte Methode der Familienrekonstitution<sup>2</sup>. Der «französische Weg» zur Bevölkerungsgeschichte ist auf die Untersuchung von Fruchtbarkeit und Sterblichkeit ausgerichtet. Anhand der Angaben von Heiraten, Taufen und Todesfällen in den Kirchenbüchern wird die demographische Geschichte der «vollständigen» Familien rekonstruiert, d.h. jener Ehepaare, die ihr gesamtes Leben in der betreffenden Kirchengemeinde verbrachten. Wanderungsprozesse geraten dadurch nicht in den Blick. Auf Grund des hohen Aufwandes bleibt diese Methode auf einzelne Pfarreien beschränkt. Nur wenn Hunderte von Rekonstitutionen vorgenommen werden, wie dies für Teile Frankreichs geschehen ist, lassen sich repräsentative Entwicklungslinien herausschälen<sup>3</sup>. Verglichen mit Frankreich und

nordeuropäischen Staaten ist die Familienrekonstitution in der Schweiz relativ spät und zögernd rezipiert worden, wobei die «Basler Schule» um Markus Mattmüller voranging<sup>4</sup>. Im Kanton Bern hat sich bisher niemand dafür erwärmen können.

Der zweite, makrohistorisch-aggregative Ansatz, wie er der englischen Bevölkerungsgeschichte zugrunde liegt<sup>5</sup>, fasst die Einträge in den Kirchenbüchern zu jährlichen Summenwerten von Taufen, Heiraten und Sterbefällen zusammen. Dadurch lassen sich mit vertretbarem Aufwand grossräumig repräsentative Aussagen gewinnen, die zu erklärenden «ausserdemographischen» Einflussgrössen wie Topographie, Ernährung, Konjunktur, Tradition oder der Effizienz medizinischer Versorgung in Beziehung gesetzt werden können. Im weiteren lassen sich gewisse Rückschlüsse auf Migrationsprozesse gewinnen. Dafür vermögen aggregative Untersuchungen die demographischen Variablen nicht feiner aufzuschlüsseln, wie dies zum Nachweis von Erscheinungen wie Geburtenkontrolle oder Veränderungen der altersspezifischen Sterblichkeit erforderlich ist. In der Schweiz hat die «englische Methode», auf der auch die vorliegende Arbeit beruht, in jüngster Zeit an Bedeutung gewonnen.

Chronologisch hat sich in der schweizerischen Forschungspraxis innerhalb der Sozialwissenschaften faktisch eine Arbeitsteilung ergeben: Die auf intensivem Quellenstudium beruhenden Regionalstudien der Historiker sind hauptsächlich im Ancien Régime angesiedelt, während sich Soziologen, Ökonomen und Geographen mit der Periode des Bundesstaates befassen, für welche statistische Daten leicht greifbar sind. Als Folge davon ist die dazwischenliegende Sattelzeit des frühen 19. Jahrhunderts bevölkerungsgeschichtlich bisher schlecht ausgeleuchtet worden<sup>6</sup>.

### *3.2 Drei Jahrhunderte im Rückblick*

#### *3.2.1 Die Bevölkerungsentwicklung*

Die Feuerstättenzählung von 1653 erlaubt einen Einblick in den Stand der Bevölkerung in der Mitte des 17. Jahrhunderts. In dieser Zeit mag der Kanton in seinen heutigen Grenzen 110–120 000 Seelen gezählt haben<sup>7</sup>.

Die Bewegung der Bevölkerung in den Jahren 1665–1730 wird in Ermangelung von Zähldaten anhand der fünfjährig geglätteten<sup>8</sup> Bewegung der Taufen skizziert. Trotz der damit verbundenen Unschärfen wird angenommen, dass damit die mittelfristige Dynamik der Bevölkerungsbewegung zumindest dem Vorzeichen nach richtig wiedergegeben werden kann. Für die Periode 1660–1700 sind die Taufrödel von 34 Kirchgemeinden erhalten<sup>9</sup>. Die daraus ermittelte Teilsumme von Taufen wurde für die Zeit von 1701 bis 1763 der Gesamtsumme aller 181 Kirchgemeinden gegenübergestellt: Auf Grund der guten Übereinstimmung der beiden Kurven<sup>10</sup> (Fig. 3.1.) ist zu erwarten, dass auch die Kurve der Teilsummen die Gesamtentwicklung vor 1700 einigermassen befriedigend wiederzugeben vermag.

In der unteren Kurve spiegeln sich das unter günstigen Klimaverhältnissen bis in die späten 1680er Jahre anhaltende Bevölkerungswachstum des Zeitalters nach der letzten Pest und die schwere Krise der 1690er Jahre. Beide Kurven zeigen in den Jahren 1708–1722 den «Echo-Effekt» dieser Krise. Der Spitzenwert der Taufen von 1707 wurde erst sieben Jahrzehnte später wieder erreicht.

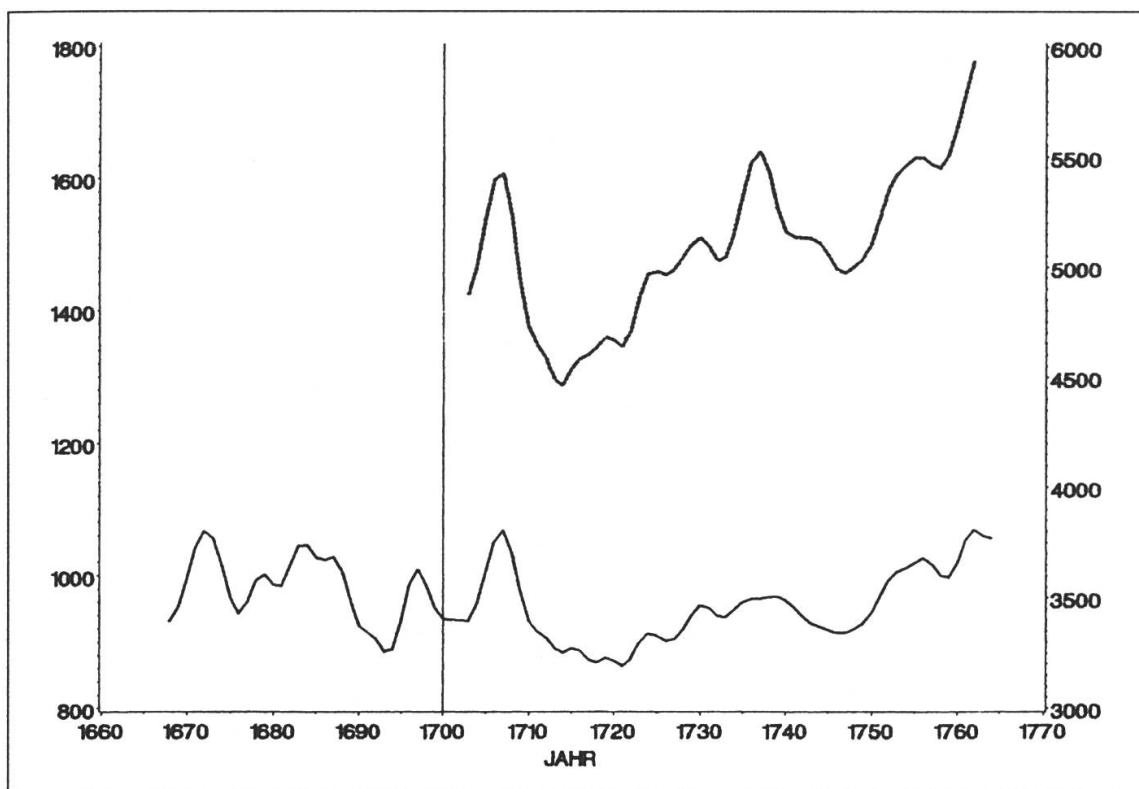


Fig. 3.1. Fünfjährig gleitende Mittel der Taufen 1665–1764

Untere Kurve: Teilmenge von 34 Kirchgemeinden, von denen Daten vorliegen. Obere Kurve: Gesamtzahl der Taufen im heutigen Kantonsgebiet (ab 1701). (Quelle: Pfister 1990b:303)

Jeder Veränderung in den demographischen Variablen wohnt ein Wachstumseffekt und ein Struktureffekt inne. Mit dem Struktureffekt ist die im Altersaufbau einer Bevölkerung verborgene Eigendynamik gemeint. Im Zusammenhang mit der Dimension Zeit wirkt der Altersaufbau wie ein «Reservoir», in dem einst empfangene Impulse sich wellenartig durch diesen Altersaufbau fortpflanzen und mit dem Absterben der merkmaltragenden Kohorte verschwinden<sup>11</sup>. Treten übermäßig grosse Kohorten an der Basis in die Alterspyramide ein, erinnert das Bild an eine Python, die ein Kaninchen würgt und verdaut. Im Verlaufe des Verschling- und Verdauungsprozesses wandert der Körper des Beutetiers für den Beobachter gut sichtbar durch die ganze Schlange hindurch und wird dabei nach und nach aufgezehrt. Von daher wird dieser Prozess Pythoneffekt genannt. Durchläuft ein Pythoneffekt die reproduktionsfähigen Altersklassen, kann er einen schwächeren Echo-Effekt auslösen. Ein Struktureffekt als Folge einer Serie von geburtenschwachen Jahrgängen äussert sich im Altersaufbau durch eine Einschnürung an der Basis. Ein solcher «Einschnürungseffekt», wie man ihn nennen könnte, wandert wie ein Pythoneffekt, nur mit inverser Wirkung, durch die Alterspyramide hindurch, sofern kein Ausgleich durch Zuwanderung erfolgt.

Der Wachstumseffekt drückt Veränderungen im Reproduktionsverhalten der Bevölkerung aus, beispielsweise in der Zahl der überlebenden Kinder pro Ehepaar oder in der Zahl jener, die eine Heirat eingehen. Je geringer die Bedeutung von Wachstumseffekten, desto deutlicher treten Struktureffekte im Altersaufbau hervor.

Von 1660 an steigt die Kurve der Taufen bis in die späten 1680er Jahre tendenziell an. Dies deutet – neben anderen Indizien<sup>12</sup> – darauf hin, dass die Bevölkerung des Kantons wie in anderen Gebieten der Schweiz<sup>13</sup> im Zunehmen begriffen war. Der kurze Einschnitt um 1675 und die lange Baisse der Jahre 1688–1694 sind Ausdruck klimabedingter Krisen<sup>14</sup>. Die mit dem Jahr 1701 einsetzende Gesamtkurve schwingt sich zunächst auf einen schmalen Gipfel (1707) hoch und fällt dann steil ab. 1715 wurden fast 1500 Kinder (22 Prozent) weniger getauft als acht Jahre zuvor. Diese markante Wellenbewegung der Taufen erklärt sich aus der Entwicklung im ausgehenden 17. Jahrhundert. Gehen wir von einem mittleren Heiratsalter der Frau von 24 Jahren aus<sup>15</sup>, so folgte der Aufschwung der Taufen zu Beginn des 18. Jahrhunderts auf den Eintritt der starken Taufjahrgänge der Jahre 1680–1687 in die Ehe. Dabei ist zu berücksichtigen, dass mit der Siebenjährigen Teuerung im Jahre 1688 die (Kleinkinder-)Sterblichkeit wie in anderen Gebieten der Schweiz<sup>16</sup> stark anstieg, was die Jahrgänge von etwa 1684 an schmälerte. Außerdem wurden während der Krise weniger Kinder geboren. Der auffällige Rückgang der Taufen nach 1707 kann von daher teilweise als Echo-Effekt dieser krisenbedingten Scherenbewegung angesprochen werden. Zusätzlich drückten um 1715 die Auswirkungen des Zweiten Villmerger Krieges (1712) und die anschliessenden Missernten auf die Fruchtbarkeit<sup>17</sup>. Die durch die Struktureffekte des späten 17. und frühen 18. Jahrhunderts ausgelöste Wellenbewegung der Taufen lässt sich mit einer Phasenverschiebung von etwa 25 Jahren noch weiter verfolgen: Die 1738 einsetzende Depression kann teilweise als Echo-Effekt der schwachen Kohorten von 1713 bis 1722 gedeutet werden, wobei hier zusätzlich die Auswirkungen der ungünstigen Agrarkonjunktur in Rechnung zu stellen sind<sup>18</sup>.

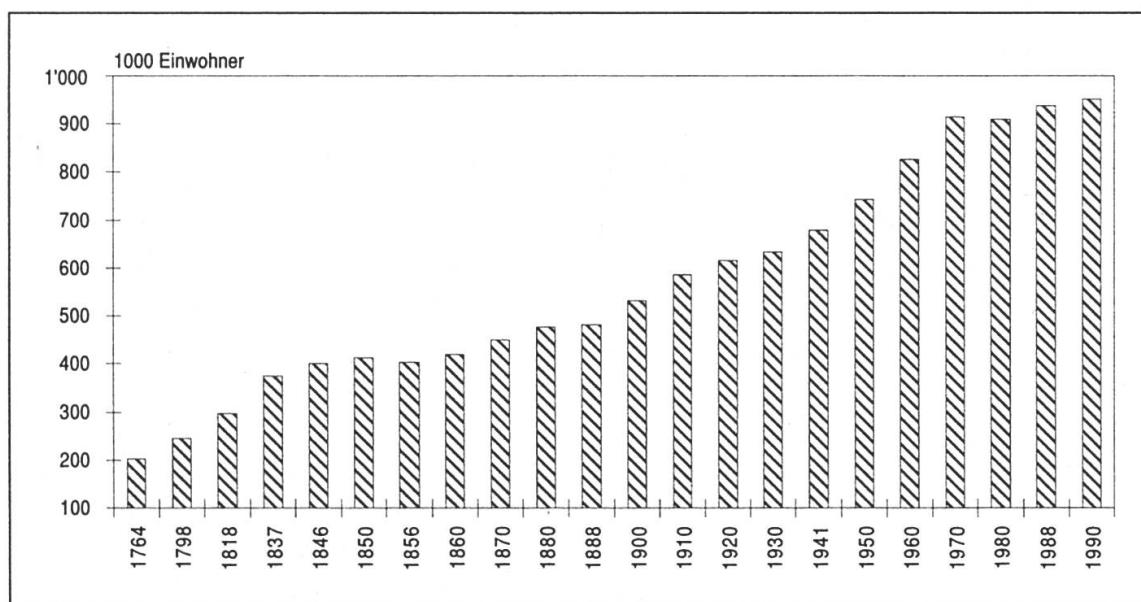


Fig. 3.2. Bevölkerungsentwicklung 1764–1990

Zwischen 1770 und 1850 verdoppelte sich die Bevölkerung unter dem Einfluss der Agrarmodernisierung. Seit 1850 ist die Wachstumsdynamik deutlicher an die Wellen der Konjunktur gebunden: raschere Zunahme in Perioden der Hochkonjunktur (1856–70, 1888–1910, 1950–70), verzögertes Wachstum, Stagnation oder Bevölkerungsrückgang in Perioden der Krise oder der Rezession (1850–1856, 1880–1888, 1930–1940, 1970–1980).

Von 1730 an sind neben den Taufregistern die Totenrödel einigermassen vollständig erhalten, so dass für dieses Jahr die Bevölkerungszahl auf Grund der Geburtenüberschüsse und einer geschätzten Wanderungsbilanz von der Zählung von 1764 an zurückgerechnet werden kann. Mit Einschluss des Südjuras, der durch die Zählung von 1722/23 dokumentiert ist<sup>19</sup>, führt diese Rechnung auf eine geschätzte Zahl von 193 000 Seelen. Im Verlaufe des folgenden Jahrzehnts wuchs die Bevölkerung auf etwa 200 000 Menschen an und fluktuierte dann bis 1770 um diesen Wert.

Die europaweite Periode verstärkten Bevölkerungswachstums setzte im Kanton Bern erst um 1770 ein (Fig. 3.2.). Sie lässt sich in zwei Strukturperioden gliedern. Im Verlaufe der ersten, agrarischen Periode bis 1850 verdoppelte sich die Bevölkerung mit nur wenig fluktuierenden Raten auf 410 000 Einwohner. Im Verlaufe der zweiten, industriellen Periode (1856–1970) wuchs die Bevölkerung auf 916 000 Seelen an, beschleunigt in Phasen der Hochkonjunktur – 1856–70, 1888–1910, 1950–70 –, verlangsamt als Folge von krisenhaften Einbrüchen der Beschäftigung in den Jahren 1880 bis 1888 und 1920 bis 1940. Eine zweite Zäsur trat in den 1970er Jahren ein, als die Geburtenüberschüsse schrumpften und viele ausländische Arbeitskräfte im Gefolge der Rezession ihre Stellen in der Industrie verloren. Seit 1980 wird dank ausländischer Zuwanderung wieder ein bescheidenes Wachstum verzeichnet.

Die Zuwachsrraten zwischen den Zählungen liegen – gesamthaft gesehen – mit Ausnahme der Periode 1818–1837 durchwegs unter 1,2 Prozent und bewegen sich damit in einem für andere Regionen und Staaten Europas repräsentativen Bereich<sup>20</sup>.

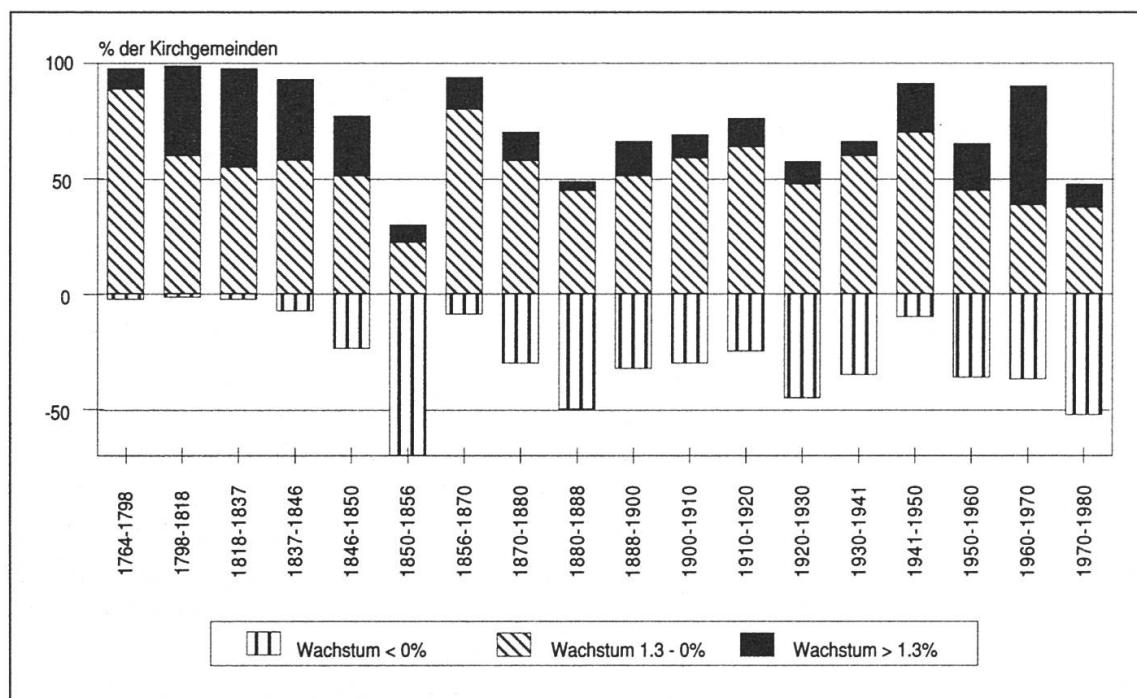


Fig. 3.3. Gliederung der Kirchgemeinden nach Wachstumsraten 1764–1980

Bis um 1850 wuchs die Bevölkerung in allen Landesteilen, Bezirken und Gemeinden relativ stetig an, weil die Agrarmodernisierung grossflächig neue Arbeitsplätze schuf. Mit der Schaffung des Eisenbahnnetzes ab 1855/60 konzentrierte sich die Bevölkerung an den Knotenpunkten des neuen Verkehrsträgers, in verkehrsmässig schlecht erschlossenen Gemeinden ging sie zurück.

Nach der langen Krise um die Jahrhundertmitte fiel der Kanton als Folge seiner räumlich beschränkten Industrialisierung unter das schweizerische Mittel zurück.

Um den unterschiedlichen Charakter des Wachstumsprozesses in den beiden Strukturperioden 1750–1850 und 1850–1950 zu veranschaulichen, wird die Entwicklung in den Kirchgemeinden dargestellt, wobei die Wachstumsraten in drei Klassen gegliedert worden sind<sup>21</sup> (Fig. 3.3).

Eine erste Strukturperiode zeigt die folgenden beiden Merkmale:

1. Der demographische Wachstumsprozess erfasste alle Landesteile und Bezirke, ja nahezu alle Kirchgemeinden im gesamten Kanton vom Schwarzenburgerland bis zum Oberaargau und vom Südjura bis ins Haslital, und zwar ungeachtet ihrer landwirtschaftlichen Gunst- oder Ungunstlage<sup>22</sup>.
2. Die jährlichen Zuwachsraten verteilten sich auf einer schmalen Bandbreite von 1 bis 2,5 Prozent. Das heisst: die Vielfalt der Ökotypen, das Fehlen oder Vorhandensein protoindustrieller Erwerbsmöglichkeiten, kleinbäuerliche und grossbäuerliche Besitzstrukturen, die unterschiedliche Tragfähigkeit des sozialen Netzwerks vermochten die demographische Entwicklung offensichtlich nicht prägend zu beeinflussen. Höhere Wachstumsraten weisen einzig jene wenigen Kirchgemeinden auf, in welchen die Industrialisierung einsetzte<sup>23</sup>: die Uhrenzentren Courtelary und St-Imier, ferner Burgdorf, wo die Eröffnung von mechanischen Flachsspinnereien und metallverarbeitenden Betrieben zusammen mit der Belebung des Exportgeschäfts zu einer ersten Zuwanderungswelle führte.

Der flächenhaften Ausprägung dieses Wachstumsprozesses entsprach im Mittelland eine höhere Produktivität des Bodens. Der Boden, die weitaus bedeutendste Energiequelle der Agrargesellschaft, erzeugt ökonomisch nutzbare Biomasse im Verhältnis zur Fläche. Sie kann zur Wärmegewinnung (in Form von Holz) und als Nahrung (zur Aufrechterhaltung von menschlicher und tierischer Arbeitskraft) genutzt werden. Durch die Umsetzung der Innovationen der Agrarmodernisierung wurde die Produktion von Nahrung und Futter im Mittelland flächenhaft angehoben; dadurch konnten in den meisten Gemeinden neue Arbeitsplätze und Heimstätten geschaffen werden, und zwar nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auf Grund der intensiveren Arbeitsteilung auch in dem mit der Landwirtschaft eng verbundenen Gewerbe und im Handel (Kap. 4, 5).

In der zweiten Strukturperiode 1850–1950 setzte mit der Industrialisierung und dem Bahnbau ein räumlicher Polarisierungsprozess ein. Die Kohle als neuer Schlüsselenergieträger wurde über das Eisenbahnnetz importiert und verteilt: Bevölkerung und Industrie konzentrierten sich in einem engen Korridor entlang dem neuen Verkehrsträger und Energieverteiler, vor allem an Knotenpunkten mit zentralen Funktionen höherer Ordnung, während agrarische Gemeinden mit ausbleibender Industrialisierung und Tertiarisierung zu sich entleerenden Peripherien herabsanken. Und dies – u.a. auf Grund der hohen Kosten für den Umlad und Strassentransport der Kohle – schon bei Entfernungen von mehr als 1,5 km von der nächsten Bahnstation<sup>24</sup>. Der Polarisierungsprozess wurde im Jahrzehnt 1941–1950 mit seinem Zwang zur Selbstversorgung, seiner geringen industriellen und tertiären Dynamik und seinen sprunghaft ansteigenden Geburtenraten vorübergehend gebremst.

Die nach 1960 einsetzende Motorisierungswelle schuf die Voraussetzung für eine grossräumige Eroberung des Landes durch die Stadt. Zunächst konzentrierte sich die Bevölkerung entlang einer von Bätterkinden bis in den Raum Spiez verlaufenden Nord-Süd-Achse. Die Zonen maximaler Entvölkerung verteilten sich auf das westlich und östlich anschliessende Voralpengebiet und auf die im Verkehrsschatten gelegenen Gebiete des Limpachtals und des Emmentals. Im Jahrzehnt 1980–1990 hat im tieferen Mittelland mit der Rückkehr zu einem flächenhaften Muster des Bevölkerungswachstums eine «Entstädterung» amerikanischen Zuschnitts eingesetzt, weil die gute Erschliessung durch Autobahnen und die tiefen Benzinpreise eine dezentrale Wahl des Wohnorts unter Inkaufnahme weiter Pendeldistanzen zum Arbeitsort erlauben<sup>25</sup>.

### 3.2.2 Der demographische Übergang

Der Prozess der demographischen Transformation beschreibt den Übergang von einer Bevölkerungsweise mit hohen Geburten- und Sterbeziffern zu einer solchen mit niedrigen Geburten- und Sterbeziffern, wobei zuerst die Sterblichkeit sinkt und dann in einem Anpassungsprozess die Fruchtbarkeit folgt. Die Transformation gilt als eines der bedeutendsten Ereignisse in der Evolution des Menschen<sup>26</sup>.

Im Kanton Bern hielten sich Leben und Tod bei hohen, stark schwankenden Geburten- und Sterberaten und bescheidenen, von Zeit zu Zeit durch Übersterblichkeit eingebneten Geburtenüberschüssen bis um 1770 die Waage (Fig. 3.4).<sup>27</sup> Erst in diesem Zeitpunkt waren die gewaltigen Lücken gefüllt, die 1750 die Rote Ruhr gerissen hatte. Zwanzig Jahre später als in den bisher untersuchten anderen Gebieten der Schweiz öffnete sich die Schere zwischen Geburten- und Sterberaten im Kanton Bern. Die Geburtenrate stieg bei unveränderter Sterblichkeit bis zur Jahrhundertwende von unter 30 Promille (1740) auf 38 Promille (1797). Nach der Ausrufung der Helvetischen Republik wurde kurzfristig die Marke von 40 Promille überschritten. Die Sterbeziffer schwankte bis um 1820 um einen Wert von 30 Prozent und sank dann abrupt ab. Klimatisch bedingte Engpässe in der Nahrungsmittelversorgung in den Jahren 1733, 1771, 1778, 1795, 1817, 1847, 1852–1855, 1870 führten kurzfristig zu einer sprunghaften Zunahme der Lebensmittelpreise und einem Fall der Reallöhne. Demographisch äussern sich solche Subsistenzkrisen in erhöhter Sterblichkeit und einem gleichzeitigen Rückgang der Geburten, wodurch der Wachstumsprozess kurzfristig unterbrochen wird. Länger dauerte als Folge der Auswanderungswelle einzig die Krise in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Ein letztes Mal schlug eine ökonomische Notsituation bei der weltweiten Epidemie der «Spanischen Grippe» 1918 auf das demographische System durch.

Der mittelfristige Rückgang der Geburten von 1868 bis 1874 ergab sich als Echo-Effekt aus der Krise von 1847 bis 1855, in der weniger Kinder geboren worden waren. Zwanzig Jahre später begannen diese kleineren Jahrgänge vor den Altar zu treten. Der Ende der 1870er Jahre einsetzende langfristige Rückgang der Sterberate, in dem sich die Fortschritte der modernen Medizin und die Erfolge der Hygienebewegung äusserten, kam zur Hauptsache den Säuglingen zugute. Die Fruchtbarkeit hielt sich bis zur Jahrhundertwende auf hohem Niveau – 1901 erreichte der Geburtenüberschuss ein Maximum von 1,4 Prozent. Dann begann die Verbreitung

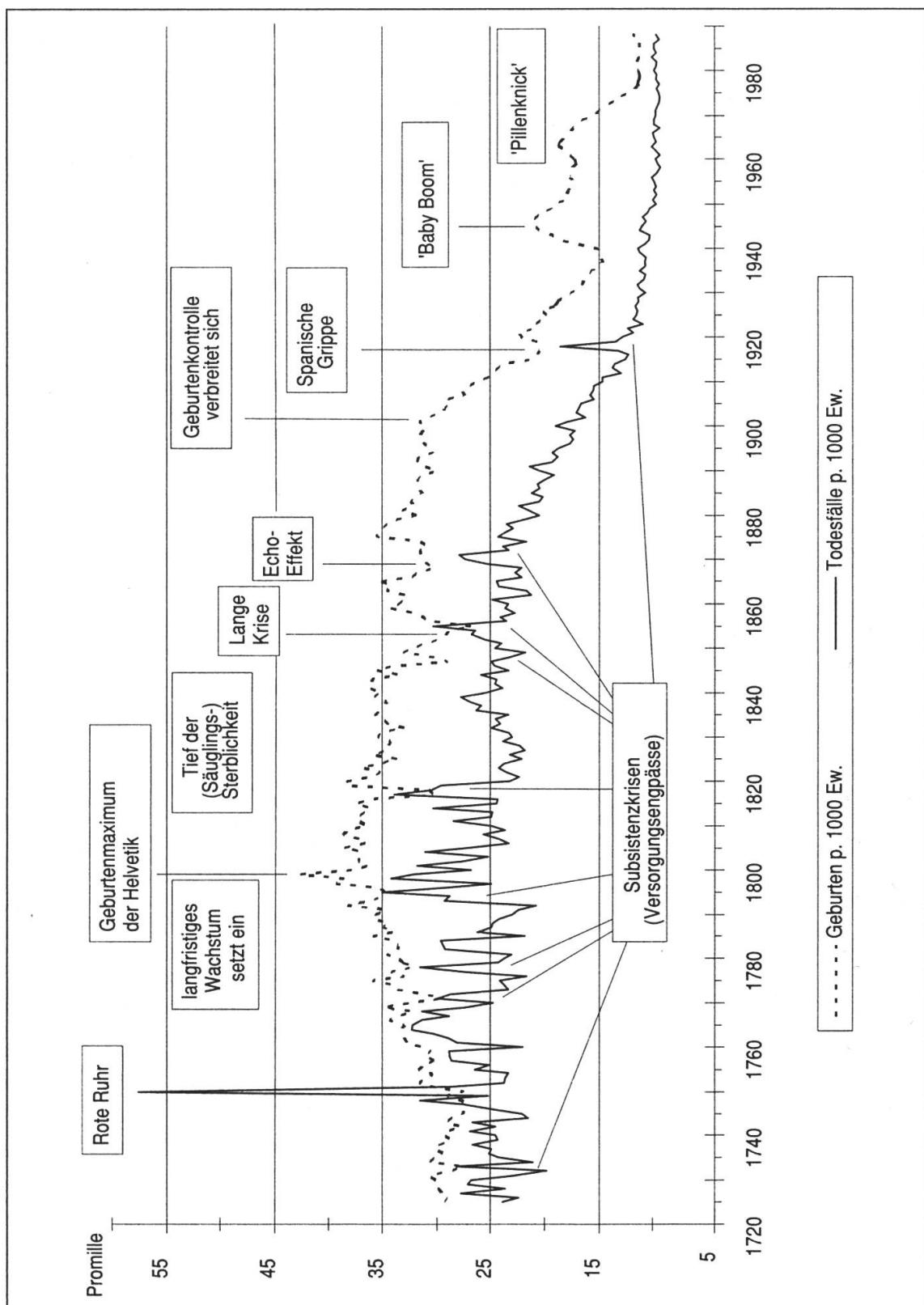


Fig. 3.4. Geburten- und Sterbefälle (pro 1000 Einwohner) 1730–1990

Den Übergang von einer Bevölkerungsweise mit hohen Geburten- und Sterbeziffern zu einer solchen mit niedrigen Geburten- und Sterbeziffern haben alle europäischen Gesellschaften früher oder später auf ihre Weise mitgemacht. Die Entwicklung im Kanton Bern folgt im 19. und 20. Jahrhundert dem gesamtschweizerischen Verlauf.

der Geburtenkontrolle auf die Fruchtbarkeit durchzuschlagen. Geburten- und Sterbekurve fielen in den folgenden drei Jahrzehnten annähernd parallel auf bisher unerreicht niedrige Werte. Während des Zweiten Weltkrieges und in der Zeit danach kehrte sich der Abwärtstrend der Fruchtbarkeit vorübergehend um (Baby-Boom der Kriegs- und Nachkriegsjahre). Die zweite Phase des Fruchtbarkeitsrückgangs nach 1964 («Pillenknick») ging mit einer annähernd gleichbleibenden Sterblichkeit einher, so dass sich Geburten und Sterbefälle in den letzten Jahren, ähnlich wie im frühen 18. Jahrhundert, wieder die Waage halten, nur auf einem wesentlich tieferen Niveau.

Der natürlichen Bevölkerungsbewegung überlagern sich als weiteres wachstumsgestaltendes Element die Wanderungen. Sie lassen sich bis ins 20. Jahrhundert hinein nur in Form von Wanderungsbilanzen als Differenz des effektiven und des natürlichen Bevölkerungswachstums für die Periode zwischen zwei Volkszählungen berechnen<sup>28</sup>. Dabei handelt es sich um eine Verbindung von Struktur- und Bewegungsdaten, die als Synthesestatistik bezeichnet wird<sup>29</sup>. Im Wanderungsgeschehen lassen sich zwei Strukturperioden unterscheiden. In einer ersten Periode bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts war die Wanderungsintensität gering, wobei im 18. Jahrhundert die Verluste, in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Gewinne überwogen<sup>30</sup>. Das Krisenjahrzehnt in der Jahrhundertmitte leitete die zweite Periode ein: Mit dem Ausbau des Eisenbahnnetzes setzte sich längerfristig ein neues Wanderungsmuster durch, das in der Perspektive des Gesamtkantons durch überwiegende Ab- und vor allem Auswanderung, Massenhaftigkeit und eine enge Kopplung an konjunkturell und strukturell bedingte Notsituationen gekennzeichnet ist<sup>31</sup>.

Innerhalb des Kantonsgebiets veränderte es das Verhältnis zwischen «ländlicher» und «städtischer» Bevölkerung (vgl. Fig. 3.5.). Die Stadt Bern wuchs bis um 1860 demographisch im Gleichschritt mit ihrer Landschaft und vergrösserte ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung kaum<sup>32</sup>. In den letzten 130 Jahren hat sich die Zahl der in Städten lebenden Menschen dagegen verdreizehnfacht. Dabei haben Gemeinden unter 2000 Einwohnern relativ an demographischem Gewicht verloren, bis 1870/80 vorwiegend zugunsten der Kleinstädte und Subzentren in der Grössenklasse von 2000 bis 10 000 Einwohnern, in den folgenden Jahrzehnten in zunehmendem Masse zugunsten der grösseren Zentren Bern, Biel und Thun. Dies lässt darauf schliessen, dass in erster Linie der Geburtenüberschuss der kleinen ländlichen Gemeinden in Subzentren und Zentren abwanderte. Besonders stürmisch wuchsen die Städte in den Jahren 1888–1910 sowie 1920–1950. Die Einwohnerzahl Biels versechsfachte sich zwischen 1850 und 1910. Dies ist ein gesamtschweizerischer Spitzenwert, der mit der starken Aufwertung der Verkehrsgunst und der raschen Industrialisierung in Zusammenhang steht<sup>33</sup>. Andererseits hat keine Schweizer Stadt seit 1970 so viele Arbeitsplätze und Einwohner verloren wie Biel. Der Prozess der Urbanisierung war von zahlreichen Herausforderungen städteplanerischer, verkehrstechnischer, hygienischer, sozialer und mentaler Art begleitet, die sich im Alltag der Stadtbewohner konkret niederschlugen. In aller Regel waren die aus allen Nähten platzenden «städtischen Ameisenhaufen» (Hobsbawm) weder dem steigenden Bedarf an Wohnraum noch den sozialen Bedürfnissen der Bewohner gewachsen, ganz zu schweigen von Problemen wie der Abfallbeseitigung und dem Bau von Kanalisationen<sup>34</sup>.

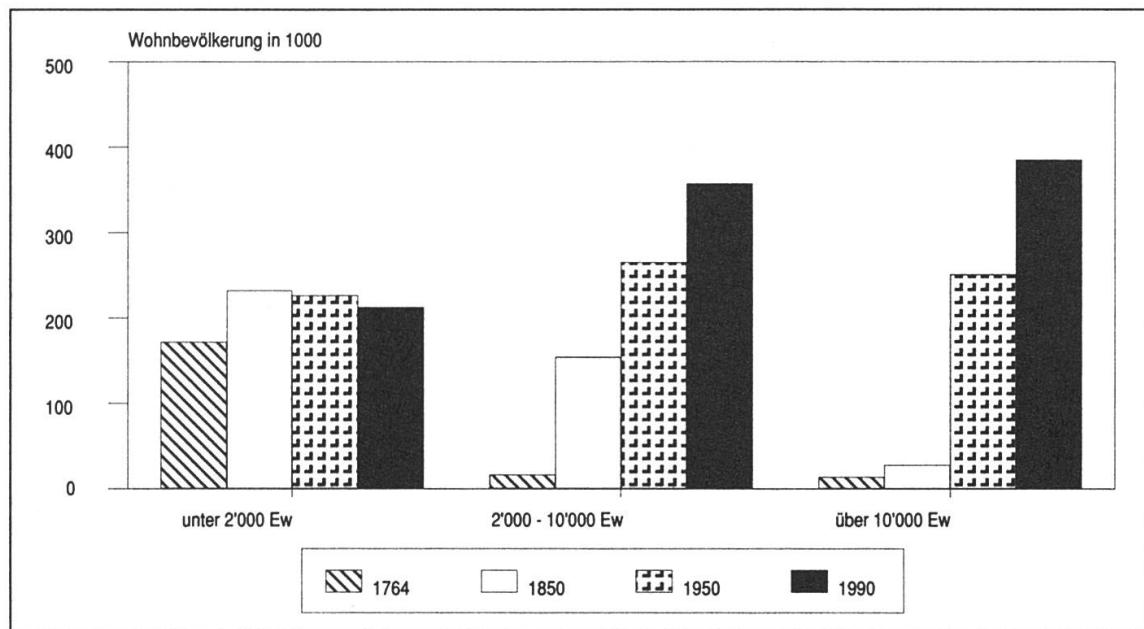


Fig. 3.5. Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen 1764–1990

Bis ins Eisenbahnzeitalter wuchs die Stadt Bern im Gleichschritt mit der Landschaft. Das seitherige Bevölkerungswachstum hat sich in einer ersten Phase bis um 1950 einseitig auf die Städte, dann stark auf die Agglomerationen konzentriert. Seit 1980 ist in den verkehrsmässig gut erschlossenen Gegenden unter dem Einfluss der Auto-Mobilität eine Rückkehr zu einem flächenhaften Wachstum eingetreten.

### 3.2.3 Der Altersaufbau: Von der Pyramide zur Urne

Der Altersaufbau ergibt sich aus der Zahl der jährlichen Geburten und dem natürlichen Absterbeprozess. Dieses Muster wird durch altersspezifische Häufungen von Sterbefällen in den jüngeren Altersklassen und durch Wanderungen mehr oder weniger stark überformt und gestört. In der Altersstruktur sind diese Prozesse über ein Menschenalter zurück gespeichert. Zugleich bildet sie die Basis für die Vorhersage künftiger Prozesse.

Bei der Volkszählung von 1860 wurden die Daten der Bezirke nach einzelnen Jahrgängen (Kohorten) in Kombination mit Geschlecht und Zivilstand publiziert<sup>35</sup> (vgl. Fig. 3.6.). Zunächst fällt auf, dass nicht alle Befragten über ihr eigenes Alter oder das ihrer Hausgenossen auf das Jahr genau Bescheid wussten. Diese Unschärfe äussern sich in einer Vorliebe für gerade Zahlen, für die Fünf und für runde Zehner<sup>36</sup>. Ausserdem fallen scharfenförmige, durch Einbrüche bei den Geburten (Subsistenzkrisen) verursachte und durch das darauffolgende «Nachholen» aufgeschobener Heiraten und Kinder akzentuierte Lücken auf: In den 1850er Jahren durch das lange anhaltende, in eine lange Heiratswelle übergehende Geburtendefizit, 1847 durch die «Kartoffelkrise», 1816/17 als Folge der Hungerkrise dieser Jahre. Weniger augenfällig ist der durch das plötzliche Absinken der Säuglingssterblichkeit 1820 hervorgerufene Pythonneffekt, weil die «Überzähligen» in den frühen 1850er Jahren zu einem guten Teil nach Amerika auswanderten. Der Altersaufbau liefert schliesslich Erklärungsmuster für die Entwicklung der folgenden Jahrzehnte: Wenn wir von einem mittleren Heiratsalter von 25 Jahren ausgehen, ist der um 1875 einsetzende langfristige Rückgang der Geburten als Echoeffekt der Geburtenlücke von

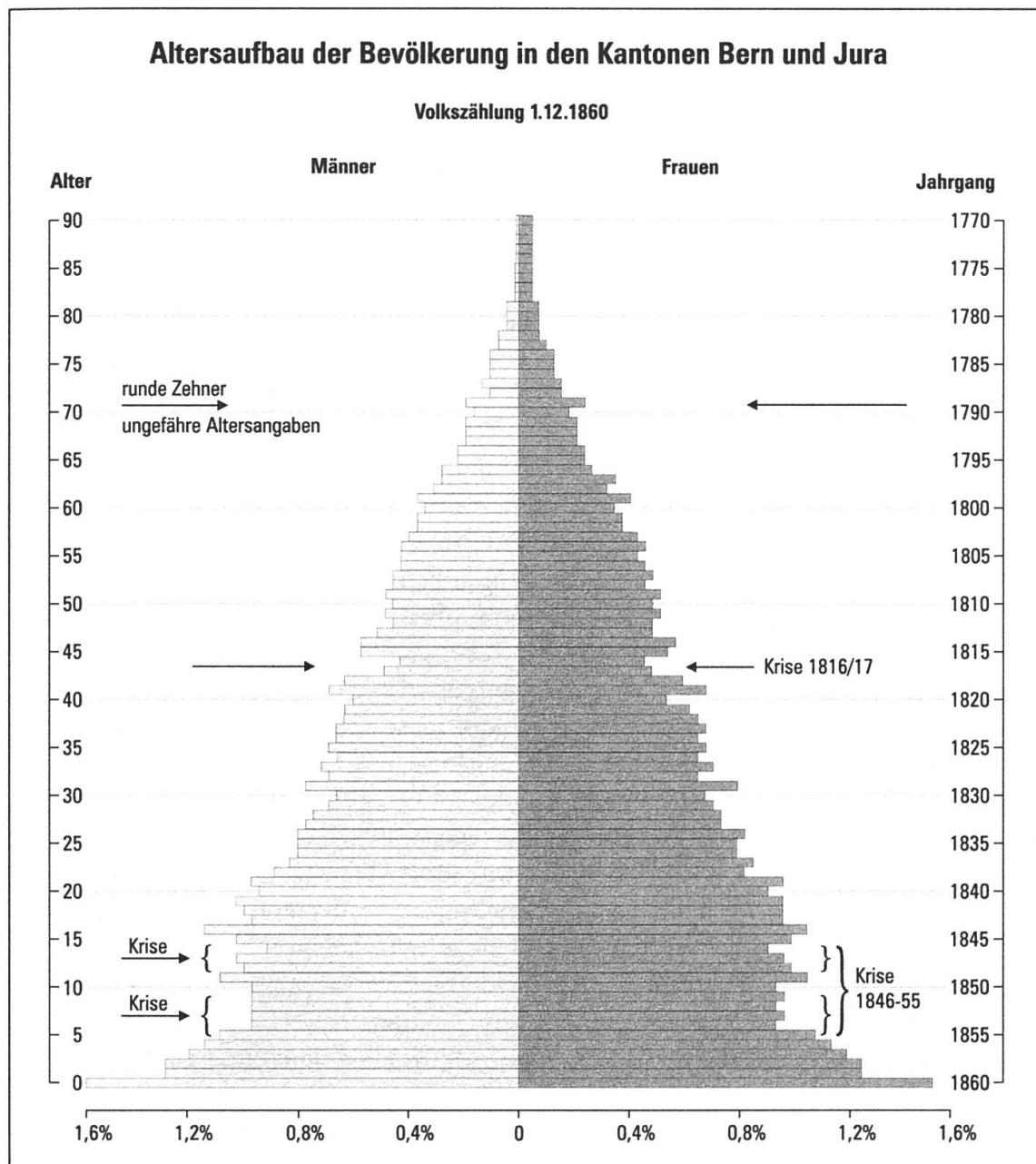


Fig. 3.6. Altersaufbau der Bevölkerung nach Altersklassen 1860

Die Krisen von 1816/17 und in der Mitte des 19. Jahrhunderts haben tiefe Scharten in die Bevölkerungs- pyramide gerissen. Einige bei der Volkszählung Befragte kannten ihr Geburtsjahr nur auf den Zehner genau.

1851–55 zu deuten. Von 1880 an verwischen sich die Spuren dieser Struktureffekte unter dem Einfluss der einsetzenden Geburtenkontrolle.

Von der Mitte des 18. Jahrhunderts an wurden mitteleuropäische Bevölkerungen in zahlreichen Volkszählungen nach Altersgruppen erfasst<sup>37</sup>. Dabei beschränkte man sich aus Kostengründen und mit Blick auf die beschränkte Aussagekraft der einzelnen Altersangaben auf einige wenige Grossgruppen. Bei der Berner Volkszählung von 1764 wurden nach heutigen Kriterien annäherungsweise Kinder und Jugendliche, die aktive Bevölkerung und die Alten unterschieden; doch sollte aus dem

Blickwinkel der Obrigkeit mit dieser Gliederung bekanntlich nichts über das Verhältnis von erwerbenden und noch nicht oder nicht mehr arbeitenden Menschen ausgesagt werden. Der Begriff der Kindheit war im Ancien Régime noch fliessend. Für die bäuerliche Jugend begann die Eingliederung in die Arbeitswelt in der Regel vor dem zehnten Lebensjahr; für die Oberschichten wurde sie durch die Ausbildungszeit bestimmt. Das Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess ergab sich durch Krankheit und Nachlassen der Kräfte<sup>38</sup>. Von der Durchsetzung der Schulpflicht bis ins späte 20. Jahrhundert galten das 15. und das 60. Lebensjahr als untere respektive obere Grenze der Erwerbsfähigkeit, nach heutigen Kriterien werden die 20- bis 64jährigen als produktive Jahrgänge betrachtet. Für einen langfristigen Vergleich der Altersgliederung unter dem Gesichtspunkt der Erwerbstätigkeit erscheinen die Grenzen 0–15, 16–60, über 60 am sinnvollsten (vgl. Tab. 9.3.). Da die Erhebungen von 1764 und 1818 die Daten nicht in dieser Verteilung anbieten, musste diese anhand der altersspezifisch fein aufgeschlüsselten Zählung von 1856 geschätzt werden.

Die Daten von 1764 weisen auf eine verzerrte Geschlechtsproportion im Kind- und Jugendalter hin, die im Vergleich mit Zählungen des späten 19. und 20. Jahrhunderts deutlich hervortritt, sofern die Altersgruppen entsprechend dem asymmetrischen Muster von 1764 berechnet werden (Tab. 3.1.).

Obschon die Gruppe der Knaben 1764 zwei Jahrgänge mehr einschloss, war sie nur wenig grösser als jene der Mädchen. Wie stark dieses Ungleichgewicht auf lokaler Ebene ins Gewicht fallen konnte, zeigt die anhand eines Haushaltrodels für 1766 ermittelte Verteilung in Langenthal: Dort standen 145 Knaben im Alter unter 14 Jahren nicht weniger als 184 gleichaltrigen Mädchen gegenüber<sup>39</sup>. Damit war das weibliche Geschlecht unverkennbar in der Überzahl, was seine Chancen auf dem Heiratsmarkt minderte. 1860 war das Verhältnis der beiden Gruppen im Kanton mit 116 : 100 schon ausgeglichen, und heute entfallen auf 100 14jährige Mädchen im Durchschnitt 126 16jährige Knaben. Die Ursachen des Knabendefizits im 18. Jahrhundert sind am ehesten in einer geringeren Zahl von männlichen Geburten zu suchen<sup>40</sup>, die ihrerseits in einer grösseren vorgeburtlichen Sterblichkeit der Knaben wurzelt<sup>41</sup>. Dieser Erscheinung müsste weiter nachgegangen werden, am ehesten mit Blick auf eine Häufung von gewollten oder ungewollten Schwangerschaftsabbrüchen<sup>42</sup>. Der numerische Vormarsch des männlichen Geschlechts in den letzten 140 Jahren ist darauf zurückzuführen, dass die Säuglingssterblichkeit gegenüber der Mitte des 19. Jahrhunderts auf einen Zwanzigstel gesenkt werden konnte, wodurch überproportional viele Knaben am Leben erhalten wurden, die unter früheren Verhältnissen gestorben wären.

Zählung	Verhältnis Kn 16 : Md 14	N (Anzahl Individuen)
1764	106 : 100	27 126
1860	116 : 100	64 822
1980	124 : 100	78 552

Tab. 3.1. Geschlechtsproportion von Kindern und Jugendlichen 1764–1980

Kn 16: Knaben unter 16 Jahren. Md 14: Mädchen unter 14 Jahren.

Unerklärlich ist das Übergewicht der Mädchen um 1764 im Vergleich zum 19. und 20. Jahrhundert. (Quelle: Pfister 1986c)

Auffallend ist in der Altersverteilung von 1764 ferner der geringe Anteil der aktiven Bevölkerung – eine Nachwirkung des Roten Todes von 1750 –, schliesslich das deutliche Übergewicht der Männer in der Altersgruppe der über 60jährigen, die sich aus der grösseren weiblichen Sterblichkeit in den aktiven Jahren ergibt. 1818 hatte sich die Bevölkerung deutlich verjüngt, und die Geschlechter waren gleichmässiger in den Altersklassen verteilt. Eine klassische Pyramidenform mit einem hohen Jugendanteil dürfte der Altersaufbau im Jahre 1846 gezeigt haben. Jener für 1856 trägt die Spuren der Auswanderung und des Geburtendefizits in der zweigipfligen Krise der frühen 1850er Jahre. Charakteristisch für die heutige Situation ist – invers zum 19. Jahrhundert – der geringe Anteil der Jugendlichen und die wachsende Alterslast, die sich vorerhand noch auf eine grosse Zahl von Erwerbstägigen verteilt.

### *3.3 Bestimmungsgrössen der Bevölkerungsbewegung*

Der Wandel im Niveau von Fruchtbarkeit und Sterblichkeit sowie die Ausbreitung der Agrarmodernisierung weisen den Kanton Bern jenen zahlreichen Regionen zu, die von der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts an zum beschleunigten Wachstum der europäischen Bevölkerung beitrugen<sup>43</sup>. Die Ursachen dieses europäischen Wachstumsprozesses haben sich bisher einer allgemeingültigen Interpretation entzogen. Gesondert interpretiert werden die vier Teilelemente Nuptialität (Heiratsgeschehen), Natalität (Geburtengeschehen), Mortalität (Sterbegeschehen) und Migration (Zu- und Abwanderung), die zusammen den Bevölkerungsprozess ausmachen. Im Kanton Bern finden wir eine unüberblickbare Vielfalt von regionalen und lokalen Mustern, die sich allenfalls mit statistischen Methoden klassieren lassen, die aber in ihrer Eigenart nur in ihrem ökonomischen und kulturellen Umfeld angemessen interpretiert werden können.

#### *3.3.1 Eheschliessungen*

Mit der Bewilligung von Eheschliessungen verfügte die Gesellschaft über einen sozialen Hebel, mit dem sie auf das Reproduktionsverhalten ihrer Mitglieder einwirken konnte. Die Bevölkerung regulierte sich nicht selbst; es brauchte dazu ein Set von familiären, dörflichen, kirchlichen sowie obrigkeitlichen Normen und Gesetzen, dazu ein Instrumentarium von griffigen Sanktionen, um den Vollzug von Massnahmen durchzusetzen<sup>44</sup>.

Brautleute hatten bei ihrer Heirat Vater und Mutter zu verlassen und einen eigenen Hausstand zu gründen. Die Errichtung einer neuen sozioökonomischen Einheit entzog den betroffenen Familien Arbeitskraft und Vermögen. Kinder hatten deshalb die Einwilligung des Vaters, allenfalls der Mutter oder der Grosseltern einzuholen, um gültig heiraten zu können. Im weiteren war ein neuer Hausstand auf die Nutzung kollektiver Ressourcen (Allmende, Wald, Armenunterstützung) angewiesen. Die Gemeinden, welche die Konsequenzen einer «übermässigen», d.h. über die soziale und ökologische Tragfähigkeit<sup>45</sup> hinausgehenden Bevölkerungszunahme in Form von Armenlasten zu tragen hatten, übten deshalb eine demographisch-soziale

Kontrolle über ihre Angehörigen aus. Zwar verfügten die Gemeindebehörden über keine Rechtsgrundlage, um eine kirchliche Trauung zu verhindern. Aber sie waren nicht verpflichtet, arme Brautleute zu unterstützen, die ohne ihren Konsens eine Ehe eingegangen waren, sondern konnten diese aus dem Gemeindegebiet ausweisen. Dies mussten beispielsweise in Jegenstorf 1664 die armen Brautleute Niclaus Glauser und Cathri Willi erfahren, die sich unter keinen Umständen von der Heirat abbringen liessen. Sie wurden angewiesen, «alsbald [nach der Eheschliessung] lauht gemachter bättlerordnung die Kirchhören Jegenstorff [zu] raumen und lugen, so [sie] können erhalten werden»<sup>46</sup>. Im Ancien Régime band die Obrigkeit ihren Heiratskonsens an den Nachweis der Wehrpflicht: Jeder Heiratswillige hatte eine vom Trüllmeister seines Heimatortes verfasste Bestätigung vorzuweisen, dass er im Besitze einer (auf eigene Kosten angeschafften!) «guten kriegsmontur und kleidung» sei<sup>47</sup>. Weil diese Scheine oft betrügerischerweise beschafft wurden, musste jeder Bräutigam von 1760 an bei der Einsegnung seiner Ehe in Uniform erscheinen<sup>48</sup>.

Im Jahr 1714 erhielt die (Kirch-)Gemeinde bei Armen, die sie mit Unterstützungsgeldern erzogen hatte, ein Einspracherecht, solange sie unter 25 Jahre alt waren. Von 1743 an durften Almosenempfänger unabhängig von ihrem Alter nicht mehr gegen den Willen der Gemeinde heiraten. Erstmals wurde hier ausdrücklich ein Eheverbot auf Dauer jenseits der Mündigkeitsgrenze ausgesprochen. Es traf alle akut Armen<sup>49</sup>. Die Repression verschärfte sich im frühen 19. Jahrhundert wie in den meisten deutschsprachigen Kantonen<sup>50</sup> und in den süddeutschen Staaten, weil das rasche Bevölkerungswachstum vor allem als eine Zunahme der besitzlosen Schichten wahrgenommen wurde. Man sah in der steigenden Zahl von Menschen, die Arbeit und Unterkunft suchten, nicht die Folge der gesunkenen Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit (die die Zeitgenossen in Ermangelung einer entsprechenden Statistik gar nicht wahrnehmen konnten), sondern das Produkt leichtsinniger Heiraten. Die verbreitetste und naheliegendste Massnahme bestand darin, alle Armengenossigen, die nicht in der Lage waren, bezogene Unterstützungsgelder zurückzubezahlen, von der Heirat auszuschliessen. Damit wurde diesen Menschen die Möglichkeit verweigert, im Rahmen der geltenden Rechtsordnung sexuelle Beziehungen aufzunehmen<sup>51</sup>. Selbst durch ausserehelich gezeigte Kinder liess sich eine Heirat nicht erzwingen, wie das Beispiel der 34jährigen Magd Elisabeth Duppenthaler aus Melchnau zeigt. Sie lebte mit dem seit seiner Geburt unterstützten Ulrich Wegmüller zusammen, den sie aus diesem Grunde nicht ehelichen durfte. Weil sie 1844 ihr viertes Kind notgedrungen unehelich geboren hatte, wurde sie zu neun Monaten Zuchthaus verurteilt<sup>52</sup>. Allein die Verheimlichung von Schwangerschaft und Geburt konnte mit einer mehrjährigen Zuchthausstrafe geahndet werden, während auf den vorsätzlichen Kindsmord die Todesstrafe stand<sup>53</sup>.

Eine Heirat musste vor der Trauung an den Wohn- und Heimatorten der Brautleute dreimal von der Kanzel verkündet werden, um Gelegenheit zur Einsprache zu geben. Von den 1770er Jahren an wurde es üblich, die Daten dieser «Verkündigungen» neben jenen der Eheschliessungen in die Rödel einzutragen<sup>54</sup>. Nicht immer geschah dies mit der nötigen Sorgfalt, weshalb es oft schwierig ist, die Einträge von

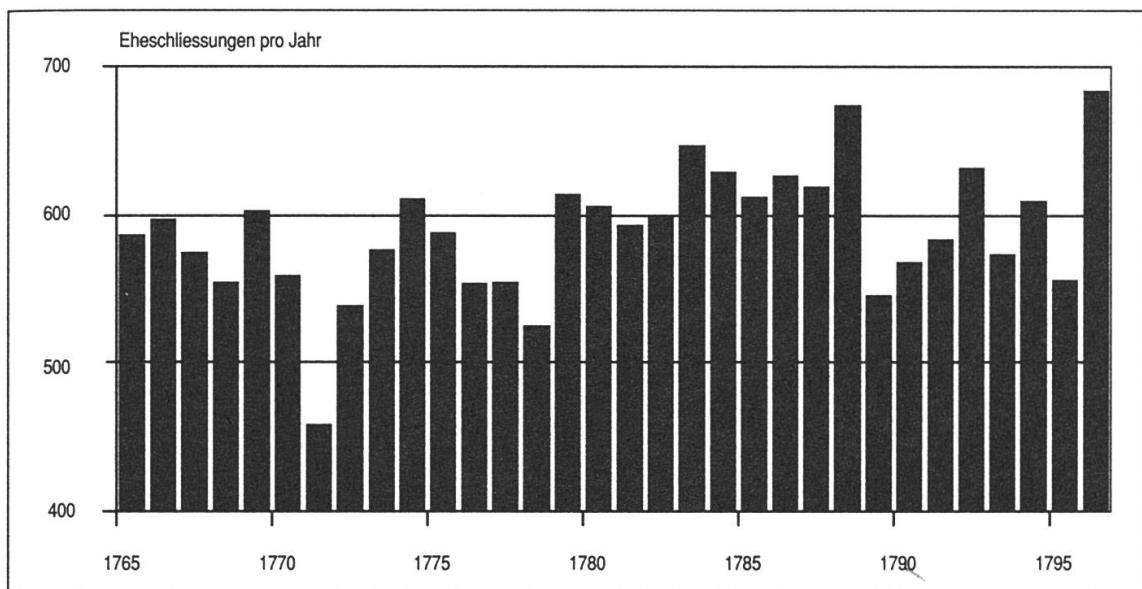


Fig. 3.7. Eheschliessungen 1765–1796

Die Zahl der Eheschliessungen veränderte sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts kaum. In den Teuerungsjahren 1771, 1778, 1789, 1795 wurden geplante Ehen verschoben. (Quellen: 1765–1777: Eherödel der Kirchgemeinden; 1778–1796: StAB B XIII 607/08, 610/20, 626. Basis: Angaben von 60 Kirchgemeinden)

Verkündigungen und Trauungen auseinanderzuhalten (vgl. Kap. 2.3.1.1). Anhand der Summe der Eheschliessungen von 60 Kirchgemeinden im Zeitraum 1765–1796 (Fig. 3.7.) zeigt sich der bekannte Einfluss des Konjunkturzyklus<sup>55</sup>: In «teuren» Jahren mit hohen Getreidepreisen (1771, 1778, 1789, 1795) wurden geplante Ehen hinausgeschoben und anschliessend in «wohlfeilen» Jahren nachgeholt (besonders ausgeprägt 1796).

Die Zahl der Eheschliessungen pro 1000 Einwohner blieb in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bemerkenswert konstant und ging in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts deutlich zurück<sup>56</sup> (Fig. 3.8.). Dies äusserte sich in einem kleineren Anteil der Verheirateten an der Gesamtbevölkerung und legt nahe, dass die sozialen Repressionsmassnahmen zur Bremsung des Bevölkerungswachstums unerbittlich durchgesetzt wurden, so dass eine grössere Zahl von Menschen dauernd auf eine Ehe zu verzichten hatte. Der Anteil der «definitiv ledigen» (d.h. nicht mehr fortpflanzungsfähigen) an der Gesamtzahl der 50–55jährigen Frauen lässt sich anhand der Angaben der Volkszählung von 1860 ermitteln. Im Gesamtkanton (inkl. Nordjura) erreichte er einen Wert von 17,35 Prozent, wobei auf der Ebene der Bezirke erhebliche Unterschiede festzustellen sind<sup>57</sup>. Die harten bevölkerungspolitischen Massnahmen vermochten den Wachstumsprozess tatsächlich zu drosseln: Von 1818 bis zum Krisenjahrzehnt 1846–56 schrumpften die Geburtenüberschüsse kontinuierlich (vgl. Fig. 3.15.).

Günstigere Voraussetzungen ergaben sich nach der demographischen Entlastung der frühen 1850er Jahre. Nach 1856 stiegen die Eheschliessungen sprunghaft an und sind seither weiter angestiegen (Fig. 3.8.).

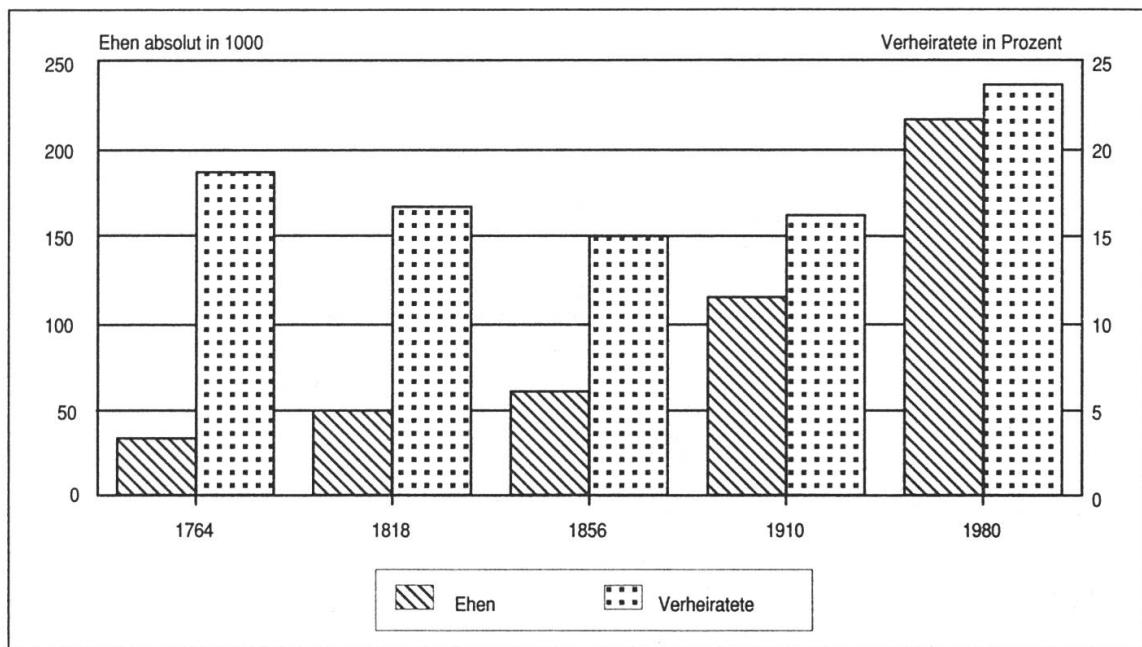


Fig. 3.8. Bestehende Ehen 1764–1980

Zwischen 1764 und 1856 nahm die absolute Zahl der Ehen zu, die Zahl der Verheirateten pro 1000 Einwohner war dagegen rückläufig, teils als Folge des grösseren Anteils an Kindern und Jugendlichen an der Gesamtbewölkerung, vor allem aber durch die zunehmenden Schwierigkeiten der Unterschichten bei der Gründung eines eigenen Hausstandes. Dann erlaubten der wirtschaftliche Aufschwung und die Aufhebung der Ehehindernisse für Unterstützte allen Heiratswilligen die Eheschliessung.

### 3.3.2 Fruchtbarkeit

#### 3.3.2.1 Die Zunahme der Fruchtbarkeit

1981 wies der amerikanische Anthropologe Robert Netting anhand einer Familienrekonstitution nach, dass die Bevölkerung des Walliser Dorfes Törbel vom späten 18. Jahrhundert an auf Grund einer Verkürzung der Geburtenabstände innerhalb bestehender Ehen angewachsen war<sup>58</sup>. Die Bedeutung von Nettings Ergebnis wurde lange Zeit nicht zur Kenntnis genommen, weil es aus einem abgeschlossenen Bergdorf mit Selbstversorgungswirtschaft stammte und damit quer zur geltenden Auffassung stand, wonach eine Zunahme der Fruchtbarkeit an (proto-)industrielles oder agrarisches Wirtschaftswachstum gebunden sei. Ähnliche Tendenzen sind jedoch seither in einer grösseren Anzahl von neueren Studien aus dem deutschsprachigen Raum unter verschiedenen ökonomischen Bedingungen aufgezeigt worden<sup>59</sup>, so dass sich eine generelle Neubeurteilung des Bevölkerungswachstums im späten 18. Jahrhundert aufdrängt.

Im Kanton Bern wuchs die rohe Geburtenziffer<sup>60</sup> zwischen 1764 und 1798 von 33 auf 38 Promille an (Fig. 3.4.)<sup>61</sup>. Diese zunehmende Tendenz ist in allen Landesteilen und in der überwiegenden Zahl der Bezirke festzustellen<sup>62</sup>; doch kann allein anhand der rohen Geburtenziffer nichts Eindeutiges über die Ursachen des Wachstums ausgesagt werden. Als Indikator der Fruchtbarkeit aussagekräftiger ist die Taufziffer<sup>63</sup>. Da Neuvermählte nur einen kleinen Teil aller Ehen darstellen, können Schwankungen der Taufziffern tendenziell als Veränderungen der innerehelichen

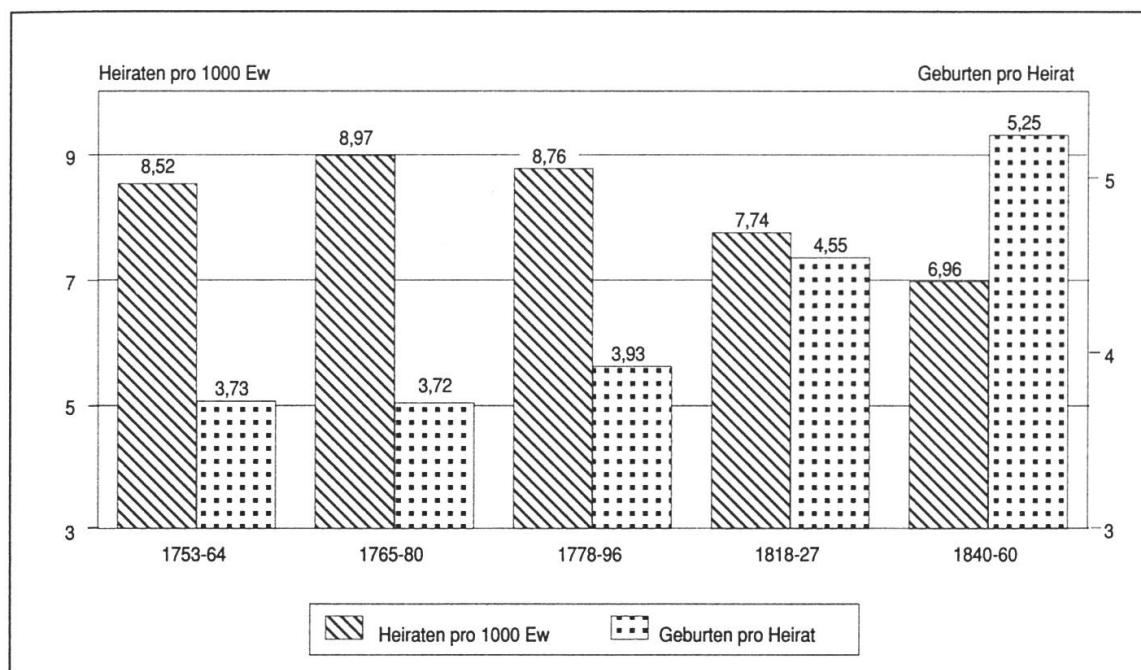


Fig. 3.9. Verhältnis zwischen Taufen und Eheschliessungen 1753/1764 bis 1840/60

Von 1780 an nahm die Zahl der Taufen pro Eheschliessung zu, was auf eine grössere innereheliche Fruchtbarkeit hindeutet.

Fruchtbarkeit angesprochen werden: Im gesamten Kanton wurden pro Heirat im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts durchschnittlich 0,2 Kinder mehr zur Taufe getragen als in der Periode 1753–1780 (vgl. Fig. 3.9.), wobei positive Zahlen im Seeland, im Oberaargau und im Oberland mit rückläufigen Zahlen im Mittelland kontrastieren<sup>64</sup>. Schlüssig kann die Steigerung der Fruchtbarkeit zwischen 1764 und 1818 anhand der allgemeinen Fruchtbarkeitsziffer GFR nachgewiesen werden<sup>65</sup> (Fig. 3.10.).

Wie ist der Anstieg der Fruchtbarkeit im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert zu deuten? Die Zahl der in einer Ehe geborenen Kinder ist vom Heiratsalter, den Abständen zwischen den Geburten und der Dauer der Ehe abhängig. Diese Faktoren lassen sich nur mit der Methode der Familienrekonstitution entflechten, die im Kanton Bern noch nirgends konsequent angewendet worden ist. Eine Senkung des Heiratsalters ist im späten 18. Jahrhundert nirgends belegt. Dagegen wird in zahlreichen neueren Studien aus dem deutschsprachigen Raum eine Zunahme der Fruchtbarkeit als Ergebnis einer Verkürzung der Geburtenabstände nachgewiesen. Sie erfolgte unter verschiedenartigen ökonomischen Bedingungen und war nicht an protoindustrielles Wirtschaftswachstum gebunden<sup>66</sup>. Diese Interpretation erscheint auf Grund des vorliegenden Datenmaterials für den Kanton Bern am plausibelsten. Es ist anzunehmen, dass weiterführende Studien diesen Befund weiter differenzieren, für gewisse Regionen unter Umständen teilweise widerlegen werden. In jedem Falle verschiebt sich die Frage nach den Ursachen des Wandels vom innerdemographischen in den ausserdemographischen, biologischen und sozialen Bereich. Am plausibelsten sind Deutungsmuster, die von Veränderungen der Ernährung ausgehen. Netting erklärt die Steigerung der Fruchtbarkeit in Töbel mit der Einführung der Kartoffel und verweist auf

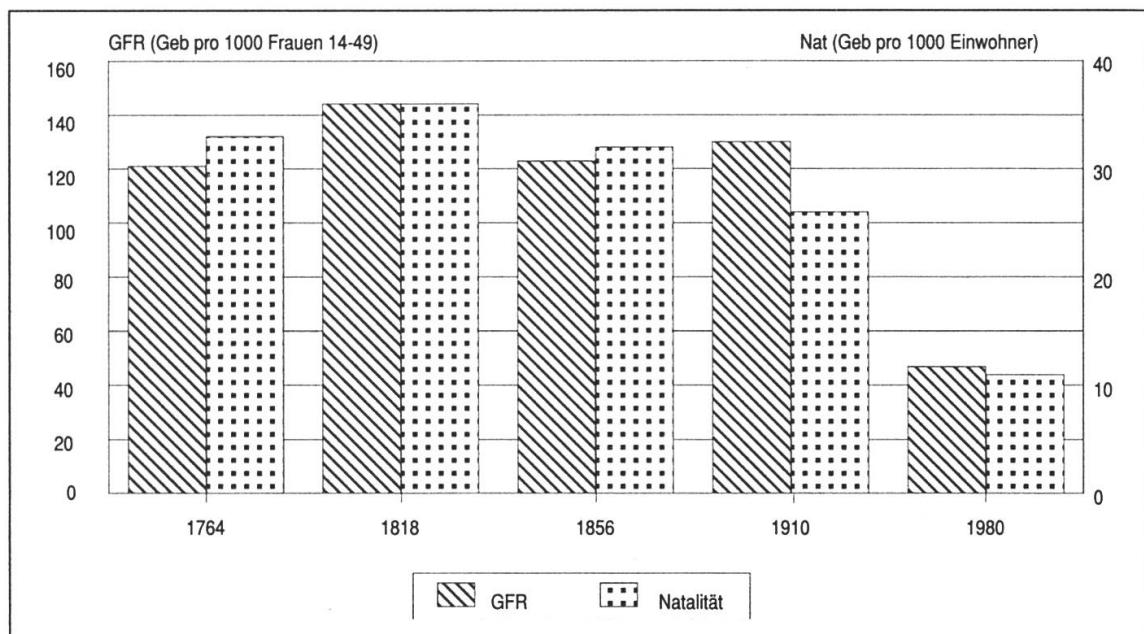


Fig. 3.10. Entwicklung der Fruchtbarkeit 1764–1980

Die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer ging nach 1818 zurück, während die Taufziffer weiter anstieg. Dies lässt sich dahingehend interpretieren, dass die Repressionsmassnahmen zur Unterdrückung sozial unerwünschter Ehen durch eine zunehmende Zahl von Taufen in den bestehenden Ehen teilweise aufgewogen wurden. GFR: General Fertility Rate = Allg. Fruchtbarkeitsziffer. 1764: nur alter Kanton.

Studien in Tibet und Nepal, die für das 19. Jahrhundert denselben Zusammenhang postulieren<sup>67</sup>. Im Kanton Bern sprechen namentlich die demographischen Eckdaten des Bezirks Oberhasli im frühen 18. Jahrhundert zugunsten dieser Hypothese. Die Kartoffel war dort seit dem frühen 18. Jahrhundert verbreitet<sup>68</sup>. In dieser Zeit, Jahrzehnte vor den meisten übrigen Gebieten des Kantons, setzte die lange Welle des Bevölkerungswachstums in diesem Bergtal ein (Fig. 3.14.). In keinem anderen Bezirk wuchs die Bevölkerung zwischen 1764 und 1850 so kräftig wie im Oberhasli. Allerdings ist eine fruchtbarkeitssteigernde Wirkung der Kartoffel bis heute nicht nachgewiesen worden<sup>69</sup>, so dass ein schlüssiger physiologischer Beweis für den vermuteten Zusammenhang noch aussteht.

Kurzfristig mögen ökonomische und psychologische neben physiologischen Impulsen ins Gewicht gefallen sein: Im Kanton Bern wurden im Jahr nach der Proklamation der Helvetischen Republik über 1000 Kinder (fast 12 Prozent!) mehr getauft als in den vorangehenden und nachfolgenden Jahren. Dieses weit aus der Reihe herausstechende Maximum der Geburten im Jahre 1799 (vgl. Fig. 3.4.) ist auch in der Stadt Luzern nachgewiesen. Dort wurden in den Jahren 1799 und 1800 23 Prozent mehr Ehen geschlossen als im Jahr zuvor, und es wurden in den beiden Jahren über 40 Prozent mehr Kinder getauft<sup>70</sup>. Ähnliche Muster sind als Reaktion auf Pestepidemien im 16. und 17. Jahrhundert bekannt. Alfred Perrenoud hat nachgewiesen, dass die Genfer Bevölkerung auf die Epidemie von 1636/40 mit einer Welle von Heiraten und einer gesteigerten innerehelichen Fruchtbarkeit antwortete. Nach dem Abklingen des Schwarzen Todes war eine Vielzahl von Stellen verwaist, in die junge Menschen nachrücken und eine Familie gründen konnten. Möglicherweise ging mit der

Umwälzung zudem eine vorübergehende Lockerung der Sitten einher<sup>71</sup>. Es ist zu vermuten, dass dieser demographische Schub in ähnlicher Weise mit einer plötzlichen Verbesserung der Lebenschancen für Teile der Unterschicht zusammenhängt: Fest steht, dass die Gesetzgebung der Helvetik einen wahren Boom von Allmendteilungen auslöste und dass in vielen Gemeinden die minderbegüterten Schichten einen Allmendanteil zur freien Bewirtschaftung erhielten (vgl. 4.2.2). Dies verbesserte ihre materiellen Voraussetzungen für eine Familiengründung und mag die Schwelle für eine Eheschliessung herabgesetzt oder einer zurückgestauten Sinneslust Auftrieb verschafft haben; doch muss das vorliegende agrargeschichtliche und demographische Material räumlich noch stark verbreitert und zeitlich stärker differenziert werden, ehe verallgemeinernde Schlüsse daraus gezogen werden können. Abzuklären wäre außerdem, ob die Aufhebung des Zunftzwangs in den Städten eine ähnliche Wirkung hatte und ob die (vorgezogene?) Eheschliessung als Mittel genutzt wurde, um dem Kriegsdienst zu entgehen<sup>72</sup>.

### 3.3.2.2 Uneheliche Geburten

Eheliche, voreheliche und uneheliche Sexualität lassen sich erst durch die Festsetzung eines geregelten, rechtsverbindlichen Heiratsverfahrens und der schriftlichen Registrierung der Ehen seit der Reformation auseinanderhalten; doch blieb im Bewusstsein der Bevölkerung und in der Rechtspraxis das Verlöbnis ehebegründend<sup>73</sup>. Uneheliche Abkunft bedeutete für ein Kind im späteren Leben eine schwerwiegende Benachteiligung in gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und rechtlicher Hinsicht<sup>74</sup>.

Die Rate der Unehelichen<sup>75</sup> kann anhand der Taufrödel berechnet werden. Bei jedem Taufeintrag vermerkten die Pfarrer, ob es sich um ein eheliches oder uneheliches Kind handelte. Im letzteren Fall apostrophierten sie den Namen der Mutter nicht selten mit Zufügungen wie «huer», wogegen der Vater gemäss der Tradition, die nur gefallene Engel und Mädchen, nicht aber gefallene Männer kennt, ungeschoren blieb<sup>76</sup>. Im 19. Jahrhundert wurden die unehelichen Geburten als eigenständige Rubrik in den demographischen Statistiken der Staatsverwaltungsberichte geführt. Aus dem Ancien Régime liegen Raten der Unehelichen für die Kirchgemeinden Langnau, Thurnen, Stettlen und Vechigen vor<sup>77</sup>.

Die bis ins späte 16. Jahrhundert zurückreichende Reihe von Langnau zeigt in Übereinstimmung mit Studien aus anderen Teilen Europas einen U-förmigen Verlauf: Im ausgehenden 16. Jahrhundert werden viele Kinder ausserhalb der Ehe geboren, dann sinkt ihr Anteil auf einen Tiefstand im späten 17. und frühen 18. Jahrhundert und steigt dann wieder an<sup>78</sup>. Für Vechigen und Stettlen hat Heiner Schmidt nachgewiesen, dass die Chorgerichte nach 1700 durch eine Flut von Verstössen gegen die Sexualnormen in Atem gehalten wurden, die zahlenmässig alle übrigen Delikte zurückdrängten. Die Zahl der Schwangerungsklagen vervierfachte sich vom frühen 17. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts: Kam im 17. Jahrhundert auf zehn eheliche eine uneheliche Erstschwangerschaft, so waren es im 18. Jahrhundert deren fünf.

Schmidt betrachtet diese Lockerung der Sittlichkeit als Folge des Zerfalls von bäuerlich-kommunalen Normen und als Indiz für den Beginn einer «sexuellen Revolution» (Shorter), die dem Anspruch auf individuelle Befriedigung einen höheren Stellenwert einräumte. Auf Grund des Vergleichs von Schwangerschaftsklagen vor Chorgericht mit der Zahl der tatsächlichen unehelichen Niederkünfte kommt Schmidt zum Schluss, dass es vielen Frauen irgendwie gelungen sein musste, ihre Frucht nicht auszutragen, was zu einem Anstieg von prä- und postnataler Sterblichkeit hätte führen müssen<sup>79</sup>. Möglicherweise ist die unterdurchschnittliche Zahl von Knabengeburten resp. -taufen (vgl. 3.3.2) ein Ausdruck dieser Situation. Hinweise auf Abtreibungen finden sich da und dort in den Quellen: So berichtet eine der ökonomischen Gesellschaft eingesandte Wettschrift, Uneheliche würden zwar in ziemlicher Zahl erzeugt, aber die meisten würden des Lebens beraubt, noch bevor sie das Licht der Welt erblickten, oder bei ihrer Geburt erstickt<sup>80</sup>. Im Pfarrbericht von Aarwangen steht dazu das folgende: «Was Leibs-frucht abtreiberei seye, ist hier keine so unbekannte Sach, bey der Menge Landärzten werden schon dere gefunden, die sich kein Gewüssen machen, denen schwangeren Dirnen mit abtreibenden Mitlen behüflich zu seyn»<sup>81</sup>.

Neben der «sexuellen Revolution» bringt Heiner Schmidt in Übereinstimmung mit der internationalen Forschung ökonomische Argumente – das Eindringen protoindustrieller Erwerbsarbeit, die Durchlöcherung des Dreizelgensystems im Mittelland durch die Einschlagbewegung als Ausdruck des ökonomischen Individualismus – ins Spiel<sup>82</sup>. Bedeutungsvoll ist im weiteren, dass sich die Möglichkeiten für eine Eheschliessung am Rande oder ausserhalb des geltenden Rechts im Verlaufe des 18. Jahrhunderts von zwei Seiten her verengten: Einmal durch die Verschärfung der obrigkeitlichen Heiratspolitik in den 1740er Jahren<sup>83</sup>, dann durch die von den 1780er Jahren an schwindenden Möglichkeiten, ohne ausreichende materielle Basis einen Hausstand zu gründen<sup>84</sup>.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nahm der Anteil der unehelich Geborenen bei sinkenden ökonomischen Heiratschancen für Unbemittelte weiter zu. Spitzenwerte von über 7 Prozent wurden vorübergehend in den 1850er Jahren erreicht<sup>85</sup>, wodurch Bern unter den Kantonen nur hinter Luzern und Genf zurückstand<sup>86</sup>. Zu diesem Ergebnis trugen hauptsächlich die Ergebnisse der Peripherien im Voralpengebiet (Emmental, Schwarzenburgerland) bei. Im Emmental, möglicherweise auch in anderen Gebieten, erlaubte die Sitte des Kiltgangs den vorehelichen Geschlechtsverkehr: In seiner «Biographie» der Kirchgemeinde Langnau kommt Benedikt Bietenhard zum Ergebnis, dass im späten 18. Jahrhundert mindestens 45 Prozent der Ehepaare ihr Erstgeborenes vor der Heirat zeugten<sup>87</sup>. Damals mochten der soziale Druck der dörflichen Normen und die rechtlichen Sanktionsmöglichkeiten ausgereicht haben, um Schwängerer zur Einhaltung ihrer Verpflichtungen zu zwingen. Als nach 1846 das soziale Netz zusammenbrach und die Mobilitätsschranken aufgehoben wurden, ist zu vermuten, dass sich Väter ihren Pflichten immer häufiger durch einen Wechsel der Arbeitsstelle oder durch Auswanderung entzogen und ihre schwangeren Bräute sitzenliessen<sup>88</sup>.

### 3.3.2.3 Die Verbreitung der Geburtenkontrolle

Die Verbreitung der Geburtenkontrolle ist das Schlüsselement des demographischen Übergangs. Das 1963 in Angriff genommene «European Fertility Program» hat den Rückgang der Fruchtbarkeit in Europa auf der Ebene der Provinzen – in der Schweiz der Kantone – in vergleichbarer Weise untersucht<sup>89</sup> und kommt zum Schluss, dass sich der Geburtenrückgang in den meisten Gebieten auf wenige Jahrzehnte konzentrierte und im wesentlichen entlang sprachlich-kultureller Grenzen verlief.

Im Kanton Bern begann der langfristige Geburtenrückgang zeitgleich mit der Mehrzahl der europäischen Provinzen um die Jahrhundertwende (vgl. Fig. 3.4.). In den einzelnen Bezirken lag das Niveau der Fruchtbarkeit vor dem Einsetzen des langfristigen Rückgangs verschieden hoch. Bedingt durch Unterschiede im Heiratsverhalten (Alter, Anteil definitiv Ledige) und in der Dauer des Stillens gehörten sowohl agrarische Abwanderungsgebiete – Saanen und Oberhasli<sup>90</sup> – als auch gewerblich-industrielle Zuwanderungsgebiete wie die Bezirke Nidau, Moutier, Biel, Bern und Burgdorf um 1880 zu den Regionen mit relativ geringer «natürlicher» Fruchtbarkeit<sup>91</sup>.

Die Einführung der Geburtenkontrolle kann als Wechsel von einem ungesteuerten zu einem zweckrationalen Fruchtbarkeitsverhalten verstanden werden. Ansley Coale nennt dafür drei Voraussetzungen<sup>92</sup>:

1. Sexualität und Reproduktionsverhalten müssen diskussionsfähig sein.
2. Die Reduktion der Fruchtbarkeit muss als vorteilhaft wahrgenommen werden.
3. Wirksame Techniken zur Fruchtbarkeitskontrolle müssen bekannt sein.

Vorauszuschicken ist, dass im frühen 19. Jahrhundert die meisten Menschen über die sexuellen Funktionen ihres Körpers und den Zusammenhang zwischen Geschlechtsverkehr, Empfängnis und Geburt nur unzureichend aufgeklärt waren. Alle Schriften über diesen Bereich, auch jene, die sich streng auf den medizinischen Aspekt von Körperfunktionen beschränkten, wurden von Staates wegen als Anleitung zur Unzucht verfolgt. Deshalb blieb dieses Thema lange in der «Schweigespirale» (Noelle Neumann) gefangen. Dabei wissen wir, dass begüterte Milieus ihre Fortpflanzung mit Blick auf die Erhaltung ihres Reichtums schon Jahrhunderte vorher kontrolliert hatten<sup>93</sup>. Die erste öffentliche Kontroverse in Europa über Fragen der Empfängnisverhütung wurde 1877 durch den Vorstoss zweier englischer Freidenker, Annie Besant und Charles Bradlaugh, ausgelöst. Die beiden gründeten die «Malthusian League», die vehement für eine Abschaffung aller Strafen auf öffentlichen Diskussionen der Bevölkerungsfrage kämpfte<sup>94</sup>. Mit der Zeit breitete sich die sogenannte neomalthusianische Bewegung<sup>95</sup> über die meisten westlichen Industriestaaten aus. Die öffentliche Diskussion setzte in der Regel in dem Zeitpunkt ein, wo der Geburtenrückgang in der Statistik eines Staates oder einer Region deutlich in Erscheinung trat.

Die Geburtenkontrolle ist somit nicht durch eine öffentliche Propagandakampagne ausgelöst worden. Vielmehr versuchten die überraschten Eliten, durch die Lancierung der öffentlichen Diskussion einen Prozess unter Kontrolle zu bringen,

der sich als lautlose Revolution «ungeplant» und für lange Zeit unbemerkt vollzogen hatte. So rief der Berner Statistiker Christian Mühlemann 1908 Gesundheitsbehörden, Sittlichkeitsvereine und sonstige Organisationen zur Förderung der Volkswohlfahrt dazu auf, gegen die «bedenkliche Gepflogenheit» der Empfängnisverhütung «mit künstlichen Mitteln auf mechanischem, physikalischem oder chemischem Wege» entschieden vorzugehen, da die Anwendung der präventiven Mittel unter Umständen «schädigend und zerstörend auf das Nervenmark und die Fortpflanzungsorgane» wirken und somit «zur Entartung und zum Niedergang ganzer Generationen» führen könne<sup>96</sup>. Hinter dem Alarmruf stand die um diese Zeit weitverbreitete Furcht vor einem demographischen und sittlichen Niedergang des «Westens» gegenüber den «unverbrauchten» Völkern Osteuropas.

Aus den wenigen vorliegenden Belegen kann geschlossen werden, dass namentlich Frauen nach Mitteln und Wegen suchten, um nicht zu viele Kinder zur Welt bringen zu müssen. So erzählt beispielsweise das Dienstmädchen Rosalie Wenger in ihren Memoiren von ihrer Meisterin: «Sie sagte mir einmal, sie warte abends – obwohl immer sehr müde – mit dem Insbettgehen, bis der Mann ganz sicher schlafe, damit sie nicht zu viele Kinder kriegen müsse»<sup>97</sup>. Antikonzeptionelles Wissen wurde von der Jahrhundertwende an teilweise durch auflagenstarke Bücher und gut besuchte Vorträge verbreitet, wobei der Arzt und Ameisenforscher Auguste Forel eine Vorreiterrolle spielte<sup>98</sup>. Rückwandernde Dienstmädchen trugen die Kenntnisse in ländliche Gegenden, wo sie von Frau zu Frau weitergegeben wurden. Ähnlich wirkte für Männer die Mund-zu-Mund-Propaganda im Militärdienst. Antikonzeptionelle Mittel wie Gummikondome wurden dank der Fortschritte in der Kautschukverarbeitung von Elektrokabeln und Fahrradreifen nach 1900 zu technisch leidlich ausgereiften Produkten<sup>99</sup>. Sie fanden Verbreitung durch Werbung in Zeitschriften, durch den Hausiererhandel oder durch Coiffeurgeschäfte<sup>100</sup>. Der Forderung von Frauen nach selbstbestimmter Mutterschaft traten sowohl konservative bürgerliche Kreise als auch die Sozialisten entgegen, wobei diese nicht zuletzt Einbussen ihrer «Hausmacht» in der Partei und in der Familie fürchteten<sup>101</sup>. Die «demographische Revolution von unten» setzte sich über diese Widerstände hinweg: Der Umbruch von einem ungesteuerten zu einem zweckrationalen Fruchtbarkeitsverhalten vollzog sich im Kanton Bern innerhalb einer einzigen Generation. Um 1910 lag die eheliche Fruchtbarkeit nur noch in Frutigen und den im Hügelland gelegenen Peripherien Schwarzenburg, Seftigen, Konolfingen und Signau, 1920 nur noch im Bezirk Schwarzenburg mit seiner aussergewöhnlichen Bevölkerungsweise auf dem Ausgangsniveau von 1888<sup>102</sup>.

Verzögernd oder beschleunigend wirkten neben wirtschaftlichen (Anteil agrarische resp. industrielle Bevölkerung) und sozialen (Einkommen) vor allem kulturelle Faktoren (Stadt – Land, Sprache, Konfession, Bindung an kirchliche Normen, Schulbildung) auf die Geschwindigkeit der Fruchtbarkeitssenkung ein<sup>103</sup>. Als Schlüsselfaktor hebt van de Walle die Durchsetzung der Schulpflicht hervor. Einerseits schmälerte diese den Arbeitsertrag der Kinder und verstärkte damit die Wirkung des Fabrikgesetzes von 1877. Andererseits mussten die Kinder für den Schulbesuch passend gekleidet und ausgerüstet werden, zumal die Schulbildung an

Prestige gewann. Unter diesen Umständen war eine Beschränkung der Kinderzahl ökonomisch vorteilhaft und dem gesellschaftlichen Ansehen förderlich. Der schulische Bildungsprozess selbst beschleunigte den kulturellen Wandel, indem der Schulstoff bürgerliche Werte – Rationalisierung, Individualisierung und das Ideal der Kleinfamilie – propagierte. John Caldwell betrachtet die Richtung des Netto-Flusses von materiellen und emotionalen Werten (wealth flow) zwischen den Generationen als ausschlaggebenden Faktor für die Beschränkung der Geburtenzahl. In der traditionalen Familienwirtschaft flossen materielle Werte (in Form von Arbeitsleistung) und Emotionen (in Form von Gehorsam und Ehrfurcht) mehrheitlich von den Kindern zu den Eltern, unter dem Einfluss der Modernisierung flossen sie vom späten 19. Jahrhundert an mehrheitlich von den Eltern zu den Kindern<sup>104</sup>.

Christian Reusser und Martin Stuber sind der Argumentation Caldwells anhand von statistischen Daten für den Kanton Bern nachgegangen: Wesentlich ist einmal ihr Ergebnis, dass die Schulpflicht in Bern erst nach 1875 effektiv durchgesetzt wurde, nachdem die ersten eidgenössischen Rekrutierungsprüfungen alarmierende Mängel des bernischen Bildungswesens offengelegt hatten. Außerdem haben sie die von der Schule vermittelten Bildungsinhalte untersucht. Dabei zeigte es sich, dass in den bernischen Lesebüchern des späten 19. Jahrhunderts fast durchwegs zweckrationale individualistische Denk- und Handlungsweisen und das Ideal der bürgerlichen Kleinfamilie propagiert wurden<sup>105</sup>. Dieses bürgerliche Familienideal wurde, so darf man vermuten, je nach sozialem Umfeld und der Bindegliederung familiärer und religiöser Normen verschieden rasch rezipiert, was sich unter anderem in einer beschleunigten oder verzögerten Verbreitung von Geburtenkontrolle äusserte. Rein zeitlich geht die Rechnung auf: Als erste Generation dürften die um 1870 Geborenen unter den veränderten Rahmenbedingungen aufgewachsen sein. Im Verlaufe der 1890er Jahre trat diese Generation vor den Traualtar, eben in jener Zeit, in welcher sich die Geburtenkontrolle auszubreiten begann. Für eine stichhaltige Argumentation wären sozial differenzierende Untersuchungen mit den Methoden der historischen Demographie und Familienforschung erforderlich.

### 3.3.2.4 Der Baby-Boom während des Zweiten Weltkrieges<sup>106</sup>

Während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg stieg die Geburtenrate in den meisten «westlichen» Ländern und in den USA wieder an<sup>107</sup>. In der Schweiz setzte der sogenannte Baby-Boom nach fünf Jahrzehnten eines kontinuierlichen Rückgangs der Geburtenraten fast schlagartig um 1940 ein. In diesem Jahr wurden erstmals fast durchwegs wesentlich mehr Kinder geboren. Innerdemographisch ist diese Trendwende auf eine Vielzahl von Faktoren zurückzuführen: Ein grösserer Teil der Frauen war zur Gründung einer Familie bereit, die Paare heirateten früher, und die Frauen gebaren ihre ersten Kinder früher. Im weiteren stieg die Fruchtbarkeit der schon länger bestehenden Ehen an, indem sich die meisten Frauen an einer Zielvorstellung von zwei bis vier Kindern orientierten. Unter den ausserdemographischen Einflüssen, welche die Gründung neuer oder die Vergrösserung bestehender Familien begünstigten, wird am häufigsten die Einführung der Lohn- und Verdiensttersatz-Ordnung genannt. Diese

kam zur Hauptsache den verheirateten und unterstützungspflichtigen Wehrmännern zugute und diente dem Zweck, den Lebensunterhalt von Frau und Kindern zu sichern. Faktisch wurde damit ein System des Familienlohns eingeführt, das von einer klaren innerfamiliären Rollenteilung ausging und die Löhne teilweise nach den Bedürfnissen der Empfänger umverteilte. Heirats- und geburtenfreundlich ausgestaltet wurde ausserdem das Rationierungssystem, indem es Säuglinge und Kleinkinder weit über ihren Bedarf privilegierte. Diese familienfreundliche Ausgestaltung der Existenzbedingungen in der Ausnahmesituation des Weltkrieges war Ausfluss einer von Bundesrat Etter bewusst geförderten Politik, welche die nationale Integration propagierte, die Geschlechterrollen akzentuierte und damit zur Schaffung eines geburtenfreundlichen «generativen Klimas» beitrug.

### 3.3.3 Sterblichkeit

Das traditionale Sterblichkeitsgeschehen setzte sich aus zwei Komponenten zusammen: Der strukturell bedingten, mittelfristig relativ konstanten Säuglingssterblichkeit überlagerte sich die von Jahr zu Jahr fluktuierende, durch Epidemien bedingte Sterblichkeit, welche die höheren Altersklassen in unterschiedlichem Masse traf. Die Säuglingssterblichkeit und die epidemiebedingte Sterblichkeit der höheren Altersklassen zeigten starke regionale Besonderheiten. Diese regionalen Sterblichkeitsmuster sind erst durch die moderne Medizin eingeebnet worden: Heute erklären sich räumliche Unterschiede der Sterblichkeit fast ausschliesslich durch die Altersstruktur der Wohnbevölkerung<sup>108</sup>.

Bis vor kurzem wurde angenommen, dass die im späten 18. Jahrhundert einsetzende Welle des Bevölkerungswachstums in Europa auch in der Schweiz in erster Linie von einem Rückgang der Sterblichkeit getragen wurde. Die Daten für den Kanton Bern sind in dieser Hinsicht uneinheitlich: Auf der Ebene des Gesamtkantons stagnierte die rohe Sterblichkeitsziffer zwischen 1764 bis 1798; doch stand einer starken Zunahme in einem Drittel der Bezirke ein mässiger Rückgang in den übrigen gegenüber. Es bleibt abzuklären, inwieweit diese Veränderungen durch Struktur- oder Wachstumseffekte bedingt sind. Altersspezifische Werte könnten nur anhand von Familienrekonstitutionen berechnet werden. Auf Grund des vorliegenden Materials ist nicht auszuschliessen, dass die Sterblichkeit in einigen Landesteilen und Bezirken vom späten 18. Jahrhundert an zurückging; aber im Vergleich zur zunehmenden Fruchtbarkeit waren diese Tendenzen von untergeordneter Bedeutung.

#### 3.3.3.1 Veränderungen der Krisensterblichkeit

Krisen sind ein Wesenselement der alten Bevölkerungsweise. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts kehrten sie in Europa mit «unregelmässiger Regelmässigkeit»<sup>109</sup> immer wieder. Von ihrer Dichte, ihrer Intensität und der altersspezifischen Sterblichkeit hing ihre wachstumshemmende Wirkung ab. Die Literatur unterscheidet zwei Erscheinungsformen, die Krise «alten Typs» und die «verdeckte Krise» (crise

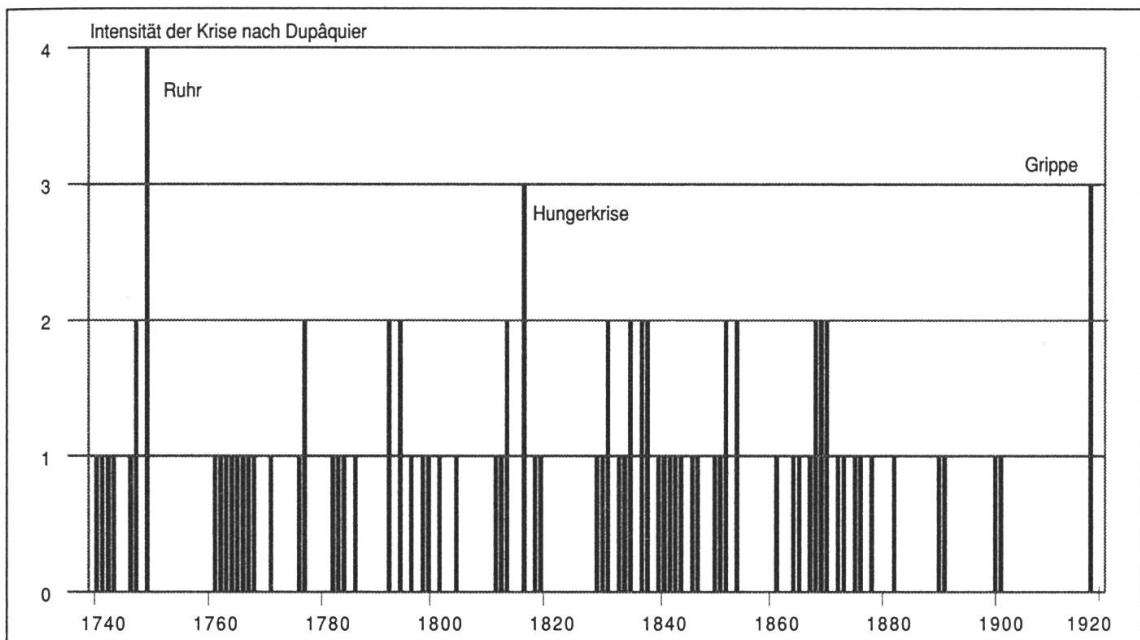


Fig. 3.11. Mortalitätskrisen 1740–1920

Die Epidemie der Roten Ruhr von 1750 kam in ihrer Wirkung an einen Pestzug heran. Etwas geringer war die Übersterblichkeit in der Hungerkrise von 1817 und bei der «Spanischen Grippe» von 1918. Dagegen treten Pockenepidemien nicht deutlich hervor.

larvée). Die Krise «alten Typs» zeichnet sich durch einen hohen Gipfel der Sterblichkeit aus, die «verdeckte Krise» eher durch eine Baisse der Taufen und Heiraten. Bei der Frage nach den Ursachen der Krisen schälen sich ebenfalls zwei Gruppen heraus: Bei den «teuerungsneutralen» Epidemien ist die Übersterblichkeit nicht durch einen Mangel an Lebensmitteln bedingt, während bei den Subsistenzkrisen den direkten oder indirekten Wirkungen von hohen Getreidepreisen ein wesentlicher Anteil der Todesfälle zugeschrieben werden muss<sup>110</sup>.

Um die Mortalitätskrisen zwischen 1740 und 1920 in vergleichbarer Form darzustellen, ist ein entsprechender Index berechnet worden<sup>111</sup>. In diesen 180 Jahren ist eine einzige «schwere» Krise, jene der Roten Ruhr von 1750, aufgetreten. «Mittelschwere» Krisen sind im Hungerjahr 1817 und im Gefolge der «Spanischen Grippe» 1918 auszumachen. «Leichte» Krisen finden sich unter anderem in den Jahren 1778, 1793 und 1795 im Zusammenhang mit regionalen Ruhrepidemien (Fig. 3.11.). Dies führt zum Schluss, dass das Sterblichkeitsgeschehen im Kanton Bern im wesentlichen durch die Rote Ruhr geprägt wurde, wogegen die Pocken, die in anderen Ländern als die verheerendste Kinderkrankheit galten<sup>112</sup>, verhältnismässig wenig Opfer kosteten. Die aus der Ostschweiz (u.a. Thurgau, Appenzell<sup>113</sup>) und anderen europäischen Regionen<sup>114</sup> bekannte schwere Subsistenzkrise von 1817 ist im kantonalen Durchschnitt nur in verdeckter Form aufgetreten, jene von 1770 tritt überhaupt nicht in Erscheinung. Der Kanton als ganzer ist auf Grund seiner geringen Verwundbarkeit für Subsistenzkrisen dem Westschweizer Muster zuzuordnen<sup>115</sup>. Deutlicher treten dagegen spätere, verdeckte Krisen (1847, 1852–55) in Erscheinung, was darauf schliessen lässt, dass ein Teil der Unterschichten an Unter- und Mangelernährung litt. Von den zwei Gipfeln des Krisenjahrzehnts in der Jahrhundertmitte ist bisher

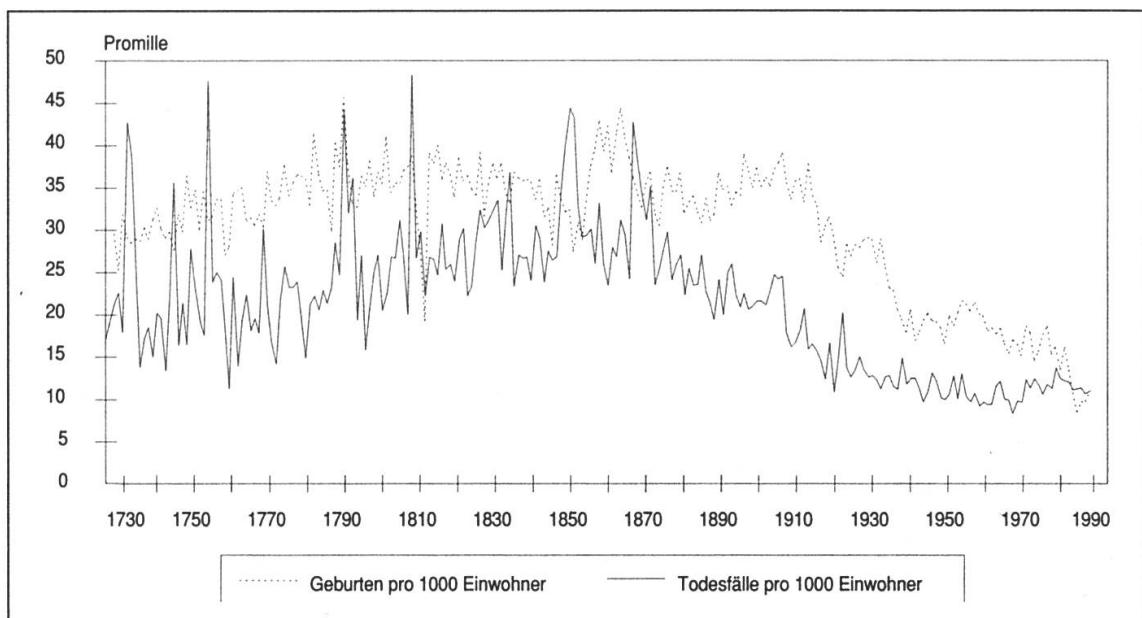


Fig. 3.12. *Natalität und Mortalität im Amtsbezirk Schwarzenburg 1720–1988*

Die Bevölkerungszunahme in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ging mit einer stagnierenden oder schrumpfenden landwirtschaftlichen Produktion einher, was langfristig zu einer Zunahme der Kindersterblichkeit führte. Die Missernten in den 1850er und 1860er Jahren<sup>119</sup> lösten eine offene Hungersnot aus.

einzig der erste, die europaweite «Kartoffelkrise» von 1846/47<sup>116</sup>, ins Bewusstsein der Forschung gedrungen. Dagegen hat der zweite Teuerungsgipfel in den frühen 1850er Jahren weit weniger Beachtung gefunden als in den Nachbarstaaten<sup>117</sup>, obwohl er auch in der Schweiz die erste grosse Auswanderungswelle in die Vereinigten Staaten auslöste. Besonders verheerende Auswirkungen hatte er im höheren Mittelland: Im Bezirk Schwarzenburg brach eine offene Hungersnot aus<sup>118</sup> (vgl. Fig. 3.12.).

Möglicherweise hängt die Überschätzung der «Kartoffelkrise» damit zusammen, dass sie ins Vorfeld der Bundesstaatsgründung fällt und in Gotthelfs Erzählung «Käthi die Grossmutter» eindrücklich beschrieben ist: «Jetzt sah Käthi im Lampenscheine die grause, schwarze Pestilanz an allen ihren Erdäpfeln, und es war ihr, als werde, je mehr sie zünde, die Pestilanz immer schwarzer und grausiger [...] schwarz und grausig [stand] die Frage vor ihr wie ein wildes Tier und wollte nicht weichen von ihrer Seele: Was sollen wir essen, und womit sollen wir uns kleiden<sup>120</sup>?» Im folgenden soll mit Blick auf den gesamten Kanton auf die beiden schwersten Krisen alten Typs, die Ruhr von 1750 und die Grippe von 1918, eingegangen werden. Daneben ist nach den Gründe für den geringen demographischen Stellenwert der Pocken zu fragen.

### 3.3.3.2 Der «Rote Tod» von 1750<sup>121</sup>

Die Rote Ruhr, heute bestenfalls noch dem Namen nach bekannt, war vor anderthalb Jahrhunderten ebenso gefürchtet wie heute Aids oder Krebs. Eine entsprechende Diagnose wurde fast mit einem Todesurteil gleichgesetzt. «Es war, als ob der Blitz

eingeschlagen hätte ins Haus, da war kein Gesicht, welches nicht bleich ward, keine Hand, die nicht zitterte, daran hatte man nicht gedacht, dass die Mutter den roten Schaden bekommen konnte». Mit diesen Worten schildert Jeremias Gotthelf in «Geld und Geist», wie Angehörige von Betroffenen im frühen 19. Jahrhundert auf den ärztlichen Befund reagierten<sup>122</sup>. Am stärksten gefährdet waren Kleinkinder und ältere Menschen<sup>123</sup>. In den meisten Jahren trat die Ruhr punktuell in Form von lokalen Herden auf, in heissen Hoch- und Spätsommern erfasste sie grössere Regionen.

Der Erreger wurde hauptsächlich von Fliegen übertragen, die sich, von ruhrverseuchten Abtritten kommend, auf Nahrungsmitteln niederliessen und damit die Infektionskette schlossen. Bei der Ansteckung kam der persönlichen und häuslichen Hygiene ein zentraler Stellenwert zu. Ein noch nicht entwickeltes Hygienebewusstsein und die fehlende Möglichkeit zur desinfektionswirksamen Beseitigung von Fäkalien schufen im Umfeld der Unterschichten eine ideale Brutstätte für die Seuche. Gotthelf schreibt: «In den Hütten der Armen ist wohl keine Krankheit, die Cholera etwa ausgenommen, fürchterlicher und ekelhafter als die Rote Ruhr. Wo vielleicht nur ein rechtes Bett ist und noch dazu ein schlechtes, die übrigen mit einzelnen Bettstücken sich behelfen müssen, selbst mit Hudeln, bald in leeren Bettstätten, bald auf dem Ofen, vielleicht auf den Tischen; wo kein Glied der Familie mehr als zwei Hemder hat, eins am Leib, eins am Zaun zum Trocknen, kein Vorrat irgendeiner Art ist, selbst das Holz für den täglichen Gebrauch zusammengelesen werden muss; [...] wo es so ist, da denke man sich das Elend bei einer Krankheit, wo Reinlichkeit, Wäschewechsel, Diät und Pflege die Hauptsache sind<sup>124</sup>!» Stress und Übermüdung fördern den Ausbruch der Krankheit. Unter diesen Umständen zog ein erster Krankheitsfall in einer Familie leicht einen zweiten, manchmal gar einen dritten nach sich, wobei zuerst eines oder mehrere Kinder erkrankten und dann erst die Erwachsenen ergriffen wurden. In Totenrödern sind recht häufig mehrere Mitglieder derselben Familie verzeichnet, die einander in Abständen von wenigen Tagen ins Grab folgten: «Noch war mein Söhnlein nicht begraben», schreibt Ueli Bräker im Jahr 1771, «so griff die wütende Seuche mein ältestes Töchtergen, und zwar noch viel heftiger an [...] Und kurz, es war, aller Sorgfalt der Ärzte ungeachtet, noch schneller hingeraft, in seinem achten, das Knäblin im neunten Jahr. Als nun das Mädchen kaum todt, und ich von Wachen, Sorgen und Wehmuth wie vertaumelt war, fing's auch mir an im Leibe zu zerren: [...] Ich wälzte mich Tag und Nacht in meinem Bett herum, [und] krümmte mich wie ein Wurm»<sup>125</sup>.

Für die Rote Ruhr wurde in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in den Manualen des Sanitätsrates eine ständige Rubrik geführt. Die aus Anlass von Epidemien erstellten Tabellen vermitteln Hinweise auf die Häufigkeit der Erkrankungen und den Anteil der tödlich verlaufenen Fälle. Die Pfarrer trugen die leicht zu diagnostizierende Todesursache oft in Form eines «R» oder «RR» mit in den Totenrodel ein.

Die Epidemie vom Spätsommer 1750 raffte über 5 Prozent der bernischen Bevölkerung dahin und reichte in ihrer demographischen Wirkung an einen Pestzug heran. Sie wütete in allen bernischen Landesteilen, am heftigsten im Mittelland, wo die Sterblichkeit im Jahresdurchschnitt fast 7 Prozent erreichte, am schwächsten im Oberland und im Jura. Im westlichen Mittelland griff sie kaum wesentlich über das

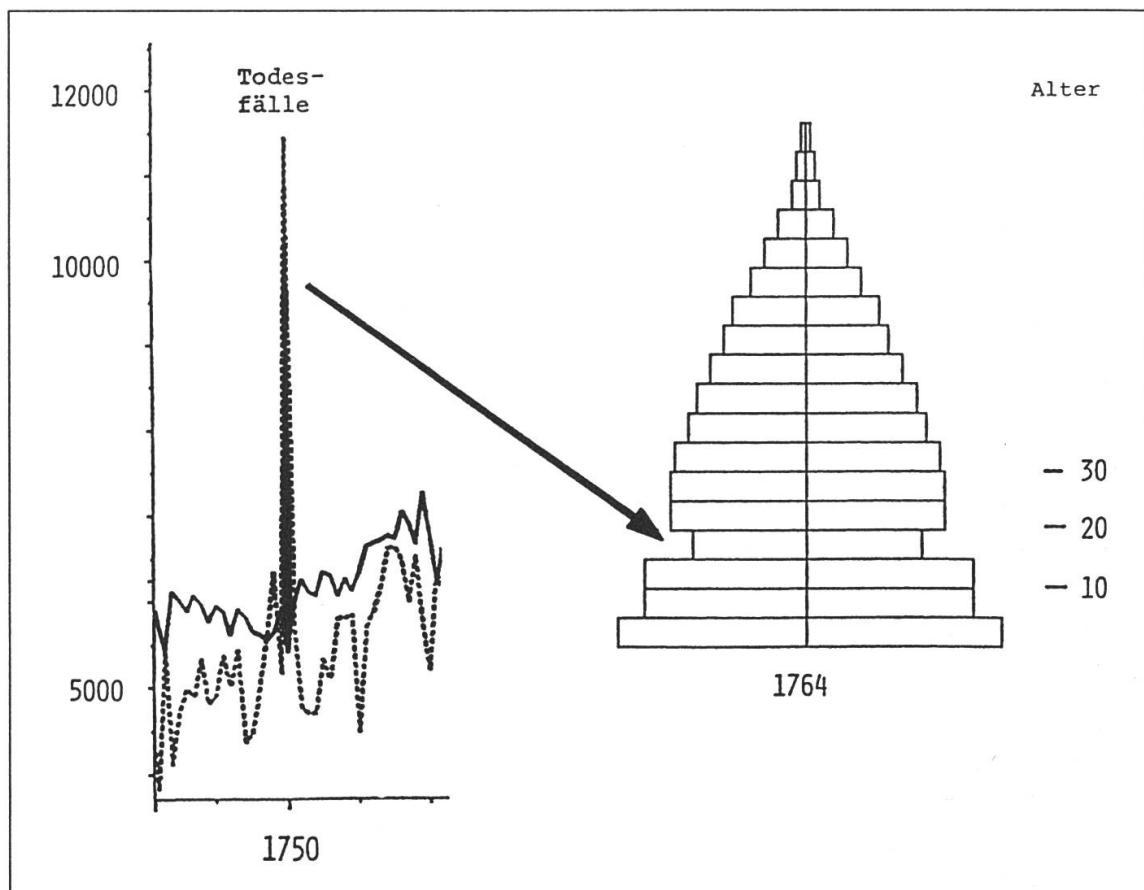


Fig. 3.13. Die Rote Ruhr von 1750 und ihre langfristigen Auswirkungen

Die Epidemie brachte vor allem Kleinkinder ins Grab und setzte aus diesem Grunde der Fünfjahresklasse 1746–1750 besonders stark zu. Als die Angehörigen dieser Jahrgänge nach 1760 ins erwerbsfähige Alter eintraten, wurden die Arbeitskräfte knapp und teuer. Der Aderlass zögerte das Einsetzen des langfristigen Bevölkerungswachstums um zwei Jahrzehnte hinaus. (Quelle: Pfister 1989a)

deutschbernische Gebiet hinaus; die Waadt wurde nur schwach berührt<sup>126</sup>. In den östlich angrenzenden katholischen Gebieten wie im Entlebuch und im luzernischen Suhrental, die ausserhalb der Wanderungsrouten von Bernern lagen, trat sie überhaupt nicht in Erscheinung<sup>127</sup>. Es fällt auf, dass die hohen Verluste an Kleinkindern nicht durch zusätzliche Geburten in den folgenden Jahren kompensiert wurden, wie dies aus dem Pestzeitalter bekannt ist. Der alte demographische Ausgleichsmechanismus trat bei dieser Krise offensichtlich nicht (mehr) in Erscheinung.

Die wirtschafts- und sicherheitspolitischen Folgen dieses schweren Aderlasses sind der bernischen Obrigkeit entgangen, weil sie erst mit einer Zeitverschiebung von mehr als einem Jahrzehnt in Erscheinung traten. Es ist anzunehmen, dass die Jahrgänge 1749 bis 1740, die 1750 im Kleinkindalter oder im frühen Jugendalter steckten, am stärksten dezimiert wurden. Benedikt Bietenhard hat für Langnau nachgewiesen, dass die Lücken in der Alterspyramide um 1750 durch eine deutliche Verengung an der Basis hervortreten<sup>128</sup>. Andreas Balthasar hat anhand eines Modells berechnet, dass die Fünfjahresklasse 1746–1750 um rund einen Viertel kleiner gewesen sein mag als die vorangehende und die nachfolgende<sup>129</sup> (vgl. Fig. 3.13.).

Mit dem Eintritt dieser kleinen Jahrgänge ins Erwerbsalter trocknete der Arbeitsmarkt aus. Insgesamt fehlten im Kanton um 1764 4500 bis 5500 einheimische Landarbeiter und Dienstboten. Die ungewohnte Verknappung der Arbeitskraft wurde von der beunruhigten Öffentlichkeit unter dem Einfluss der Ökonomischen Patrioten als Indiz einer zunehmenden Entvölkerung gedeutet und gab damit wohl einen mitentscheidenden Anstoss zur Anordnung der Volkszählung von 1764 (vgl. Kap. 2).

Den Spätfolgen dieser Ruhrepidemie dürfte es zuzuschreiben sein, dass die lange Welle des neuzeitlichen Bevölkerungswachstums im Kanton Bern zwei Jahrzehnte später einsetzte als in den umliegenden Gebieten: Erst im Jahrzehnt 1770–1780, mit dem Eintritt der nach 1749 geborenen Jahrgänge ins reproduktive Alter, öffnete sich die Schere zwischen Taufen und Todesfällen, und noch zur Zeit der Helvetischen Volkszählung war das Berner Mittelland weniger dicht bevölkert als die benachbarten Gebiete<sup>130</sup>. Im Verlaufe der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde diese Differenz durch höhere Geburtenüberschüsse und Wanderungsgewinne ausgeglichen.

Vom frühen 19. Jahrhundert an trat die Ruhr nur noch in Form lokaler Herde auf, die sich (von 1855 abgesehen) nie mehr zu grösseren Epidemien ausweiteten. Dieses Abflauen der Seuche ist Teil einer grösseren Entwicklung, welcher die meisten Infektionskrankheiten in weiten Teilen Europas folgten. Im Zusammenhang mit der Ruhr ist zunächst von Bedeutung, dass die aufkommende Umweltmedizin einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Gesundheit und häuslicher Reinlichkeit postulierte, stinkende Substanzen als Träger von Infektionen brandmarkte und die Gefahr von Ansteckungen mit sauberem Wasser und frischer Luft zu bekämpfen empfahl<sup>131</sup>. Die Verschiebung von therapeutischen zu hygieneorientierten Empfehlungen lässt sich anhand der Aufklärungsschriften nachzeichnen, welche der bernische Sanitätsrat aus Anlass von Ruhrepidemien verfasste<sup>132</sup>. Nur stellt sich die Frage, ob schriftliche Anweisungen vor der Zeit bewusster Bildungsanstrengungen die Unterschichten als wichtigste Zielgruppe überhaupt erreichten<sup>133</sup>.

Nachweislich veränderte sich das hygienische Umfeld der Landbevölkerung durch das Aufkommen von Jauchegruben im frühen 19. Jahrhundert (vgl. Kap. 4.2.3). Diese nahmen auch die häuslichen Abwässer auf und schlossen sie durch eine lebensfeindliche Schicht von Methangas von der Aussenwelt ab. Damit war den Fliegen der Kontakt mit allfällig ausgeschiedenen Ruhrbazillen verwehrt. Ausgebracht wurde die Jauche fast ausschliesslich bei kühler und regnerischer Witterung, wenn die Temperaturen für die Entwicklung des Erregers zu niedrig waren. Damit wäre, falls diese Argumentation stichhaltig ist, die Ruhr als unbeabsichtigter Nebeneffekt der Agrarmodernisierung eingedämmt worden.

### 3.3.3.3 Die Pocken

Im 17. Jahrhundert sollen die Pocken den anderen Epidemien als tödlichste Krankheit den Rang abgelaufen haben. Wer mit dem Leben davonkam, erwarb sich neben den kennzeichnenden Narben eine 15–25 Jahre anhaltende Immunität, weshalb die Krankheit zumeist Kinder im Alter von ein bis vier Jahren traf und in vier- bis achtjährigen Zyklen aufflammte, sobald wieder ein ausreichendes Potential anfälliger

Kinder geboren worden war. Die Pocken traten häufig im Winter und im Frühling auf<sup>134</sup>. Das umfangreiche Aktenmaterial des bernischen Sanitätsrates enthält nur punktuell einschlägige Angaben über pockenbedingte Erkrankungen und Todesfälle<sup>135</sup>, und in den Totenrödeln fanden sich für den Zeitraum 1728–1803 lediglich 69 Hinweise auf lokale Epidemien<sup>136</sup>. Auch in den Angaben über ansteckende Krankheiten in den Staatsverwaltungsberichten von 1831 bis 1865 werden die Pocken selten erwähnt<sup>137</sup>. Dagegen liegen für spätere Epidemien ausführliche Berichte vor<sup>138</sup>. Erklärt sich das Schweigen der Quellen im 18. Jahrhundert aus der Alltäglichkeit der Seuche und dem Umstand, dass sie fast ausschliesslich die noch nicht arbeitsfähigen Kleinkinder traf, die leicht zu ersetzen waren? Oder wurde eine grosse Zahl von Fällen einfach deshalb nicht aktenkundig, weil kein Arzt beigezogen wurde<sup>139</sup>?

Erich Siffert hat aus der gesamtbernischen Mortalitätskurve eine vier- bis siebenjährige Zyklizität für das 18. und frühe 19. Jahrhundert herausgelesen, die Parallelen mit jener von Genf aufweist, von wo weltweit die zuverlässigsten Angaben über Pockensterblichkeit vorliegen<sup>140</sup>: Kleinere Epidemien sind – teilweise überlagert durch die Ruhr – in den Jahren 1764, 1768, 1770–73, 1777–78, 1781–82, 1793–94, 1798 und 1803–04 zu vermuten<sup>141</sup>. Im Unterschied zur Ruhr traten die Pocken im Kanton Bern jedoch niemals in Form von überregionalen Mortalitätsspitzen auf, sondern blieben auf einige Dörfer oder Regionen beschränkt. Im weiteren fehlte ihnen die soziale Stigmatisierung; die Obrigkeit führte einen vergeblichen Kampf gegen die Unsitte, «Blatternkinder» in der Öffentlichkeit herumzuzeigen.

Die 1721 aus dem Orient nach England eingeführte Form der Impfung mit menschlichen Viren, die sogenannte Inokulation oder Variolation, war zunächst wenig wirksam. Oft löste sie die Krankheit in ihrer schweren Form erst eigentlich aus. Auf Grund dieser schlechten Erfahrungen und aus religiösen Motiven setzte sich der Eingriff auch in seiner effizienteren Form, der 1755 eingeführten Suttonschen Methode, nicht überall durch. Die erste Variolation im Kanton Bern nahm Albrecht von Haller 1757 an seiner ältesten Tochter vor<sup>142</sup>. In den 1770er Jahren wurden solche Eingriffe häufiger durchgeführt. Weil geimpfte Kinder meist nicht isoliert wurden und dadurch als Ansteckungsserde wirkten, wurde die Variolation 1777 in den Städten verboten und auf dem Lande auf die Frühjahrs- und Herbstmonate beschränkt<sup>143</sup>. Nach der Epidemie von 1804 propagierte die Obrigkeit dann die 1796 von Jenner entdeckte Kuh- oder Schutzpockenimpfung («Vakzination») mit Erregern, die vom Euter von Kühen stammten und im Gegensatz zu den inokulierten Pocken von den geimpften Personen nicht mehr weiter verbreitet wurden. Dafür wurden eigens Kreisimpfärzte eingesetzt, die Kosten für die Impfung von unterstützten Armen wurden vom Staat übernommen, und es wurde eine – teilweise lückenhafte – Impfstatistik geführt. Bis 1819 liessen sich nur verhältnismässig wenige Eltern zur freiwilligen Impfung ihrer Kinder herbei, und auf Grund der schlechten Qualität des verwendeten Impfstoffes misslangen viele Eingriffe.

1820 erfolgte ein Umschwung: Der neue Oberimpfarzt Karl Flügel bemühte sich um wirksamen Impfstoff, und neben den Ärzten wurden vorübergehend auch eigens geschulte Hebammen zum Eingriff zugelassen. Eine bedeutende Pockenepidemie in

Europa und in einigen Teilen der Schweiz «erfüllte die Gemüter mit Furcht und Schrecken, und dadurch wurde manches seit Jahren gegen die Vaccine genährte Vorurteil beseitigt, um der Gefahr der Ansteckung zu entgehen, so dass sich die Zahl der Impflinge und die Nachfrage nach derselben, bey jedesmahliger Nachricht von Annäherung der Pocken bedeutend vermehrte»<sup>144</sup>. Der Bericht zeigt, wie grundlegend sich die Einstellung der Öffentlichkeit gegenüber der Seuche binnen eines Menschenalters verändert hatte, und erklärt zugleich, warum im Verlaufe der 1820er Jahre ein Grossteil der Neugeborenen und Kleinkinder geimpft werden konnte. Nach dem Abflauen des Pockenalarms um 1832 liess die Impfwilligkeit allerdings rasch nach und stieg erst nach 1840 unter dem Einfluss neuer Schreckensmeldungen wieder an. Die zeitliche Übereinstimmung der Sterblichkeitskurve (vgl. Fig. 3.4.) mit der «Konjunktur» der Impfungen ist verblüffend. Der 1820 schlagartig einsetzende mittelfristige Rückgang der Sterblichkeit stimmt auf das Jahr genau mit dem Aufschwung des Impfwesens überein, und auch die folgenden Schwankungen der Impfwilligkeit lassen sich gut mit der Mortalitätskurve zur Deckung bringen. Allein auf Grund dieses synchronen Verlaufs der beiden Kurven kann allerdings noch kein Kausalzusammenhang nachgewiesen werden, da die von den Pocken wenig beeinflusste Sterblichkeit der Säuglinge in den Fluktuationen der Mortalitätskurve weit aus stärker ins Gewicht fällt als jene der Kinder. Um zu schlüssigeren Ergebnissen zu kommen, müsste die Mortalitätsentwicklung nach dem Vorbild der regionalen Sterbetafeln Imhofs altersspezifisch aufgeschlüsselt werden.

Als Folge der Massenimpfung verloren die Pocken den Charakter einer Kinderkrankheit. Am häufigsten trafen sie fortan die 20- bis 40jährigen, die als mobilste Gruppe dem Risiko einer Ansteckung in besonderem Masse ausgesetzt waren. Eingeschleppt wurde die Krankheit in der Regel durch vagierende Angehörige der Unterschichten (heimkehrende Soldaten, Bettler, Hausierer, Schausteller), häufig aus Frankreich, wo das Impfwesen nicht organisiert war, in grossem Umfange durch die internierte Bourbakiarmee im Januar 1871: Nach der dezentralen Einquartierung von 20 000 französischen Soldaten flammten überall im Kanton Seuchenherde auf. Der deutliche Anstieg der Mortalitätskurve (vgl. Fig. 3.4.) in diesem Jahr kann jedoch nicht den Pocken angelastet werden; denn diese kosteten lediglich 448 Opfer<sup>145</sup>. Hinter dem kleinen Mortalitätsgipfel von 1870/71 ist eher eine milde Form der Subsistenzkrise zu vermuten<sup>146</sup>.

Die Frage der Schutzimpfung wurde lange Zeit zu einer Glaubensfrage hochstilisiert, und Befürworter und Gegner standen sich kompromisslos gegenüber. Um der freiwilligen Schutzimpfung zum Durchbruch zu verhelfen, wurde Jeremias Gotthelf 1842 von der Sanitätskommission beauftragt, in einer Schrift die hergebrachten quacksalberischen Methoden der Pockenbehandlung publikumswirksam anzuprangern<sup>147</sup>. So entstand der Roman «Anne-Bäbi Jowäger». 1850 wurde die Impfung im Kanton Bern für Schulkinder obligatorisch erklärt, wogegen sich anhaltender Widerstand artikulierte. Er gruppierte sich um Adolf Vogt, seines Zeichens Professor der Hygiene. Dieser gab kurzfristig sogar ein eigenes Organ, den «Impfgegner», heraus. 1895 wurde der Impfzwang in einer Volksabstimmung mit knappem Mehr abgeschafft<sup>148</sup>.

### 3.3.3.4 Die «Spanische Grippe» von 1918<sup>149</sup>

Eine Grippepandemie raffte 1918–20 weltweit zwischen 25 und 50 Millionen Menschen dahin und forderte damit weit mehr Opfer als der Erste Weltkrieg. Die sogenannte «Spanische Grippe» erfasste in der Schweiz nach übereinstimmenden Schätzungen etwa zwei Millionen Menschen, über 20 000 davon erlagen ihr, die meisten von ihnen im denkwürdigen November 1918. Diese mit Abstand grösste demographische Katastrophe unseres Jahrhunderts ist von der historischen Forschung, auch der schweizerischen<sup>150</sup>, bisher fast völlig ignoriert worden.

Im Kanton Bern ist der Mortalitätsgipfel der Grippe von 1918 mit 4700 Opfern hinter der Ruhr von 1750 der zweithöchste in den letzten drei Jahrhunderten (vgl. Fig. 3.4.). Zu fragen ist in unserem Zusammenhang nach der räumlichen, der alters- und geschlechtsspezifischen Ausprägung der Epidemie sowie nach ihrem sozialen Charakter.

In allen Kantonen mit Ausnahme des Tessins war das männliche Geschlecht an den Toten übervertreten. Bei der Altersverteilung überrascht, dass der Löwenanteil auf die Altersklasse der 20- bis 40jährigen, also auf die Männer «im besten Alter», entfiel. Neben der höheren Virulenz unterscheidet sich die Epidemie von 1918 in dieser Hinsicht von allen vorher und seither statistisch erfassten Ausbrüchen von Grippe<sup>151</sup>. Auf der Ebene der Kantone stieg die Sterblichkeit tendenziell von den Zentren zu den Peripherien (mit Obwalden, Uri und Wallis als Spitzenreitern) an. Auch in drei näher untersuchten Räumen im Kanton Bern tritt diese Tendenz hervor: Im Bezirk Fraubrunnen lag die Mortalität etwas höher als im Bezirk Bern, im Emmentaler Bezirk Signau lag sie am höchsten. Unter diesen Voraussetzungen erstaunt es nicht, dass die vom Bundesrat nach der Proklamation des Generalstreiks aufgebotenen Truppen eine erhebliche Anzahl von Opfern zu beklagen hatten. Viele der Wehrmänner, die während des Ordnungsdienstes ihr Leben lassen mussten, wären wahrscheinlich auch ohne die Einberufung gestorben. Dafür sprechen ihr jugendliches Alter, ihre häufige Herkunft aus ländlichen Gebieten und der Zeitpunkt des Aufgebots, das mit dem Höhepunkt der Epidemie zusammenfiel.

Am Beispiel der Stadt Bern ist Christian Sonderegger dem sozialen Charakter der Krankheit nachgegangen. Dazu hat er die Grippeopfer in den Zivilstandsregistern nach Quartieren ausgezählt und die quartierspezifischen Durchschnitte anhand von sozioökonomischen Indikatoren (Belegungsdichte, Wohnungsgröße, Eigentumsverhältnisse) statistisch getestet. Die Unterschiede sind erstaunlich gross – in den Arbeiterquartieren «Matte» und «Lorraine» lag die Sterblichkeit vier- bis fünfmal höher als im gehobenen Viertel des Oberen Kirchenfelds –, sie erreicht aber nur gerade beim Wohneigentum<sup>152</sup> statistische Signifikanz. Damit trat in der Krisensituation vom Spätherbst 1918 in der Stadt Bern die aus der frühen Neuzeit sattsam bekannte «Ungleichheit vor dem Tode» (Perrenoud) hervor. Neben der hohen Sterblichkeit zeigt die Grippe von 1918 – zumindest in der Stadt Bern – auch in dieser Hinsicht Züge einer demographischen Krise «alten Typs». Zwar ist in der Forschung umstritten, ob die Grippe zu den «sozialen Epidemien» gehört, bei welchen die Ernährungs- und Hygieneverhältnisse für das Niveau der Sterblichkeit

einen nennenswerten Einfluss haben<sup>153</sup>. Die entsprechende empirische Basis ist, wie das Beispiel der Stadt Bern zeigt, zumal bei der Pandemie von 1918 für tragfähige Verallgemeinerungen noch zu schmal.

### 3.3.3.5 Säuglingssterblichkeit

Die Säuglingssterblichkeit ist erst von 1867 an im Rahmen der eidgenössischen Statistik systematisch erfasst worden<sup>154</sup>. Von 1840 an wurden den kantonalbernischen Staatsverwaltungsberichten Tabellen der Sterbefälle in den Amtsbezirken nach Altersklassen beigefügt, in denen die Angaben für die beiden ersten Lebensjahre zusammengefasst wurden. Aus diesen Daten ist errechnet worden, dass bei den Säuglingen und Kleinkindern beträchtliche Unterschiede der Sterblichkeit zwischen den einzelnen Bezirken bestanden, die sich mit steigendem Lebensalter immer stärker verwischten. Von daher dürfen regionale Unterschiede von langjährigen Mittelwerten der Sterblichkeit als grobe Schätzwerte für die Säuglingssterblichkeit angesprochen werden<sup>155</sup>. Wer es genauer wissen will, muss die Todesfälle im ersten Lebensjahr in den Pfarrödeln auszählen, was sich vom Arbeitsaufwand her nur für einzelne Kirchgemeinden lohnt<sup>156</sup>.

Allgemein lässt sich folgendes feststellen: Ein Drittel bis ein Sechstel der Neugeborenen verstarb im ersten Lebensjahr, und in traditionalen Gesellschaften bestanden über die Grösse der Geburtenabstände sowie die Dauer der Laktationsperiode enge Wechselwirkungen zwischen Säuglingssterblichkeit und Geburtenhäufigkeit<sup>157</sup>. In der Schweiz nahm die Säuglingssterblichkeit von West nach Ost<sup>158</sup>, im Kanton Bern von Süden nach Norden zu: Das Oberland bot bis um 1900 die günstigsten, der Jura die ungünstigsten Bedingungen. Im deutschsprachigen Kantonsteil standen einer bemerkenswert geringen Sterblichkeit in den Bezirken Obersimmental und Oberhasli die im Westen gelegenen Bezirke Aarberg, Bern, Laupen und Schwarzenburg mit einem hohen Anteil an «ungetauft Verstorbenen»<sup>159</sup> und einem hohen Niveau der Mortalität gegenüber. Die europäische Forschung hat überzeugend nachgewiesen, dass solche regionalen Unterschiede der Säuglingssterblichkeit trotz der gewaltigen Veränderungen in den absoluten Zahlen über die letzten 200 Jahre hinweg weitgehend konstant geblieben sind<sup>160</sup>. Neben Unterschieden der Lebensweise (Wohnbedingungen, Ernährungsstandard, Arbeitsbelastung) lassen sich solche Unterschiede in der Regel auf eine unterschiedliche Dauer des Stillens zurückführen<sup>161</sup>, wobei das Stillverhalten seinerseits in regional, konfessionell und sozial unterschiedliche Einstellungen von Bevölkerungen zur Fruchtbarkeit, zu Geschlechtlichkeit, Gesundheit und Krankheit, zu Leben und Tod eingebettet ist.

Im Kanton Bern lässt sich die Schlüsselrolle des Stillverhaltens am Beispiel des Amtes Oberhasli aufzeigen. Dieses findet sich bei der Säuglingssterblichkeit von 1871 an bis um 1950 in der Rangfolge der bernischen Bezirke stets auf einem der drei hintersten Plätze<sup>162</sup>. Zu den Ursachen äussert sich der Arzt Josef Renggli 1892 wie folgt: «In erster Linie müssen wir die Thatsache erwähnen, dass weitaus die meisten Kinder von ihren Müttern gestillt werden. Kann die Brust nicht gereicht werden, tritt Kuhmilch an Stelle der Muttermilch. [...] Es ist keine Seltenheit, dass

Kinder länger als 2 Jahre gestillt werden, was die Mütter schwächt und sie so zu ernsteren Erkrankungen, wie Tuberkulose disponiert. Als weiterer Grund der geringen Kindersterblichkeit mag angeführt werden, dass in der Mehrzahl kräftige und schwere Kinder geboren werden, die so eher fähig sind, den vielen Gefahren zu widerstehen, von denen das zarte Kindesalter bedroht ist. Auch die Geburtenziffer soll mit der Sterbeziffer in Zusammenhang stehen. [...] Das stimmt auch für das Oberhasli, das [...] unter allen Bezirken des Kantons [...] die tiefste Stelle einnimmt». Offensichtlich schildert Renggli hier den klassischen Fall einer «lebenssicheren» Bevölkerungsweise – mit langer Stilldauer, geringer Säuglingssterblichkeit und gedämpfter Fruchtbarkeit<sup>163</sup> (Fig. 3.14.).

Ob in der erwähnten Zone hoher Mortalität nordwestlich von Bern der Typ des «lebensverschwendenden» Bevölkerungsmusters (bei kurzer Stilldauer, hoher Säuglingssterblichkeit und hoher Fruchtbarkeit) vorherrschte, wie es Imhof am Beispiel des bayrischen Gabelbach nachgewiesen hat<sup>164</sup>, müsste durch Mikrostudien untersucht werden<sup>165</sup>.

Generell fällt auf, dass die Mortalität in den Gemeinden der obersten Bergstufe<sup>166</sup> bis 1888 durchwegs um ein bis vier Promille unter jener der tiefer gelegenen Zonen lag<sup>167</sup>. Ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Höhe der Säuglingssterblichkeit und der Meereshöhe ist schweizweit für den Zeitraum 1870–1888 festgestellt worden<sup>168</sup>. Möglicherweise waren die Säuglinge bei den tieferen Temperaturen im Berggebiet weniger anfällig für Krankheiten des Magen-Darm-Bereichs, welche in der Phase des Übergangs von der Brusternährung zur Flasche am meisten Opfer kosteten<sup>169</sup>. Möglicherweise war auch das Stillen in Berggebieten weiter verbreitet.

Erklärungsbedarf besteht vor allem für das abrupte Ende des alten Sterblichkeitsmusters im Jahre 1820 (vgl. Fig. 3.4.): Das neue, mit den Verhältnissen des späten

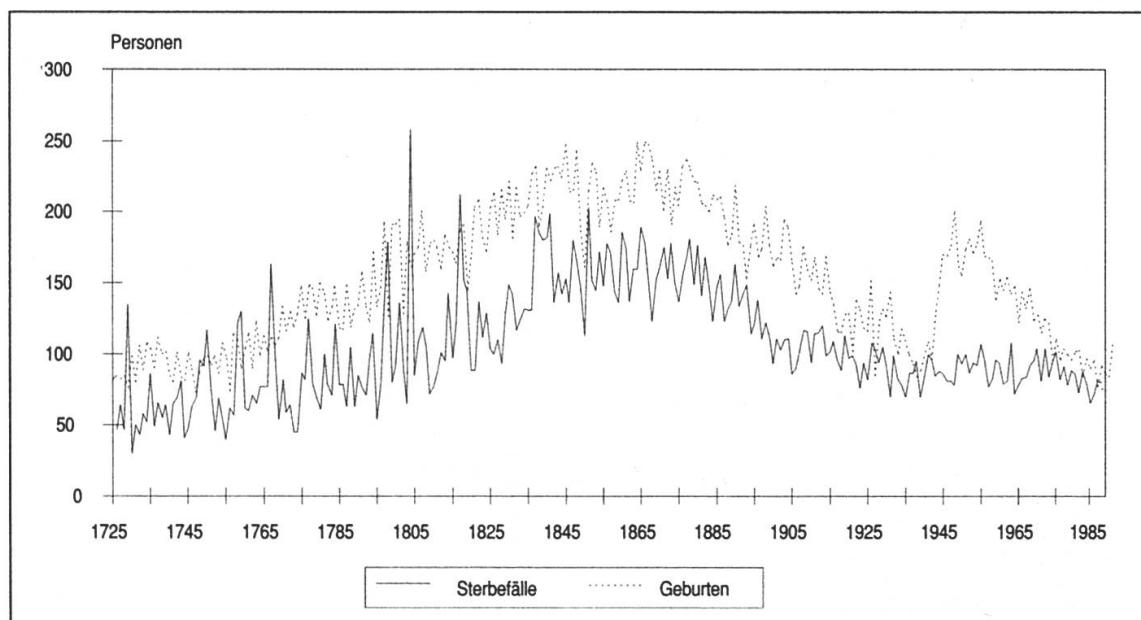


Fig. 3.14. Geburten und Sterbefälle im Amtsbezirk Oberhasli 1725–1988

Die Oberhaslerinnen stillten ihre Kinder bis zum zweiten Lebensjahr, was eine lebenssichere Bevölkerungsweise mit tiefer Fruchtbarkeit und Säuglingssterblichkeit gewährleistete.

19. Jahrhunderts vergleichbare Muster zeichnet sich aus durch einen um 5 Promille tieferen Mittelwert und eine um 70 Prozent kleinere Bandbreite der Schwankungen<sup>170</sup>. Mit anderen Worten: Die Sterblichkeit verringerte und verstetigte sich schlagartig, von einem Jahr zum anderen, und dieses neue Muster blieb für anderthalb Jahrzehnte erhalten. Die Grössenordnung dieses Rückgangs lässt vermuten, dass die Verbesserung der Lebenserwartung vor allem Säuglingen und Kleinkindern zugute kam. Zeitlich stimmt der Umschlag zwischen den beiden Mustern mit der Einführung einer wirksamen Pockenschutzimpfung überein, aber in Anbetracht des relativ geringen demographischen Gewichts der pockenbedingten Todesfälle von Kleinkindern vermag diese Erklärung allein nicht zu überzeugen (vgl. 3.3.3.3).

Aufschlussreich sind die unter der Leitung Arthur E. Imhofs erstellten regionalen Sterbetafeln für Deutschland. In den mittleren und südlichen Regionen der alten Bundesrepublik ging die Sterbewahrscheinlichkeit der Säuglinge, teilweise auch jene der Kleinkinder, in den 1820er Jahren deutlich zurück und stieg im folgenden Jahrzehnt wieder auf das ursprüngliche Niveau an<sup>171</sup>, wie dies die Daten auch für den Kanton Bern vermuten lassen. Auf Grund der Gleichzeitigkeit und der Grossräumigkeit der Sterblichkeitssenkung sind Veränderungen im sozioökonomischen und medizinischen Umfeld wie verbesserte Ernährung oder Hygiene als Ursachen auszuschliessen. Diese sind eher in äusseren, möglicherweise klimatischen, Einflüssen zu suchen.

Mit der Frage nach den sozioökonomischen Konsequenzen dieser «kleinen Bevölkerungsexplosion» ist ein Problembereich angesprochen, der in seiner Bedeutung weit über den Kanton Bern hinausgeht: In den anderthalb Jahrzehnten 1820–1835 nahmen die Geburtenüberschüsse in Bern gegenüber der vorangehenden Periode um die Hälfte zu. Dieser Impuls pflanzte sich als «Python-Effekt» wellenartig durch die Alterspyramide fort. Zunächst füllten sich die Schulzimmer zum Bersten, von der Mitte der 1830er Jahre an drängten mehr und mehr junge Menschen auf den beschränkt aufnahmefähigen Arbeitsmarkt, schliesslich brach nach 1845 eine Agrarkrise ein, die das soziale Netz zum Zerreissen brachte. Im mittelfristigen Rückgang der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit in den Jahren 1820–1835 ist somit zumindest für das südliche Mitteleuropa ein Anschub der grossen Bevölkerungswelle zu vermuten, welche in den 1840er Jahren als Pauperismus ins öffentliche Bewusstsein trat.

Der Anteil der «ungetauft Verstorbenen», die etwa den Todesfällen im ersten Monat gleichzusetzen sind, nahm von 1830 an zu und erreichte zwischen 1841 und 1870 ein Maximum<sup>172</sup>. In dieser Periode wuchs die Arbeitsbelastung der Frauen in der Landwirtschaft stark an. Die Frauen wurden durch die vermehrte Viehhaltung und den Mehranbau von Futterpflanzen und Knollenfrüchten vor der Einführung produktivitätssteigernder Geräte in den 1870er Jahren besonders hart gefordert<sup>173</sup> (vgl. 4.2.5).

Staatliche Massnahmen zur Senkung der Säuglingssterblichkeit wurden in Bern erstmals durch den «Entvölkerungs-Alarm» der frühen 1760er Jahre ausgelöst. Die von der Almosen-Revisions-Kommission angeforderten Gutachten Albrecht von Hallers und Samuel Tissots prangerten die unzureichende Versorgung mit

Hebammen und Landärzten als Grund für den angeblichen Rückgang der Bevölkerung an und forderten die Gründung von Hebammenschulen. Auf Initiative von Jean André Venel<sup>174</sup> wurde in der Folge 1778 eine erste Hebammenschule in Yverdon eröffnet<sup>175</sup>. Im frühen 19. Jahrhundert wurde das medizinische Leistungsangebot weiter ausgebaut<sup>176</sup>; doch blieb die Säuglingssterblichkeit bis in die späten 1870er Jahre hoch, sei es, dass ein Grossteil der Bevölkerung nicht über die nötigen Mittel verfügte, das verbesserte Angebot zu nutzen, sei es, dass viele unabirrt an den traditionalen Methoden festhielten<sup>177</sup>. Erfolg zeitigte erst die Einführung desinfizierender Mittel in der Geburtshilfe: 1873 verfügte ein neues Reglement, dass die Hebammen Desinfektionsmittel wie Chloreisenlösung und Chlorkalk mitzuführen hatten. 1889 wurden jährliche Wiederholungskurse für Hebammen eingeführt, und 1904 wurde der Beizug eines Arztes in kritischen Situationen zwingend vorgeschrieben<sup>178</sup>. Der Erfolg dieser Massnahmen ist eindrücklich: Zwischen 1871/80 und 1911/20 ging die Säuglingssterblichkeit von 16,5 auf 7,3 Prozent<sup>179</sup>, die allgemeine Sterblichkeitsziffer von 23 auf 14 Promille zurück.

### 3.3.4 Wanderungen

#### 3.3.4.1 Aussenmobilität

«Die Migration ist das unerklärlichste aller demographischen Phänomene; denn sie scheint einer Vielzahl von Einflüssen zu unterliegen, aber keinem eindeutig»<sup>180</sup>. So einfach die Grundfragen sind, die an jeden Wanderungsprozess herangetragen werden müssen<sup>181</sup> – wer wandert? wann? wie? warum? wohin? für wie lange? –, so unzureichend sind die Erklärungen, die zur ihrer Beantwortung herangezogen werden können. Theorien liefern bestenfalls einen Orientierungsrahmen von begrenzter Reichweite, in welchen eine Vielfalt von Interpretationsmustern eingespannt werden können. Unter ökonomischen Gesichtspunkten werden Wanderungsprozesse als Bevölkerungstransfer aus Gebieten mit einem niedrigen Grenzprodukt der Arbeit in solche mit höherer Produktivität betrachtet, wo zusätzlich beschäftigte Arbeitskräfte positiv zu Buche schlagen<sup>182</sup>. Namentlich gilt dies für Nahwanderungen und solche mittlerer Reichweite. Mit Blick auf Fernwanderungen lässt sich feststellen, dass ein Wanderungentschluss dann gefasst wird, wenn im Geiste der Beteiligten ein näher zu spezifizierendes, bewusst erlebtes Gefälle an Lebensqualität und Lebenschancen zwischen Aus- und Einwanderungsland bestand. Dies ist zugleich der Grund, weshalb der Propaganda oft ausschlaggebende Bedeutung zukam<sup>183</sup>. Lebensqualität kann dabei ökonomisch im Sinne von Aufstiegschancen oder rechtlich-religiös-politisch im Sinne von Selbstbestimmung und -verwirklichung verstanden werden. Konsens besteht darin, dass ein bestehender Wanderungsprozess zwischen einem Herkunfts- und einem Zielgebiet die Tendenz hat, sich selbst zu verstärken, Trampelpfade zu schaffen und Wanderungstraditionen zu begründen<sup>184</sup>.

Das Rechtssystem als systemisch organisierter Kontrollmechanismus selektiert im einzelnen, welche Kategorien von Personen einer Gesellschaft überhaupt als potentielle oder faktische (Ein- oder Aus-)Wanderer in Erscheinung treten dürfen. In Bern legten die traditionell eng mit der Armengesetzgebung verknüpften

Niederlassungsgesetze die Spielregeln der Mobilität fest, indem sie die Bedingungen für den Wohnsitzwechsel formulierten. Im Ancien Régime war die Freizügigkeit durch Auflagen der Gemeinden wie erschwertes Liegenschaftserwerb, Einzugsgelder und Hintersässengelder<sup>185</sup> stark eingeschränkt. Der Fremde war im bernischen Staatsgebiet unwillkommen. Wer gehörte nicht alles zu den unerwünschten Gästen und nahm den Landeskindern angeblich das Brot vom Munde weg! Bettler, Korbmacher, Kessler, Schaubhütler<sup>186</sup>, Gewürz-, Pulver- und Schleifsteinträger, Schwamm- und Liederkrämer, Quacksalber, Spielleute, Zigeuner mit Weib und Kind, auch abgedankte Soldaten zählen die Mandate auf. Eine Bettlerjagd trieb das fahrende Volk zusammen und führte es den Amtleuten zu. Erfahrungsgemäss half es wenig, die Heimatlosen über die Grenze zu stellen. Der Nachbar vergalt Gleisches mit Gleichen. Darum schlitzte man den Aufgegriffenen beim ersten Mal das rechte Ohrläpplein auf, beim zweitenmal züchtigte man sie und brannte ihnen das Zeichen O.S. (Oberschweiz) auf den Rücken. Fasste man sie nochmals, war Gefangenschaft und Tod durch den Strang ihr Schicksal<sup>187</sup>.

Die Helvetische Verfassung setzte hier eine tiefe Zäsur. Zwar gewährte sie die Niederlassungsfreiheit nicht ausdrücklich. Ihre Geltung ergab sich aber aus den verfassungsmässigen Prinzipien des Einheitsstaates und des einheitlichen Schweizer Bürgerrechts. Ein Gesetz von Anfang 1799 legte fest, dass sich jeder helvetische Bürger an jedem Ort ungehindert niederlassen könne. Die Wegweisung verarmter Zuziehender wurde untersagt. Durch diese Bestimmung des Zentralstaates wurden der Kanton und die Gemeinden erstmals für die Immigration geöffnet und erhielten unfreiwillig Gelegenheit, mit der neuen Situation Erfahrungen zu sammeln. Das Recht der freien Niederlassung konnte als eine der wenigen Errungenschaften in die Mediationsverfassung hinübergerettet werden<sup>188</sup>, nicht jedoch in den Bundesvertrag von 1815. Als Ersatz dafür schlossen 13 Stände<sup>189</sup> 1819 ein Niederlassungskonkordat, das den Bürgern der Beitrittskantone die Freiheit der Niederlassung und der wirtschaftlichen Betätigung gewährte und bis 1848 gültig blieb<sup>190</sup>. Wer sich als Kantonsfremder im Kanton Bern niederlassen wollte, hatte eine Abzugsbewilligung und ein Leumundszeugnis vorzulegen sowie den Nachweis einer Vermögenssumme zu erbringen, die seinen selbständigen Unterhalt und den seiner Familie garanterte<sup>191</sup>. Die hinter dieser Bestimmung stehende mercantilistische Maxime ist in der bernischen fremdenpolizeilichen Verordnung vom 21.12.1816 unmissverständlich ausgedrückt. Es galt, «denjenigen Fremden, welche dem Land nützlich sind, den Eintritt und den Aufenthalt in demselben zu erleichtern; andererseits aber durch zweckmässige Beschränkungen die Nachtheile abzuwenden, welche aus der Ansiedlung einer grossen Anzahl Fremder ohne ökonomische Selbständigkeit oder nützlichen Beruf, so wie durch unbedingtes Heirathen derselben für das Land entstehen könnten»<sup>192</sup>. Gegenüber der abweisenden Immigrationspolitik des Ancien Régime, wie sie etwa den Hugenotten gegenüber zur Geltung gebracht worden war<sup>193</sup>, stellt diese Maxime einen Fortschritt dar. Sie beruhte auf positiven Erfahrungen, die man in der Zeit der forcierten Öffnung in der Helvetik und später in der Mediation mit der neuen Situation gesammelt hatte. Ausgeschlossen blieben die Unterschichten: Hintersässengelder, die eine Niederlassung ausserhalb der Heimatgemeinde erschweren,

wurden im Kanton Bern weiterhin erhoben<sup>194</sup>, wodurch die Gemeinden voneinander abgeschottet blieben. Die am Ende einer längeren Hochkonjunkturperiode verabschiedete Verfassung von 1846 versprach erstmals die volle Freizügigkeit. Einen Bruch mit der bisherigen Praxis markierte namentlich das Armengesetz von 1847, das die Armenpflege anstatt wie bisher an den Heimatort an den Wohnort band: Mit der Bestimmung, dass Kantonsangehörige wegen Armut nicht in ihre Heimatgemeinde abgeschoben werden durften, gewährte es – allerdings nur für kurze Zeit – erstmals die volle Niederlassungsfreiheit<sup>195</sup>. Das mit dem einschlägigen Artikel der Bundesverfassung von 1848<sup>196</sup> in Einklang stehende Niederlassungsgesetz von 1858 ging wiederum einen Schritt zurück, indem es jenen die freie Niederlassung verweigerte, die im vorausgegangenen Jahr Armenunterstützung bezogen hatten oder wegen Übertretung polizeilicher Vorschriften bestraft worden waren. Dies ebnete einer sozialdisziplinierenden Willkürjustiz den Weg<sup>197</sup>. In der Bundesverfassung von 1874 setzte sich die völlige Niederlassungsfreiheit zwischen den Kantonen durch. Einschränkungen wurden dabei in zwei Richtungen gemacht. Zum einen konnte die Niederlassung denjenigen verweigert werden, welche auf Grund eines Strafgerichtsurteils nicht im Besitze bürgerlicher Ehren und Rechte waren. Zum zweiten konnte in Kantonen mit örtlicher Armenpflege, zu denen auch der Kanton Bern gehörte, die Niederlassung für Kantonsangehörige an die Bedingung geknüpft werden, «dass dieselben arbeitsfähig und an ihrem bisherigen Wohnorte im Heimatkanton nicht bereits in daurender Weise der öffentlichen Wohltätigkeit zur Last gefallen» waren<sup>198</sup>.

Erst 1897 wurde die Niederlassungsfreiheit erstmals für alle Schichten garantiert. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich qualifizierte Arbeitskräfte, soweit sie über ein gewisses Vermögen verfügten, von 1798 an im Kanton frei niederlassen durften. Dagegen blieb die Mobilität für die Unterschichten, vom Intermezzo 1846–1858 abgesehen, bis zum Ende des 19. Jahrhunderts stark eingeschränkt. Der Vollzug dieser Gesetze wird am Beispiel der Stadt Bern dargestellt (vgl. 3.3.4.3).

Unter den Begriff der Wanderung fällt genau gesehen jeder Wohnortswechsel über die Gemeindegrenze hinweg. Unter Aussenmobilität werden entsprechend alle Wanderungen verstanden, bei denen die Kantongrenze überschritten wurde. Der Begriff umfasst somit Abwanderung in andere Kantone und Auswanderung.

Betrachten wir die Geburtenüberschüsse und Wanderungsbilanzen des Gesamtkantons zwischen 1764 und 1920 (vgl. Fig. 3.15.), so lassen sich zwei Strukturperioden unterscheiden: Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts bewegen sich die positiven und negativen Wanderungssaldi in einer sehr engen Bandbreite und halten sich nahezu die Waage<sup>199</sup>. In der zweiten Jahrhunderthälfte dominieren die Ab- und Auswanderungsverluste, besonders ausgeprägt in den Jahren 1850–56 und 1880–88.

Die erste Strukturperiode (1764–1846) steht im Zeichen des demographischen Aufholens und Aufstockens bei fortdauernder strenger Kontrolle der Unterschichtsmobilität. Bis zur forcierten Öffnung in der Helvetik setzten Kanton und Gemeinden in bescheidenem Ausmaße Menschen frei, ohne im Gegenzug eine nennenswerte Einwanderung zuzulassen. In den meisten Gemeinden blieben die Burger weitge-

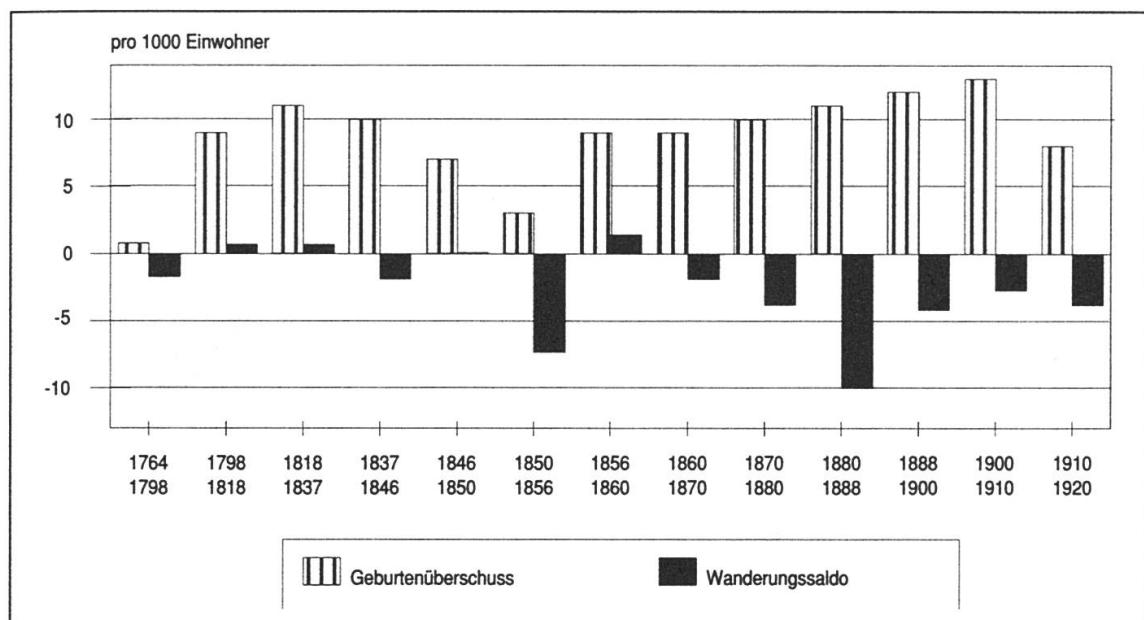


Fig. 3.15. Geburtenüberschuss und Wanderungsbilanz 1764–1920

Bis um 1850 waren Zu- und Abwanderung weitgehend ausgeglichen. In der zweiten Jahrhunderthälfte dominieren die Wanderungsverluste, vor allem während der beiden schweren Krisen (1850–1855 und 1880–1888).

hend unter sich. Unter allen Landesteilen verzeichnete das Oberland im späten 18. Jahrhundert die geringsten Wanderungsverluste, obschon es in der Literatur als klassisches Abwanderungsgebiet gilt. Dieses Ergebnis ist geeignet, das verbreitete Stereotyp in Frage zu stellen, wonach der Kanton «überbevölkert» und folglich ständig zum «Export von Arbeitskräften» gezwungen war<sup>200</sup>. Die Forschung hat sich bisher zu unkritisch auf Zeugnisse von Zeitgenossen gestützt. Am Beispiel des «Entvölkerungsalarms» von 1764 ist dargelegt worden, dass die Ökonomischen Patrioten – sei es bewusst oder unbewusst – die demographischen Konsequenzen der Solldienstwanderungen überzeichneten (vgl. 2.2.4). Für den bernischen Aargau hat Willy Pfister die Lebensläufe von Individuen verfolgt, die in fremde Dienste zogen, und ermittelt, wie viele von ihnen in die Schweiz zurückkehrten und wie lange die Ortsabwesenheit dauerte: Aus seinen Ergebnissen wird deutlich, dass die Söldner ihren Dienst in der Regel mit 28–29 Jahren quittierten, also in jenem Alter, in dem sich die Männer im 18. Jahrhundert zu verehelichen pflegten<sup>201</sup>; offen bleibt jedoch, wie viele von ihnen in der Heimat tatsächlich eine Familie gründeten. Gestützt auf die Angaben Willy Pfisters hat Markus Mattmüller die Bevölkerungsverluste durch die fremden Dienste für den Berner Aargau auf ein Promille oder rund einen Fünftel des Geburtenüberschusses berechnet<sup>202</sup>. Das sind Größenordnungen, die durch die ausgleichenden Regelungsmechanismen traditionaler Gesellschaften problemlos verkraftet werden konnten.

Innerhalb der Schweiz hat die neuere Forschung die Existenz einer Ost-West-Wanderung herausgearbeitet. Anhand der Rückmeldungen in Taufrödeln und der Zahlenangaben in den Populationstabellen hat Beatrix Mesmer ermittelt, dass sich im 18. Jahrhundert eine namhafte Zahl von Bernern im Fürstentum Neuenburg und

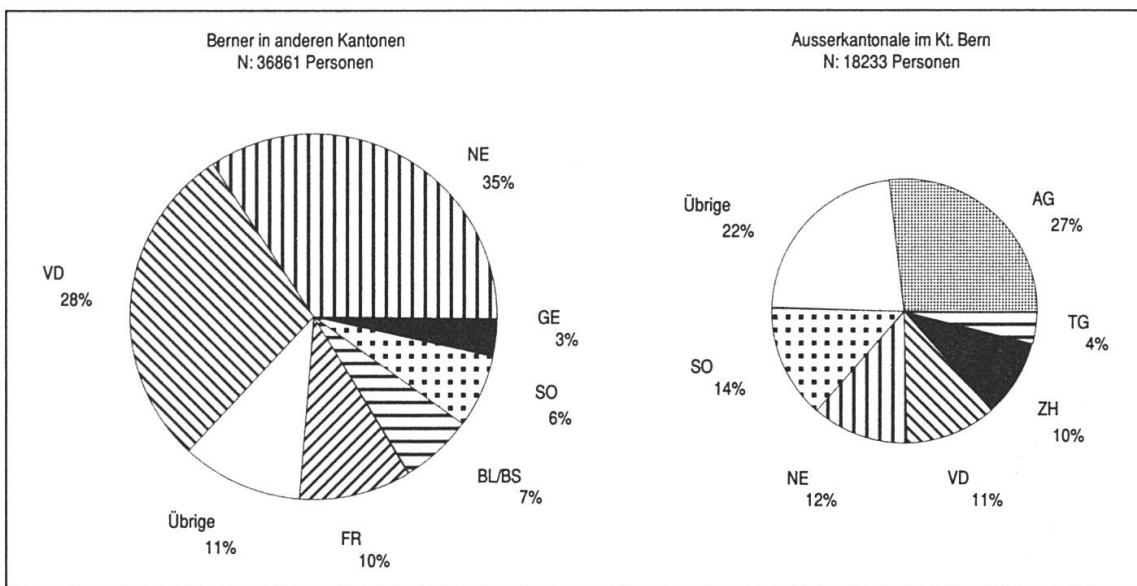


Fig. 3.16. Berner in anderen Kantonen und Ausserkantonale in Bern 1850

Im Schweizer Mittelland wanderten die Menschen von Ost nach West. Berner liessen sich mit Vorliebe in den Westschweizer Kantonen nieder, dafür nahm der Kanton vorwiegend Aargauer und Solothurner auf. (Quelle: Beiträge zur Statistik der Schweiz, Lief. 2, Bern 1854, S. 23)

im Fürstbistum Basel, in etwas geringerem Umfang in der Waadt und in Genf niedergliessen<sup>203</sup>. Die bernische Aussenmobilität war damit primär eine an konfessionelle Barrieren gebundene Nachbarschaftswanderung. Im Fürstentum Neuenburg, namentlich in höheren Lagen, wechselten viele Einheimische aus der Landwirtschaft in die Uhren- und Textilindustrie, wo höhere Löhne winkten. Bernerinnen und Berner aus der Landwirtschaft nahmen ihre Stelle ein. «On engage des étrangers pour les travaux des champs, car aucun indigène ne voudrait servir ou travailler comme journalier», berichtete ein Reisender im Jahre 1773<sup>204</sup>. Die im 18. und frühen 19. Jahrhundert entstandenen Berner Kolonien in der Waadt und in Neuenburg sind noch in den eidgenössischen Statistiken von 1837 und 1850 deutlich fassbar<sup>205</sup> (vgl. Fig. 3.16.).

Die Grenzgemeinden des benachbarten Freiburger Sensebezirks, wo die landwirtschaftlichen Erträge und die Güterpreise niedriger waren als im Kanton Bern, wurden von den 1830er Jahren an zu einem Brückenkopf der bernischen Siedlungswanderung. Die Berner führten ertragreichere Anbaumethoden ein und nisteten sich im katholischen Umfeld als reformierte Sondergesellschaft ein, indem sie zäh an ihrem Glauben und an ihrem Dialekt festhielten<sup>206</sup>.

Nicht zur Kenntnis genommen wurde bis heute, dass der Abwanderung aus dem Kanton in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine fast ebenso bedeutende Zuwanderung entsprach. Zwischen 1798 und 1837 sind die Wanderungsbilanzen – trotz hoher Geburtenüberschüsse – schwach positiv. Anhand der heimatrechtlichen Verteilung der Bevölkerung im Jahre 1818 wird deutlich, dass sich die Zuwanderer aus der übrigen Schweiz und aus den angrenzenden Regionen des Auslandes bis zu diesem Zeitpunkt zum überwiegenden Teil in den Städten (Bern, Biel<sup>207</sup>, Thun, Burgdorf, Langenthal), in gewerblichen Zentren (Laufen, Kirchberg, Steffisburg)

und in der entstehenden Uhrenregion des Südjuras niedergelassen hatten! Auf Grund der selektiven Migrationspolitik und der Situation des Arbeitsmarktes ist anzunehmen, dass es sich zur Hauptsache um qualifizierte Arbeitskräfte handelte<sup>208</sup>. Mit der Durchsetzung der ersten Agrarmodernisierung in den folgenden drei Jahrzehnten fanden Zuzüger aus anderen Kantonen und aus dem Ausland (vorwiegend aus Frankreich)<sup>209</sup>, vermutlich Handwerker, auch solche katholischer Konfession, vermehrt in ländlichen Gebieten des tieferen Mittellandes Aufnahme. Stark unterdurchschnittlich blieb ihr Anteil im Emmental und im Oberland, die vom tiefen Lohnniveau her wenig attraktiv wirkten.

Nicht alle Zuwandernden waren willkommen. Seit dem Ancien Régime versuchte die Obrigkeit, den Zustrom von mobilen Unterschichten einzudämmen, die sich mit Gelegenheitsarbeit, Bettel und Kleinkriminalität über Wasser hielten. So klagte der Regierungsstatthalter von Fraubrunnen 1839, die Strassen seien voll von «fremden Vagabunden und Bettlern». Es frachte nichts, sie immer wieder über die solothurnische Grenze abzuschieben. Weitere Strafen seien nutzlos und «unthunlich», sah er ein und fügte die rhetorische Frage bei: «Wie kann man ein Weib mit kleinen Kindern in Gefangenschaft setzen?»<sup>210</sup>

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Kanton bis 1846 vor allem landwirtschaftliche Arbeitskräfte freisetzte, welche die Errungenschaften der Agrarmodernisierung in anderen Kantonen verbreiteten. Im Gegenzug gewährte er gesuchten Spezialisten aus gewerblichen Branchen die Niederlassung, hielt aber die mobilen Unterschichten nach Möglichkeit von der Zuwanderung ab.

Die Strukturperiode der «Industriegesellschaft» ist in einer ersten Phase (1846–1858) durch die vorübergehende Freigabe der Migration, mit der Entstehung des Eisenbahnnetzes durch eine zunehmende interkantonale Abwanderung aus der Landwirtschaft in die Industrie und in den Dienstleistungssektor geprägt. Diesem Prozess überlagerten sich in den frühen 1850er und in den frühen 1880er Jahren zwei Wellen von Massenauswanderung nach Übersee, welche bisher vor allem das Interesse der Geschichtsschreibung gefunden haben<sup>211</sup>.

Die älteren Auswanderungsbewegungen ins Gebiet von Hanau-Lichtenberg (Elsass) nach dem Dreissigjährigen Krieg und nach Brandenburg in den 1690er Jahren waren zahlenmäßig unbedeutend, desgleichen die Ansiedlung von Bernern in Carolina um 1735<sup>212</sup>, wobei die Obrigkeit im 18. Jahrhundert zur Informationsverhinderung auf unterster Ebene zuweilen scharf gegen propagandistisch tätige Rückkehrer durchgriff<sup>213</sup>. Erste Ansätze zu einer bedeutenden Auswanderungsbewegung zeigten sich im Gefolge der katastrophalen Missernte von 1816. Damals trat die Berner Obrigkeit den Versuchen einzelner Gemeinden entgegen, ihre Auswanderungswilligen finanziell zu unterstützen und als Gegenleistung den Verzicht auf ihr Heimatrecht zu verlangen. Als im Frühjahr 1817 die Teuerung ihren Höchststand erreichte, brachen viele Verzweifelte in Süddeutschland und in der Deutschschweiz spontan zur Reise in die Neue Welt auf<sup>214</sup>. Erwartungsgemäss strandeten Vermögenslose in den Ausgangshäfen und gerieten in Not. Aus dieser Erfahrung und aus der Beteiligung am gescheiterten freiburgischen Unternehmen zur Gründung einer Kolonie in Brasilien (Nova Friburgo)<sup>215</sup> versuchte die Restaurationsregierung

die Auswanderung einzudämmen. 1824 verfügte sie, dass Pässe nach Amerika nur noch an Personen erteilt werden durften, die ein Reisegeld von mindestens 300 Schweizer Franken vorzuweisen hatten. In den Passkontrollen des Amtes Niedersimmental sind von den 1820er Jahren an neben den Einzelwanderungen von Kühern, Küherknechten und Käsern nach Deutschland, Frankreich oder Russland mehrfach Passbezüger – Landarbeiter oder Handwerker in Begleitung mehr oder weniger grosser Familien – verzeichnet, die Amerika als Reiseziel angaben<sup>216</sup>. Jährlich dürften zwischen 1820 und 1846 gegen 400 registrierte Personen den Kanton Bern Richtung Übersee verlassen haben<sup>217</sup>.

Einer von ihnen war der wohlhabende Lehrer Niklaus Joss aus Oberthal, der von 1804 bis 1814 im Grossen Rat gesessen war. Am 4. Mai 1831 brach er zusammen mit etwa 100 Personen von Zäziwil nach Ohio auf. Barbara Wysshaar ist seiner Geschichte in ihrer Lizentiatsarbeit nachgegangen<sup>218</sup>. Briefe von Bekannten, die vor ihm ausgewandert waren, hatten seinen Entschluss erleichtert und ihm einen Weg nach New Philadelphia (Ohio) gewiesen. Mit ihrer Hilfe siedelte er sich von dort aus in Walnut Creek (Tuscarawas County) in der Nähe von anderen Berner Familien an. Die Emigration in ein Zielgebiet in den Fussstapfen früherer Auswanderer aus demselben Herkunftsraum nennt man Kettenmigration. Joss selber wurde zu einem weiteren Glied in der Kette – besser angebracht wäre der Begriff Netz –, indem er seine Erfahrungen in fünf Briefen aufzeichnete, in einem anschaulichen und kurzweiligen, zuweilen an Gotthelf erinnernden Stil, nicht ausschweifend und überschwenglich, aber angereichert mit den nötigen Einzelheiten. Diese Briefe wurden von Joss' Bruder in der Heimat ohne sein Wissen veröffentlicht, fanden ein weites Echo und erlebten in kurzer Zeit eine zweite Auflage. Ihre Veröffentlichung motivierte in den folgenden Jahren eine grössere Anzahl von Personen dazu, Joss nachzufolgen und sich in der Schweizer Kolonie im Tuscarawas County niederzulassen. Gottlieb Krebs, ein Möbelschreiner aus Wattenwil, der 1850 mit seiner Familie dorthin auswanderte, schildert die Situation in einem Brief vom 28. Oktober 1850 wie folgt: «Fast täglich sehe ich Bekannte und Freunde, oft sogar Schulkameraden, so dass mir gar nicht vorkommt, dass ich in einem fernen Lande, so weit von den lieben Verwandten entfernt sei»<sup>219</sup>. 1882 verglich eine Anweisung für Auswanderer das Einzugsgebiet von New Philadelphia gar mit dem Kanton Bern: «Hier weht bernische Luft, schafft, spricht, isst und trinkt man bernisch; hier ist auch der eingefleischteste <Mutz> in seinem Elemente»<sup>220</sup>.

Bis um 1850 war die Berner Kolonie in den USA auf über 5000 Köpfe angewachsen<sup>221</sup>. Die Regierung nahm den wachsenden Emigrationsdruck wahr. 1843 erteilte sie dem Departement des Inneren unter Johann Rudolf Schneider den Auftrag, die Wünschbarkeit und Möglichkeit einer staatlichen gelenkten Auswanderung und Kolonisation abzuklären<sup>222</sup>.

Der Verlauf der bernischen Auswanderung stimmt mit jenem der übrigen Schweiz und jenem des Nachbarlandes Württemberg gut überein, was auf das Vorhandensein grossräumig wirksamer Bestimmungsfaktoren verweist<sup>223</sup>. Um die erste grosse Auswanderungswelle in den 1850er Jahren zu dokumentieren, sind die für die Jahre 1843–1855<sup>224</sup> vorliegenden 16 294 Passgesuche im Zentralpolizeiregister

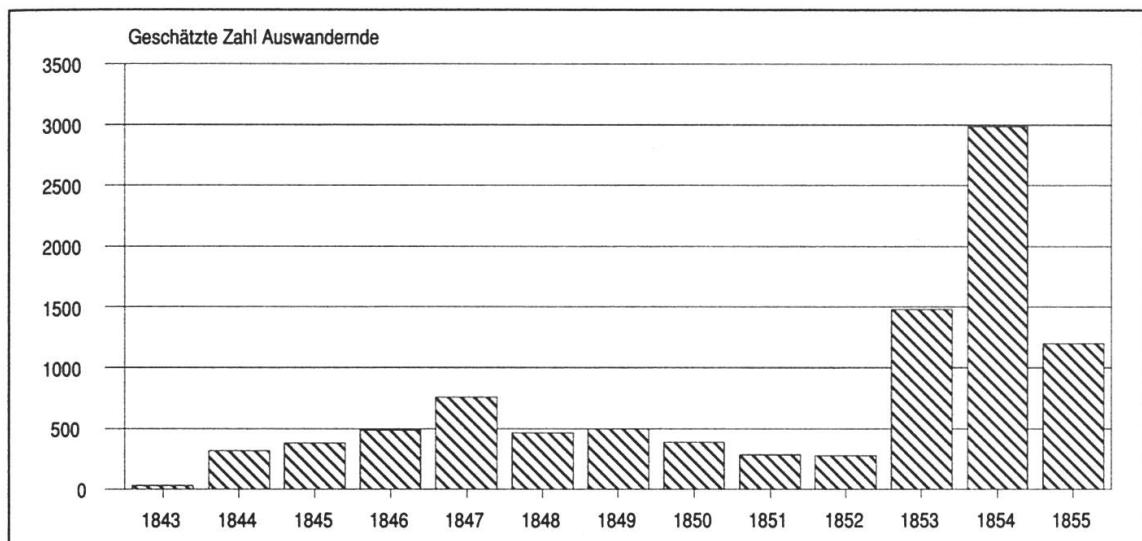


Fig. 3.17. Auswanderung nach Nordamerika 1843–1855

Der starke Auswanderungsschub der frühen 1850er Jahre ist Ausdruck der agrarischen und der sozialen Krise. (Quelle: StAB BB XIIIa 52–56 Passregister. 4038 Pässe aus Stichprobe [14 Prozent] auf Personen hochgerechnet.)

nach Zielgebieten ausgewertet worden: Je ein Viertel der Pässe wurden nach Frankreich und in die Vereinigten Staaten, ein Fünftel nach Deutschland ausgestellt; der Rest entfiel auf eine Vielzahl von anderen – meist europäischen – Destinationen, die im zeitlichen Verlauf wenig variieren<sup>225</sup>. Nach Amerika schifften sich vorwiegend Familien und Gruppen ein, meist in den Frühlingsmonaten. Wird bei den transozeanischen Wanderungen von durchschnittlich 2,33 Personen pro Pass<sup>226</sup> ausgegangen, so dürften in diesen 12 Jahren schätzungsweise 9400 Personen – darunter 40 Prozent Kinder unter 16 Jahren – mit offiziellen Papieren in die USA ausgewandert sein<sup>227</sup> (vgl. Fig. 3.17.). Von staatlicher Seite liegen Angaben für die Jahre 1854–1856 vor<sup>228</sup>. Dazu kommt die illegale Auswanderung: Die vom Konsul in Le Havre, wo sich die meisten Schweizer nach den USA einschifften<sup>229</sup>, genannten Zahlen liegen für 1851 fünfmal (!) höher als die auf Grund der Passregister geschätzten Werte<sup>230</sup>. Von daher ist die Annahme nicht unrealistisch, dass die Wanderungsverluste des Kantons in der Periode 1850–1856 zu einem Grossteil auf das Konto der überseeischen Auswanderung gingen.

Anhand der Burgerregister kann geschätzt werden, dass etwa ein Viertel der Auswanderer aus dem Oberland stammte (9 Prozent allein aus dem Amt Interlaken), 16 Prozent aus dem Seeland, 13 Prozent aus dem Oberaargau, verhältnismässig wenige dagegen aus dem Emmental<sup>231</sup> (Fig. 3.18.). Der hohe Anteil der Oberländer und Seeländer blieb bis zum Ersten Weltkrieg ein Strukturmerkmal der Berner Auswanderung<sup>232</sup>.

Der übliche Ansatz zur Untersuchung der Wanderungsursachen unterscheidet zwischen stossenden «Push»- und ziehenden «Pull»-Faktoren, die sich gegenseitig durchdrangen<sup>233</sup>. Mit Blick auf das Grossherzogtum Baden und das Königreich Württemberg kommt Hippel zum Schluss, dass bis in die 1850er Jahre «akute Not und die Sorge vor Verarmung sehr viel stärker ins Gewicht fielen als die Verlockungen

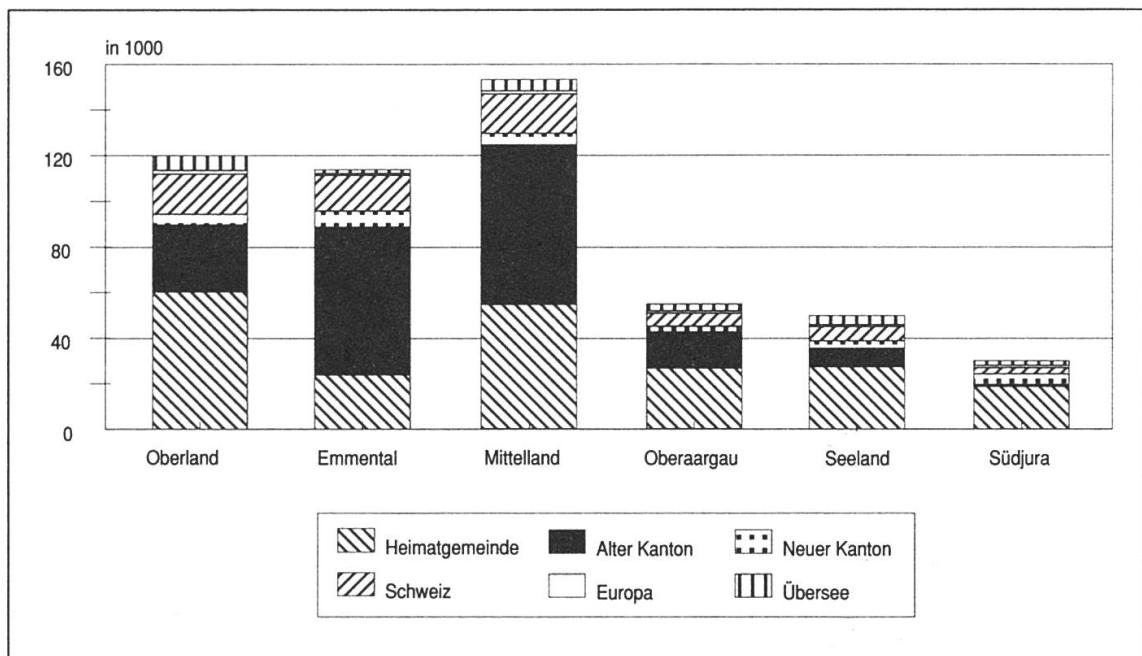


Fig. 3.18. Wohnorte der im Kanton Bern Heimatberechtigten 1870

Aus den Wohnorten der Kantonsbürger kann auf Grösse und Richtung der vorangegangenen Aus- und Abwanderung geschlossen werden. Von den im Oberland Heimatberechtigten wohnte 1870 noch fast die Hälfte in ihrer Heimatgemeinde, die Emmentaler hatten sich zumeist in anderen Gemeinden des alten Kantons niedergelassen. Unter den nach Übersee, vor allem nach Nordamerika, Ausgewanderten stammte ein überdurchschnittlicher Anteil aus dem Oberaargau und dem Seeland. (Quelle: Stat JB VII/1875: 126/7)

der Neuen Welt»<sup>234</sup>. Simon Kuznets hat dagegen argumentiert, und diese Meinung verfechten namhafte Wirtschaftshistoriker, es lasse sich die auffällige Parallelität der Migrationsströme unterschiedlichster regionaler Herkunft nur so erklären, dass die Pull-Kräfte der amerikanischen Arbeitsmarktlage dominierten<sup>235</sup>. Bei der Ursachenanalyse wird nicht immer konsequent zwischen strukturellen und konjunkturellen Faktoren unterschieden, und der Wanderungsprozess wird nicht stringent genug (über den Rückfluss von Information aus der Neuen Welt) als rückgekoppelter Prozess verstanden<sup>236</sup>. Daneben ist der Auswanderungspolitik vermehrt Beachtung zu schenken<sup>237</sup>. Neuere Ansätze heben auf einen Multiplikatoreffekt ab, der dann eintritt, «wenn Basisfaktoren, bedeutsame strukturelle Veränderungen und eine zusammenhängende Reihe von Stimulatoren günstig zusammenwirken»<sup>238</sup>.

Langfristig wirksame strukturelle Push-Faktoren der ersten grossen Auswanderungswelle der frühen 1850er Jahre sind im mittelfristigen Rückgang der Säuglingssterblichkeit in den 1820er Jahren zu suchen (vgl. 3.3.3.5), der eine Folge von besonders starken Jahrgängen heranwachsen liess. Von den späten 1830er Jahren an drängten von Jahr zu Jahr mehr junge Menschen auf einen nur beschränkt aufnahmefähigen agrarischen und kleingewerblichen Arbeitsmarkt. Eine wachsende Zahl von ihnen fand keine ständige Beschäftigung mehr; 1840 musste ein Zehntel der Bevölkerung unterstützt werden. Immer krasser traten die Unterschiede zwischen Wohlhabenden und Habenichtsen in Form von Massenarmut in Erscheinung. Es sei hier vorausgeschickt, dass der Kanton keineswegs in dem Sinne übervölkert war, dass die Menschen nicht mehr hätten ernährt werden können – von der Ausnahme-

situation im Amt Schwarzenburg einmal abgesehen. Vielmehr waren die vorhandenen «Lebensmittel» (im Sinne des Wortes) einseitig bei den Besitzenden konzentriert (vgl. 6.2).

Die konjunkturellen Push- und Pull-Faktoren hat Heiner Ritzmann anhand eines ökonometrischen Modells untersucht. Unter den «schweizerischen» Variablen hat die Heiratsrate, welche die Konjunkturerwartungen am Wohnort ausdrückt, die höchste Erklärungskraft. Unter den «amerikanischen» Variablen sind es die Investitionen im Geleisebau, in denen die Erschliessung neuer Siedlungsräume im Westen zum Ausdruck kommt<sup>239</sup>.

Ein langfristiger Einbruch in der landwirtschaftlichen Produktion brachte das demographische Fass in den 1840er Jahren zum Überlaufen. Er wurde eingeleitet durch die kontinentweit auftretende «Kartoffelpest», die sich in manchen Gegenden für fast ein Jahrzehnt einnistete<sup>240</sup>. In den Amtsbezirken Ober- und Niedersimmental und Oberhasli riss die Auswanderung schon zwischen 1846 und 1850 ein, was auf die grosse Abhängigkeit vom Ausfall der Kartoffelernten hindeutet. Der Kartoffelpest überlagerte sich in den frühen 1850er Jahren eine Sequenz von kühl-nassen Hochsommern und kalten Frühjahrsperioden, welche die Erträge in sämtlichen Zweigen der Landwirtschaft über mehrere Jahre hinweg empfindlich schmälerten<sup>241</sup>. Die schweizerische und bernische Historiographie hat bisher die Existenz dieser Krise neben jener von 1846/47 kaum zur Kenntnis genommen<sup>242</sup>. Nicht nur in Bern war dies der letzte, starke, durch den regionalen Ernteausfall hervorgerufene Ausschlag der Getreidepreise nach oben<sup>243</sup>. Er zog – schon an der Schwelle zum Zeitalter der Eisenbahn – noch einmal die bekannten demographischen und sozialen Folgen nach sich: Die Geburtenrate ging für mehrere Jahre deutlich zurück, die Sterblichkeit schnellte hoch (vgl. Fig. 3.4.), die Reallöhne fielen<sup>244</sup>, und in der Folge schlitterte eine breite Unterschicht unter die Schwelle des Existenzminimums. 1853 erreichten die Agrareinkommen ihren Tiefpunkt<sup>245</sup>. Im darauffolgenden Jahr mussten ungefähr 15 Prozent der Bevölkerung unterstützt werden<sup>246</sup>.

1851 hatte der Grosse Rat die Gemeinden ermächtigt, unbemittelte Auswanderungswillige zu unterstützen, und entsprechende Subventionen für arme Gemeinden zur Verfügung gestellt. Dieser Kredit wurde in den folgenden Jahren immer wieder erneuert<sup>247</sup>. In der Folge fand ein wahrer Schacher seitens der Gemeinden statt, welche die Gelegenheit benutzten, sich die Armen auf Kosten des Armenguts und des Staates möglichst billig vom Halse zu schaffen und im Sinne einer «sozialen Entlastung» über den Atlantik abzuschieben. Allein aus Melchnau wanderten zwischen 1851 und 1855 96 Personen nach den Vereinigten Staaten aus, «mehrtheils ganz arm, zum kleineren Theil mit wenigem Vermögen», wie der Zeitgenosse Jakob Käser berichtet<sup>248</sup>. Im Amt Büren mussten «weitaus die grösste Zahl (der ausgewanderten Personen) mit dem nöthigen Reisgeld versehen werden»<sup>249</sup>. Die Güter für arme Burger, die nach 1831 den sogenannten Rechtsamelosen als Ersatz für den Verlust ihrer kollektiven Nutzungsrechte an Allmenden und Wäldern zugesprochen worden waren (vgl. 6.4), dienten nun dazu, ihre Auswanderung zu finanzieren. Dabei stammten die meisten Auswanderer – wie eine Untersuchung der Periode 1867–1877 belegt – nicht aus den wirtschaftlich schwächsten Bezirken oder jenen

mit der höchsten Armenbelastung (Signau, Trachselwald, Schwarzenburg), sondern aus jenen, die in ökonomischer und sozialer Hinsicht im Mittelfeld lagen: Niedersimmental, Oberhasli, Büren, Thun und Obersimmental. Im ärmsten Bezirk Schwarzenburg fehlte es nicht nur an Mitteln zur Unterstützung von Auswanderungswilligen, sondern auch an der nötigen Initiative und Unternehmungslust<sup>250</sup>.

Ein weiterer Grund, warum in den frühen 1850er Jahren so viele Berner für den Auszug nach Amerika mobilisiert werden konnten, dürfte der im interkantonalen Vergleich weit überdurchschnittliche Umfang der vorausgegangenen Pionierwanderung gewesen sein. Wie gezeigt worden ist, übermittelten die Auswanderungspioniere ihre Eindrücke und Erfahrungen in die alte Heimat und motivierten damit migrationswillige Freunde und Verwandte zum Nachzug. Die doppelte Ausprägung des Teuerungsgipfels der Periode von 1846–55 schuf dazu günstige Voraussetzungen: Die «Kartoffelkrise» 1846/47 leitete die Phase der Willensbildung ein, die schwerere Krise der frühen 1850er Jahre erleichterte den Wanderungentschluss.

Der hohe Anteil der Kinder unter 15 Jahren lässt für die Jahre 1843–1855 ein Übergewicht der Familienauswanderung erkennen (Fig. 3.19.). Vorwiegend dürfte es sich bei den emigrierenden Familien um bereits länger bestehende Ehen mit einigen Kindern gehandelt haben. Der hohe Anteil der Familienwanderung war eine bernische Besonderheit, wie die genaueren Statistiken der folgenden Jahrzehnte zeigen<sup>251</sup>. Bis zum Ersten Weltkrieg gewann auch in Bern die männlich dominierte Einzelwanderung von jungen Erwachsenen, vorwiegend von Dienstboten, an Bedeutung.

Mit der überseeischen Massenauswanderung ging eine interkantonale Massenwanderung von den ländlichen Peripherien in die Zentren einher<sup>252</sup>: 69 Prozent aller bernischen Kirchgemeinden meldeten zwischen 1850 und 1856 rückläufige Bevölkerungszahlen. Dies gilt – erstmals seit der schweren Ruhrepidemie von 1750 – auch

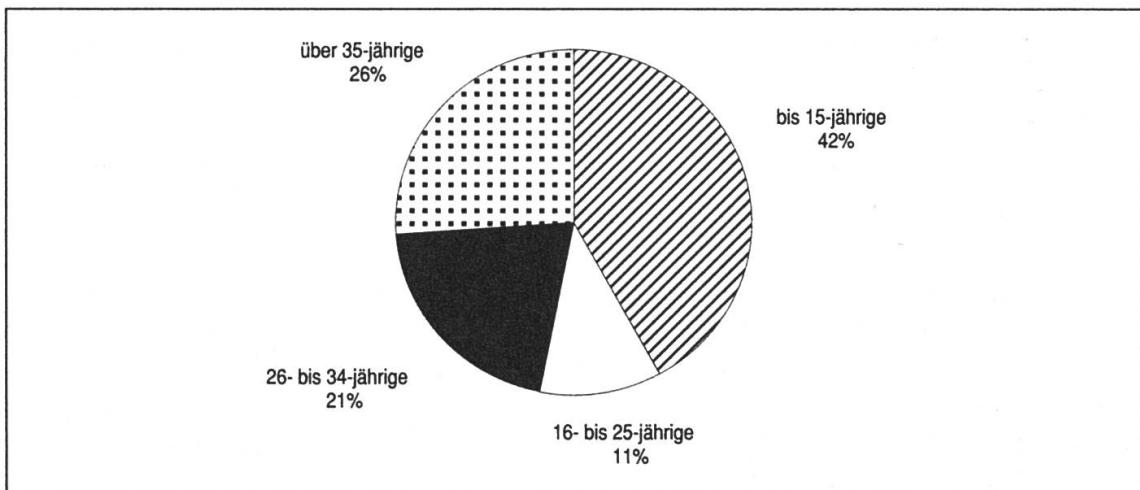


Fig. 3.19. Alter der nach Nordamerika Auswandernden 1843–1855

Der hohe Anteil der Kinder unter 15 Jahren lässt für die Jahre 1843–1855 ein Übergewicht der Familienauswanderung erkennen. (Quelle: 1843–1855: Aus einer Stichprobe von 14 Prozent der 4038 erteilten Pässe geschätzt; 1910–1914; BESTAT 1914/I:32.)

für den ganzen Kanton: Er verlor unter Berücksichtigung der Geburtenüberschüsse an die 18 000 Personen oder 5 Prozent seiner Bevölkerung<sup>253</sup>, den Löwenanteil durch Auswanderung in die Vereinigten Staaten<sup>254</sup>. Die mit der Krise einhergehende, durch das Tief der Heiraten, die massenhafte Auswanderung junger Menschen und den hohen Anteil an Totgeburten<sup>255</sup> bedingte Baisse der Fruchtbarkeit in den frühen 1850er Jahren hinterliess infolge ihrer langen Dauer eine breite Lücke in den untersten Jahrgängen, die im Altersaufbau jahrzehntelang als Einschnürungseffekt sichtbar blieb.

Die konjunkturelle Situation in den frühen 1880er Jahren, welche die zweite Auswanderungswelle auslöste, ist wesentlich durch den Einbezug der Schweiz in die weltweiten Agrarmärkte geprägt. Weil die Weltmarktpreise für Getreide vom Beginn der 1880er Jahre weg stetig sanken, liessen sich die Erträge von Missernten nicht mehr wie in den 1840er und 1850er Jahren zu erhöhten Preisen absetzen, sondern sie mussten den Konsumenten zu einem Preis überlassen werden, der oft nicht einmal die Produktionskosten deckte. Viele Kleinbauern verkauften ihre Gütchen und übersiedelten in einen der Staaten des amerikanischen Westens, wo billiges Land angeboten wurde, auf dem man wiederum Getreide oder Viehzucht betreiben konnte<sup>256</sup>. Manche Handwerker litten unter der Konkurrenz industrieller Billigprodukte, die Arbeiter unter einem Mangel an offenen Stellen. In den Stellungnahmen der Gemeinden, welche die Direktion des Inneren im Auftrage des schweizerischen Handels- und Landwirtschafts-Departements einforderte, wird schliesslich über die enorme Steuerbelastung geklagt<sup>257</sup>. Die USA befanden sich dagegen in diesen

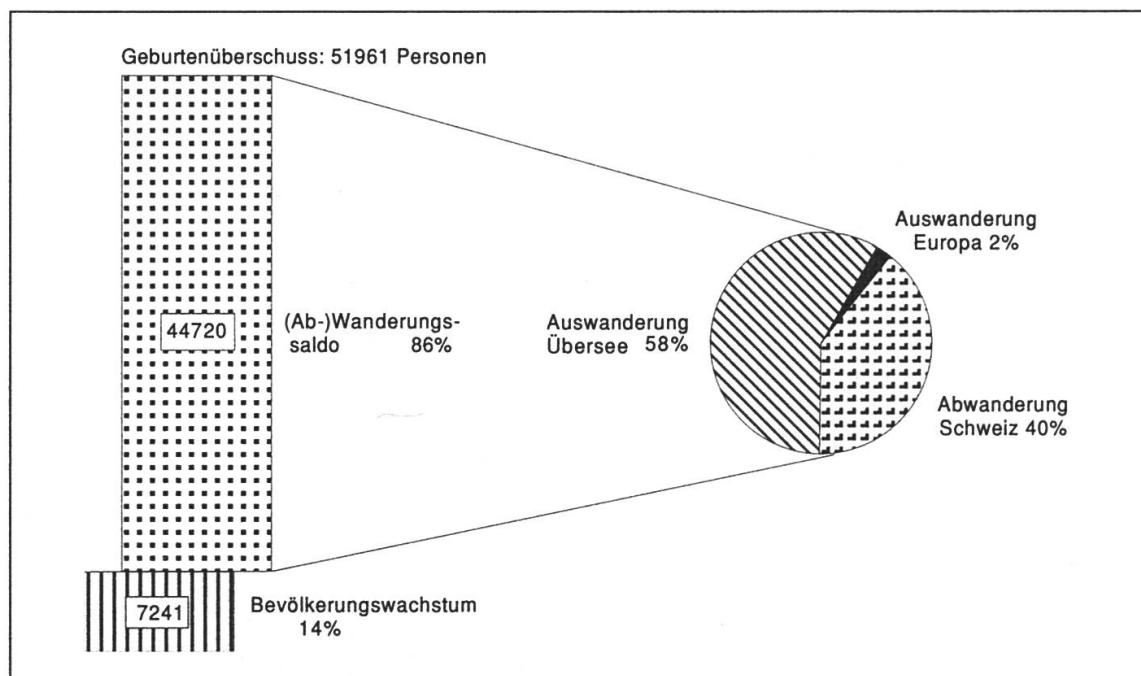


Fig. 3.20. Bevölkerungsbilanz des Kantons Bern 1880–1888

Bern wurde von der «Grossen Depression» besonders hart getroffen. In keinem Kanton ausser in Schaffhausen lagen die relativen Wanderungsverluste in diesem Jahrzehnt so hoch. (Quelle: BESTAT 1894/1: 59, 62, 65. Die Abwanderung in europäische Staaten ist geschätzt worden.)

Jahren auf einem steilen wirtschaftlichen Expansionskurs und wirkten trotz ihrer Entfernung als Magnet. Die Verbindung von Push- und Pull-Faktoren, welche zum Wanderungsschluss führten, kommt, um ein Beispiel zu zitieren, in den Worten des Gemeinderates von Jegenstorf wie folgt zum Ausdruck: Als strukturelle Ursache der Auswanderung von 32 Gemeindegängern betrachtete er den «Überfluss an Arbeitskräften bei der Landwirtschaft in Folge Einführung von Maschinen aller Art», als Auslöser den «Misswachs der letzten Jahre». Den Wanderungsschluss löste «bei den meisten der hier ausgewanderten Personen der Mangel an Arbeit und die ziemlich geringe Aussicht [aus], trotz Mühe und Arbeit zu einer sicheren Existenz und sorgenfreien Zukunft zu kommen»<sup>258</sup>, also die Wahrnehmung eines Gefälles von persönlichen Lebenschancen zwischen Einwanderungs- und Herkunftsland. «Schade ist es für die tüchtigen Arbeitskräfte, die dem Lande durch die Auswanderung verlorengehen», bedauerte der Regierungsstatthalter von Frau-brunnen<sup>259</sup>. «Wir ziehen mit unnennbaren Opfern eine zahlreiche Jugend zu einer kräftigen, erwerbsfähigen Elite heran und lassen sie fortziehen», lautet das Fazit Christian Mühlemanns<sup>260</sup>.

Im Spitzenjahr 1883 schifften sich gut 4500 Berner (9,3 Promille der Gesamtbevölkerung) nach den USA ein. Diesen Weg wählten mehr als die Hälfte jener 50 000 Menschen, die dem Kanton zwischen 1880 und 1888 den Rücken kehrten (vgl. Fig. 3.20.). Die Berner waren unter den Schweizer Auswanderern mit einem Anteil von 29 Prozent deutlich übervertreten<sup>261</sup>. Von 1886 an pendelte sich die Auswanderung auf einem recht hohen jährlichen Niveau von 2000 Personen ein (vgl. Fig. 3.21.). Noch ungeklärt ist das Zusammenspiel von Binnenwanderung und Auswanderung in Wechselwirkung mit der Konjunktur. Stieg der Strom der Binnenwanderung in Phasen guter Konjunktur bei sinkender Auswanderungstendenz an, oder wurden in Krisenperioden die Wellen der Auswanderung von solchen der Abwanderung überlagert?

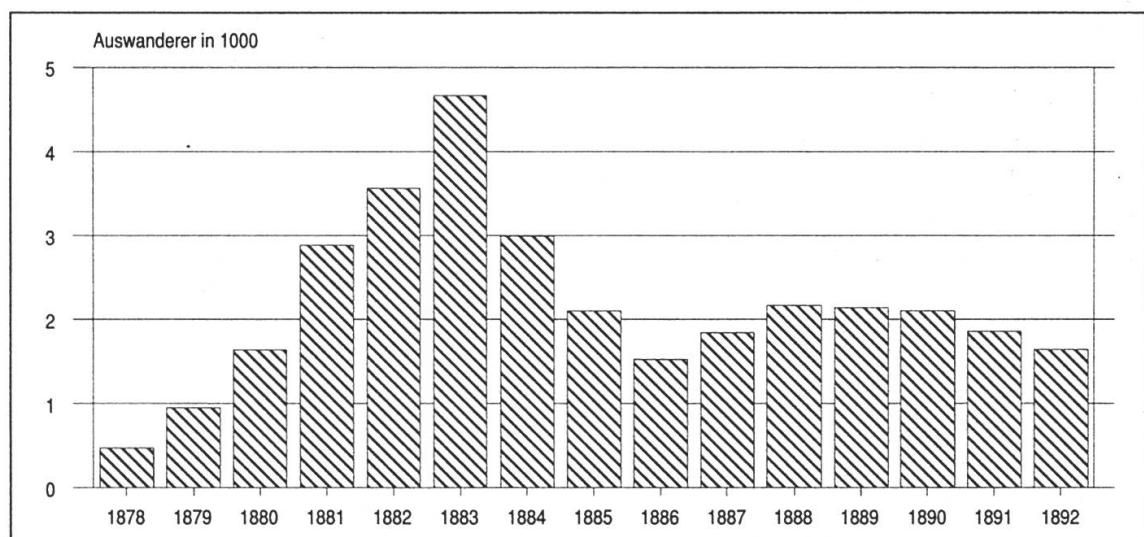


Fig. 3.21. Überseeische Auswanderung 1878–1892

Nach dem Einbruch der Krise 1878 schwoll der Strom der Auswandernden bis 1883 von Jahr zu Jahr stärker an. Er ging auch nach dem Einsetzen der Hochkonjunktur 1890 nicht mehr auf den Ausgangswert von 1878 zurück. (Quelle: BESTAT 1894/1, S. 65)

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Auswanderung in den frühen 1850er und den frühen 1880er Jahren als wichtigstes Ventil und Regulativ konjunkturell und strukturell verursachter Not wirkte: In den 1850er Jahren sind die strukturellen Schwächen primär in der Überlastung des beschränkt aufnahmefähigen gewerblich-agrarischen Arbeitsmarktes als Spätfolge der demographischen Ausnahmesituation der 1820er Jahre, in den 1880er Jahren in den neuen Mechanismen der agrarischen Preisbildung zu suchen, die sich aus der Einbindung Mitteleuropas in den Weltmarkt ergaben. In beiden Fällen wurde die akute Notlage durch Missperioden ausgelöst und verschärft.

Erhebliche Verluste brachte auch der Wanderungstausch mit anderen Kantonen. So rückten Berner in den entlegeneren Dörfern des Thurgaus den in die Industrie abwandernden Einheimischen als Käser, Vieh- und Schweinezüchter nach<sup>262</sup>. In der Krisenperiode 1880–1888 verzeichnete unter allen Kantonen einzig Schaffhausen höhere Wanderungsverluste als Bern, und selbst in der folgenden Hochkonjunkturperiode bis zum Ersten Weltkrieg führte Bern zusammen mit Unterwalden, Fribourg und Appenzell Innerrhoden die Rangliste der Abwanderungskantone an<sup>263</sup>. Da die meisten Migranten der Altersklasse der jungen Erwachsenen angehörten, veränderte sich die Erwerbsquote in ungünstigem Sinne. 1880 zählte Bern von allen Kantonen verhältnismässig am meisten Kinder unter 15 Jahren, der Anteil der aktiven Bevölkerung lag 2,8 Prozent unter dem schweizerischen Mittel<sup>264</sup>. Die Burgerstatistik von 1872 verzeichnete rund 65 000 Berner, vorwiegend aus dem Oberland, dem Mittelland und dem Emmental, die sich in anderen Kantonen niedergelassen hatten<sup>265</sup>. Ihnen standen um 1888 erst knapp 30 000 niedergelassene Schweizer gegenüber, die ausserhalb des Kantons geboren worden waren. Gering blieb mit 11 000 Personen

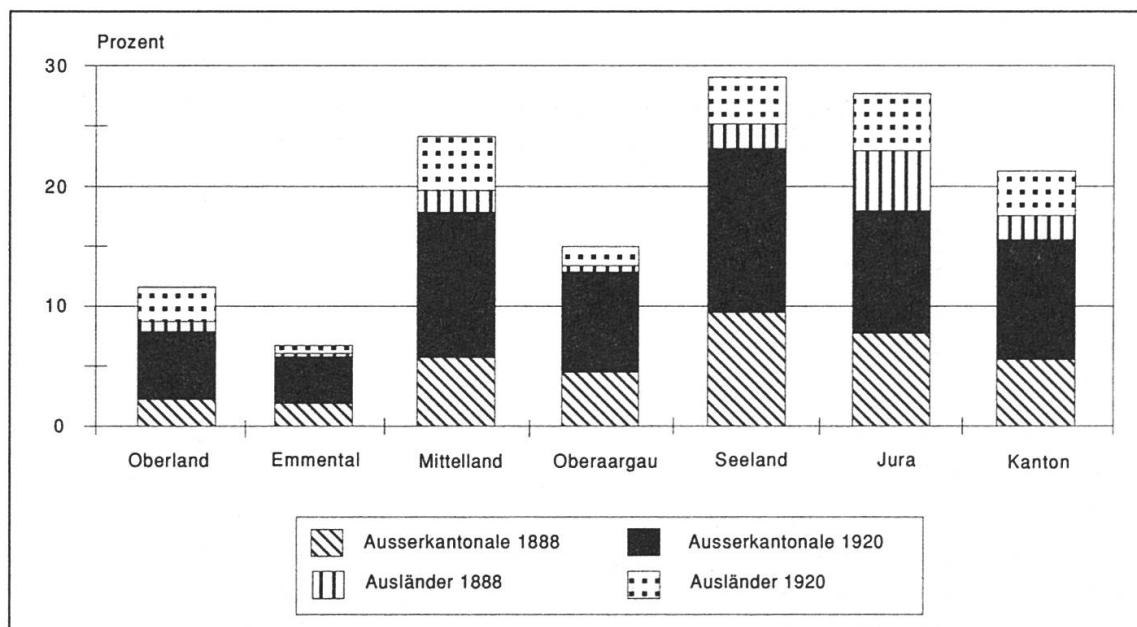


Fig. 3.22. Ausserkantonale und Ausländer 1888–1920

Erst in der langen Hochkonjunkturperiode zwischen 1890 und 1914 wurde der Kanton als Arbeitsort für Auswärtige etwas anziehender. In keinem anderen Kanton liessen sich verhältnismässig so wenig Kantonsfremde nieder wie in Bern. (Quelle: BESTAT 1925/1:115)

(2 Prozent) auch die Zahl der Ausländer, die meist aus den angrenzenden Regionen stammten<sup>266</sup>. Sie arbeiteten im Nordjura (Bezirk Porrentruy) und in den Städten Bern und Biel. Insgesamt verlor der Kanton zwischen 1846 und 1910 rund 120 000 Menschen durch Ab- und Auswanderung.

Eine Öffnung im Sinne einer stärkeren interkantonalen und internationalen Durchmischung der Bevölkerung erfuhren weite Teile des Kantons erst in der Hochkonjunkturphase zwischen 1890 und dem Ersten Weltkrieg (Fig. 3.22.). Insbesondere gilt dies für das Oberland, wo der Tourismus einen Aufschwung erlebte, sowie für Mittelland und Seeland, wo die Industrialisierung voranschritt und sich ein Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft äusserte. Aber im interkantonalen Vergleich blieb die Zuwanderung bescheiden. In keinem anderen Kanton liessen sich verhältnismässig so wenig Kantonsfremde nieder wie in Bern<sup>267</sup>.

### 3.3.4.2 Binnenmobilität der Landesteile

Seit einiger Zeit kristallisiert sich aus der wachsenden Zahl von Regionalstudien das Ergebnis heraus, dass auch die ländliche Bevölkerung, vor allem die weniger boden gebundenen Schichten, ihren Wohnsitz auf der Suche nach Unterkunft und Arbeit schon unter dem Ancien Régime oft wechselten<sup>268</sup>. Vor der Erhebung von Pendlerstatistiken lassen sich diese Bewegungen quellenmässig nicht systematisch erfassen. Als Alternative bietet sich ein strukturgegeschichtlicher, auf Mustererkennung gerichteter Top-Down-Ansatz an. Auf der Ebene des Kantons ist dies nur in Form einer grossräumigen Bestandesaufnahme auf der Basis von Wanderungsbilanzen und Angaben zu den heimatrechtlichen Verhältnissen möglich. Genauer lassen sich die Wanderungsstrukturen und der Vollzug der Niederlassungspolitik auf der Ebene einzelner Gemeinden untersuchen: Dies soll am Beispiel der Stadt Bern geschehen. Ein zweiter, alltagsgeschichtlicher Ansatz, der über die Mikroanalyse auf der Ebene des Individuums oder der Gruppe auf ein besseres Verständnis der Wanderungsmotive zielt, kann in diesem Rahmen nur punktuell zur Veranschaulichung herangezogen werden.

Für Tab. 9.2. (im Anhang) sind Wanderungssaldi der Landesteile und des Gesamtkantons jeweils für den Zeitraum zwischen zwei Volkszählungen von 1764 bis zur Gegenwart berechnet worden. Was für ein Wanderungsvolumen<sup>269</sup> hinter diesen Werten zu vermuten ist, kann für das Amt Konolfingen anhand von fünf Einwohnerkontrollblättern aus den Jahren 1810–1829 gezeigt werden (vgl. 2.3.1.3)<sup>270</sup>.

Im folgenden werden anhand von Tab. 9.2. sowie anhand von Daten zu den heimatrechtlichen Verhältnissen die Wanderungsprofile der einzelnen Landesteile angesprochen. Ausgenommen davon ist auf Grund der grossen Heterogenität der einzelnen Bezirke das Mittelland. Im Südjura stagnierte die Bevölkerung von 1723 bis 1770/71<sup>271</sup>. Trotz einer vergleichsweise geringen Bevölkerungsdichte pro Kulturlandfläche und der Niederlassung von landwirtschaftlicher Bevölkerung aus dem Emmental<sup>272</sup> überwog im 18. Jahrhundert die Abwanderung. Im frühen 19. Jahrhundert breitete sich die Uhrenheimindustrie vom Kanton Neuenburg her im Tal von St-Imier aus. Dadurch dürfte sich das Lohngefälle zwischen dem Südjura und den voralpinen Peripherien des alten Kantonsteils (Emmental, Schwarzenburgerland) (Fig. 3.23.) vergrössert haben,

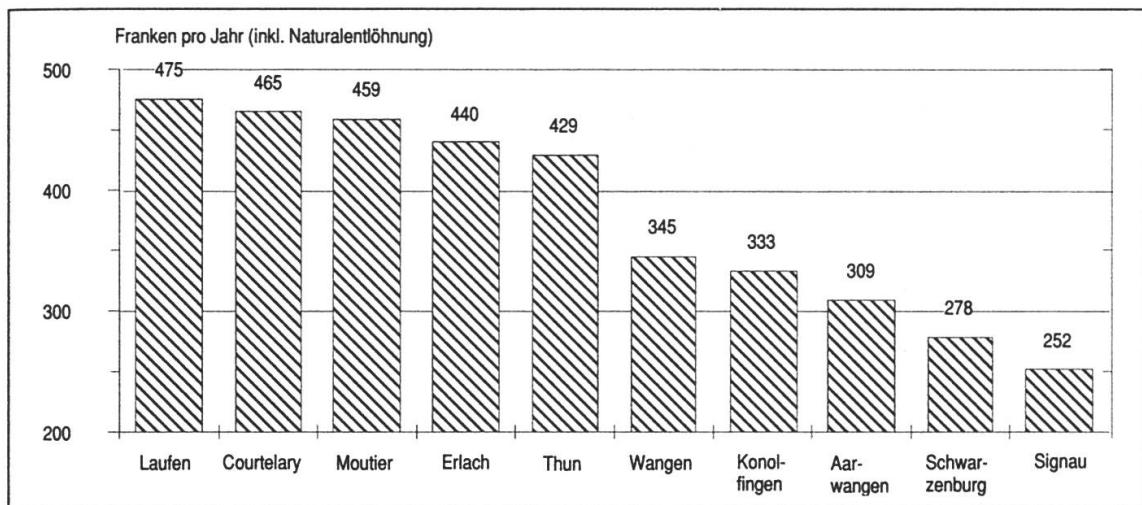


Fig. 3.23. Jahresverdienst landwirtschaftlicher Lohnarbeiter 1845–1850 (nach Bezirken)

In dieser Krisenzeit verschärfte sich das Lohngefälle zwischen den frühindustrialisierten Gebieten im Südjura und dem Voralpengebiet. Angegeben sind nur die Bezirke mit den höchsten und tiefsten Lohnniveaus. (Quelle: Stat JB VI/VII, 1875:368/9)

doch durften sich Arbeitskräfte bis 1846 nur nach Massgabe der verfügbaren Arbeitsplätze niederlassen. Nach der Freigabe der Niederlassung (1846) wurde der Südjura in der Krise der 1850er Jahre durch Arbeitsuchende aus diesen Räumen regelrecht überschwemmt. Auf Grund ihrer beruflichen Erfahrung übernahmen sie freiwerdende Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und verbreiteten die Errungenschaften der Agrarmodernisierung, als Deutschschweizer pflegten sie ihre sprachlich-kulturelle Eigenart, und als Angehörige der heiratsfähigen Altersklassen steuerten sie zum wachsenden Kindersegen bei<sup>273</sup>. Da sich als Folge der zunehmenden Beschäftigung von (südjurassischen) Frauen in der Uhrenindustrie gleichzeitig die Säuglingssterblichkeit erhöhte, prägte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine «lebensverschwendende Bevölkerungsweise» aus.

Die protoindustrielle Durchdringung des Oberaargaus äussert sich im Zeitraum 1770–1880 durch eine höhere Bevölkerungsdichte, wie dies von anderen Protoindustriegebieten her bekannt ist<sup>274</sup>. Namentlich gilt dies für den Bezirk Aarwangen, wo das Leinengewerbe, die Handstrickerei und die Wollweberei verbreitet waren (vgl. 5.1.1). Näher abzuklären bleibt, inwieweit das Bevölkerungsverhalten in diesem Amt teilweise auf die Protoindustrialisierung gebunden war, namentlich, ob die Häufigkeit der Heiraten der protoindustriell-agrarischen Konjunktur folgte<sup>275</sup> und inwieweit die saisonale Häufigkeit der Konzeptionen und Taufen dem protoindustriellen Arbeitsrhythmus angepasst war<sup>276</sup>.

Das Seeland war im 16. Jahrhundert noch schwach besetzt. Werden die Zehnterträge als Indikator für die langfristige Bevölkerungsbewegung betrachtet, ergibt sich das Bild einer langfristigen Stagnation<sup>277</sup>. Noch um 1800 hatte dieser stark von Überschwemmungen heimgesuchte Landesteil nach dem Südjura – bezogen auf die Kulturlandfläche – die geringste Bevölkerungsdichte. Möglicherweise lauerte in den Sümpfen des grossen Mooses die Malaria, die beispielsweise auch in der Oberrheinischen Tiefebene und an der deutschen Nordseeküste endemisch war<sup>278</sup>. Vom

späten 18. Jahrhundert an mehrten sich Feuerstätten und Bewohner überdurchschnittlich, was als ausgleichender Nachholeffekt gedeutet werden kann. Im Gefolge der Industrialisierung, der Agrarmodernisierung und der Gewinnung neuen Kulturlandes durch die Juragewässerkorrektion verdreifachte das Seeland seine Bevölkerung im Verlaufe des 19. Jahrhunderts; die Bevölkerungsdichte hat sich in den letzten 250 Jahren versiebenfacht.

Das Emmental kennt seine eigenständige Bevölkerungswise, die über den gesamten demographischen Übergang hinweg beibehalten wird<sup>279</sup>. Sie ist geprägt von einer überdurchschnittlichen Geburtenfreudigkeit (als Folge eines tieferen weiblichen Heiratsalters)<sup>280</sup>, gepaart mit einer relativ geringen Sterblichkeit, entsprechend hohen Geburtenüberschüssen, einem hohen Anteil an jugendlicher Bevölkerung und einer bedeutenden kontinuierlichen Abwanderung. Kein anderer bernischer Landesteil hat im Verhältnis zu seiner Bevölkerung in den letzten Jahrhunderten so viele Menschen freigesetzt wie das Emmental. Ungefähr 80 000 im Emmental Geborene dürften ihrer Heimat seit der ersten bernischen Volkszählung von 1764 den Rücken gekehrt haben, fast zwei Drittel mehr, als die beiden Ämter Signau und Trachselwald heute insgesamt an Einwohnern aufweisen. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, solange das heimatörtliche Prinzip der Armenversorgung galt, belastete die Abwanderung die Gemeinden in zunehmendem Masse, hatten sie doch für eine immer grösse Zahl von «auswärtigen» Armen zu sorgen (vgl. 6.4). Die emmentalische Landwirtschaft war schon früh annähernd voll ausgebaut: Bezogen auf die Kulturlandfläche war das Emmental um 1740 unter allen Landesteilen am dichtesten besiedelt, wozu die protoindustrielle Durchdringung (Leinwandgewerbe) beitrug. Die Emigration wurzelt in der erbrechtlichen Tradition und war von daher eine Dauerscheinung. Ungeteilt, zu einem Drittel des Marktwertes oder weniger, oft noch zu Lebzeiten des Vaters, wurde der Hof an den jüngsten Sohn vererbt, der oft mehr erhielt als alle seine Geschwister zusammengenommen. Die übrigen Kinder konnten mit ihrem beschnittenen Erbteil ein kleines Heimwesen zu übertriebenem Preis erstellen oder als Knechte und Mägde auf dem Hof dienen, sofern sie es nicht vorzogen, ihrer Heimat den Rücken zu kehren. Entsprechend dem relativen Überangebot an Arbeitskräften stehen die emmentalischen Bezirke<sup>281</sup> in der Rangliste der Landarbeiterlöhne um 1845/50 zusammen mit Schwarzenburg am Schluss. Aus der Burgerstatistik von 1872 wird deutlich, dass sich die Emmentaler vor allem in anderen bernischen Gemeinden niederliessen und bei der Auswanderung nach Übersee hinter anderen Landesteilen zurückstanden.

Das Oberland setzt sich aus einer Vielzahl von Landschaften und politischen Einheiten zusammen. Udo Robé gelangt zur Feststellung, durchgehendes Kennzeichen kulturellen Empfindens, historischer Erinnerung, gesellschaftlicher Struktur und politischer Tätigkeit im geographischen Raum der sieben Bezirke des Oberlandes sei das einer umfassenden Uneinheitlichkeit<sup>282</sup>. Auch im demographischen Bereich treten innerhalb dieses Landesteils die stärksten Kontraste hervor: Während das Oberhasli von allen Bezirken bis 1850 das grösste Bevölkerungswachstum ausweist, ist das Saanenland trotz ähnlicher politischer und ökotypischer Randbedingungen nicht weit von einem Nullwachstum entfernt. Im Amt Saanen öffnet sich die Schere

zwischen Geburten und Sterbefällen acht Jahrzehnte später als im Gesamtkanton. Das annähernde Nullwachstum wurzelte in einer geringeren Natalität, kleineren Geburtenüberschüssen und einer starken saisonalen und temporären Migration arbeitssuchender Unterschichten, die häufig in dauerhafte Abwanderung überging. Absolut verlor das Saanenland zwischen 1764 und 1846 mehr als doppelt so viele Menschen wie der von den naturräumlichen und politischen Rahmenbedingungen her vergleichbare Bezirk Oberhasli. Dahinter verbergen sich tiefgreifende Unterschiede im Grad der marktwirtschaftlichen Durchdringung: Zeitgenössische Beobachter wie Karl Viktor von Bonstetten wiesen darauf hin, dass die Kommerzialisierung des Bodens und der Übergang zur kapitalistischen Alpwirtschaft im 18. Jahrhundert zahlreichen Existenzen im buchstäblichen Sinne des Wortes den Boden entzog und sie zur Abwanderung zwang<sup>283</sup> (vgl. 4.1.2).

Im gesamten Oberland lag die durchschnittliche Wachstumsrate in der Frühen Neuzeit (6,6 Promille) höher als jene des Mittellandes (5,2 Promille)<sup>284</sup>. Innerhalb der Periode 1764–1798 war die Wanderungsbilanz annähernd ausgeglichen, und es ist zu vermuten, dass dies auch für die vorangehenden Jahrhunderte gilt. Diese Ergebnisse widersprechen dem gängigen Klischee, wonach Berggebiete als Folge der kargen naturräumlichen Bedingungen und von chronischen hohen Geburtenüberschüssen auf ständige Abwanderung angewiesen waren und den Tiefländern im wesentlichen als «*fabriques d'hommes*» (Braudel) dienten. Pier Paolo Viazza hat in seiner breit abgestützten komparativen Untersuchung regionaler Bevölkerungsweisen im Alpenraum mit überzeugenden Argumenten bestritten, dass der Abwanderung die Funktion eines demographischen Sicherheitsventils zukam. Anhand zahlreicher Beispiele wies er nach, dass auch die Bergbewohner über vielfältige, den regionalen Gegebenheiten angepasste Strategien zur Regulation ihrer Bevölkerung verfügten, die sich nicht in einem einzigen Idealtyp zusammenfassen lassen<sup>285</sup>.

Erst von 1798 an überwog die Abwanderung. Von 1850 an wechselten Phasen von schwacher Wanderungsaktivität mit kräftigen Abwanderungsschüben in den agrarischen Krisen (1850–1856, 1880–88). Sie führten zu einem guten Teil nach den Vereinigten Staaten und in andere Kantone. Die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen im Tourismus in der «*Belle Epoque*» (1888–1910) dämpfte die Abwanderung, dafür trat der Rückschlag im Ersten Weltkrieg deutlicher in Erscheinung. In den 1930er Jahren wies das Oberland wie nach 1980 vorübergehend Wanderungsgewinne aus.

In agrarischen Gesellschaften konnte sich jener recht ansehnliche Teil der Bevölkerung, der über keinen Grundbesitz verfügte, nicht dauerhaft an einen Wohnsitz binden. Auf der Suche nach neuen Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten wechselten schon im 18. Jahrhundert viele Menschen ihren Wohnort in Abständen von wenigen Jahren. Diese Mikro-Mobilität hat Benedikt Bietenhard für die Kirchgemeinde Langnau auf Grund einer besonders guten Quellenlage – 1751, 1757 und 1763 wurde ein Haushaltregister aufgenommen – nachweisen können: Innerhalb dieser zwölf Jahre verliess mehr als die Hälfte aller Haushalte in Langnau ihren anfänglichen Standort. Hinter diesem Wechsel stehen als Ursachen entweder die Auflösung des Haushaltes durch den Tod beider Hauseltern, Abwanderung oder Umzug innerhalb der Gemeinde<sup>286</sup>.

### 3.3.4.3 Der starke Magnet: Die Stadt Bern<sup>287</sup>

Zwischen 1760 und 1860 verlaufen die Bevölkerungskurven der Stadt Bern und des Kantons weitgehend parallel. Stets wohnten etwa 7% der Berner in der Hauptstadt. Geburten und Sterbefälle hielten sich bis 1875 die Waage. Die für das Wachstum der Stadt massgebende Zuwanderung vom Lande blieb eng an die Entwicklung der Konjunktur gebunden. Stets konnten die Zuwandernden vom Arbeitsmarkt absorbiert werden. Im Unterschied zu anderen europäischen Städten und heutigen Dritt-weltmetropolen kannte Bern keine eigentlichen Slums. Wo liegen die Gründe? Mit dieser Fragestellung untersuchte Christian Lüthi stichprobenweise die berufs-, geschlechts- und altersspezifische Zusammensetzung der Zuwanderung anhand von Beständen der städtischen Einwohnerkontrolle für die Jahre 1846 und 1896. Er leuchtete anhand von Stelleninseraten die Nachfragestruktur des Arbeitsmarktes aus und ging anhand von Akten des Amtsgerichts der Vollzugspraxis der geltenden Niederlassungsgesetzgebung nach.

Die Bevölkerung Berns setzte sich bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, wie es in Mitteleuropa üblich war, aus einer sesshaften und einer mobilen Gruppe zusammen. Diese beiden Gruppen unterschieden sich im Altersaufbau und im Geschlechtsverhältnis, indem in der mobilen Gruppe die 20- bis 35jährigen und unter diesen die Frauen deutlich überwogen<sup>288</sup> (Fig. 3.24.). Die Zahl der Zuwandernden nahm – wie in den Dörfern<sup>289</sup> – mit zunehmender Distanz zum Zentrum ab. Es handelte sich hauptsächlich um Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 15 bis 30 Jahren<sup>290</sup>. Das berufliche Spektrum entsprach der breiten Palette von Branchen und

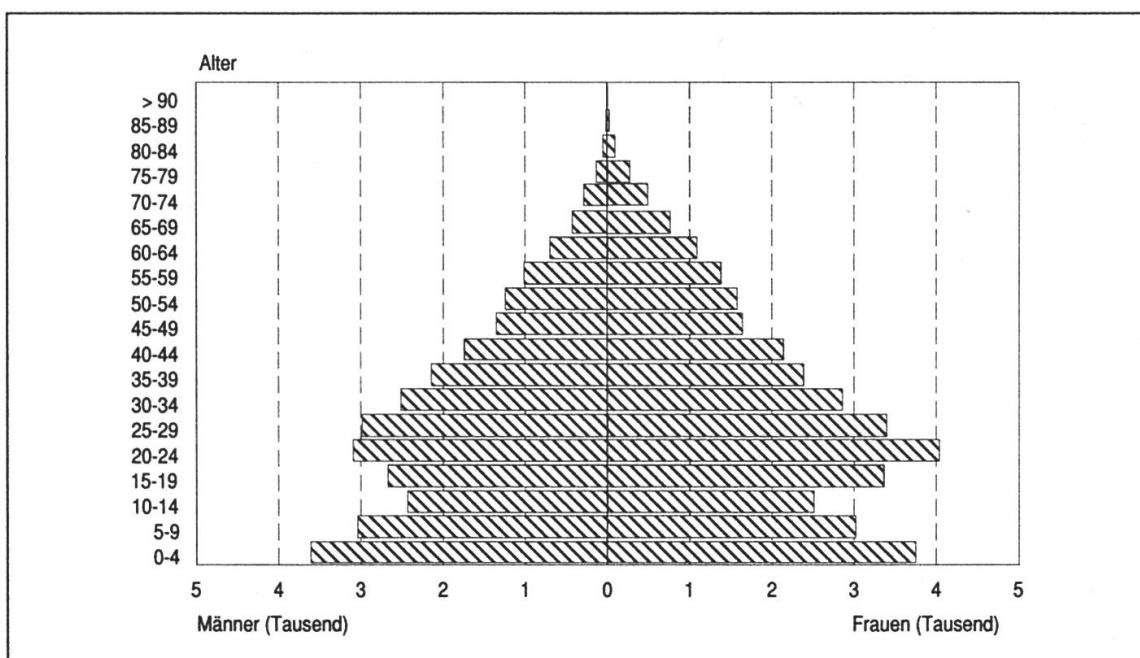


Fig. 3.24. Altersaufbau der Stadt Bern um 1900

Der sesshaften Bevölkerung der Stadt überlagerte sich eine mobile Gruppe von unverheirateten und schlecht qualifizierten 20- bis 35jährigen, in der Dienstbotinnen und Bauhandlanger besonders stark vertreten waren. (Quelle: Lüthi 1994:439)

Arbeitsplätzen in der städtischen Wirtschaft. Es lassen sich drei Gruppen unterscheiden: Handwerksgesellen aus Städten in mittleren und fernen Distanzen liessen sich für einige Monate nieder. Dienstbotinnen aus den Gemeinden des Umlandes wurden üblicherweise für ein Jahr als Köchinnen, Kammermädchen, Wäscherinnen, Näherinnen, Schneiderinnen, Ladentöchter, Serviertöchter und «Mädchen für alles» eingestellt<sup>291</sup>. Dazu kamen nach der Eröffnung des Gotthardtunnels italienische Bauhandlanger als Saisoniers. Dies führte zu Spannungen mit einheimischen Arbeitern, die sich 1893 im Käfigturmkravall entluden<sup>292</sup>.

Die meisten Zuwandernden kamen aus den nördlich und östlich angrenzenden Kantonen. Bei der Wegwanderung überwogen Destinationen im Westen. Bern war damit Durchgangsstation zur Romandie. Herkunftsrichtung und berufliche Zusammensetzung der Zu- und Abwanderung veränderten sich zwischen 1846 und 1896 trotz des Anschlusses ans Eisenbahnnetz bemerkenswert wenig, ausser dass Dienstleistungsberufe an Bedeutung gewannen.

Das Wanderungsvolumen schwoll im Verlaufe der Jahre an; die Wanderungsrate fluktuierte zwischen 25 und 35 Promille (vgl. Fig. 3.25.). Das Ansteigen der Bevölkerungskurve war nur die Spitze eines Eisbergs von Wanderungsbewegungen. Ein Beispiel: Um einen Wanderungsgewinn von 803 Personen zu erzielen, bedurfte es im Jahre 1900 eines Wanderungsvolumens von über 20 000 Personen. Im Unterschied zu Zürich liessen sich kaum Zuwandernde in den umliegenden Gemeinden nieder. Diese verzeichneten in der Regel sogar Abwanderungsverluste.

Bis zur Periode der Hochkonjunktur vor dem Ersten Weltkrieg konnte der Arbeitsmarkt längst nicht alle Arbeitsuchenden aufnehmen, die in die Stadt drängten. Seit dem Ende des 17. Jahrhunderts war die Niederlassung von der Bewilligung des Rates abhängig. Zu- und Abwanderungswillige wurden durch Einzugsgebühren,

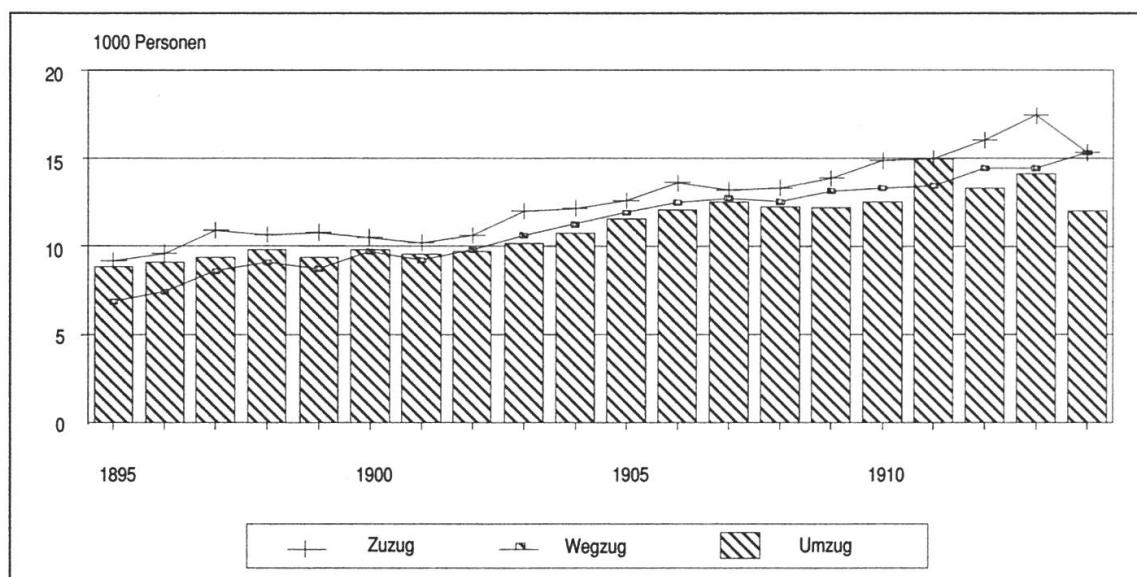


Fig. 3.25. Wanderungsvolumen der Stadt Bern 1895–1914

Der Verstädterungsprozess war keine «Einbahnstrasse der Land-Stadt-Wanderung», sondern ein Fluktuieren mobiler Bevölkerungsmassen, das der Anpassung an den ökonomischen und sozialen Wandel diente<sup>293</sup>. (Quelle: Lüthi 1994:36)

Hintersässengelder und Wegweisung abgeschreckt<sup>294</sup>. Als Zentrum des Kantons strahlte die Stadt seit jeher eine grosse Attraktivität auf die ländliche Bevölkerung aus, die Beschäftigungsmöglichkeiten stiessen jedoch rasch an Grenzen. Deshalb versuchten die städtischen Behörden im 19. Jahrhundert, den Zustrom von Angehörigen der Unterschichten mit der Regelschraube der Niederlassungskontrolle den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes anzupassen. Aus Angst vor der Masse, vor politischem Aufruhr und vor den unberechenbaren spontanen Zusammenläufen der «classes dangereuses» wurde in der Hauptstadt ein starkes und zuverlässiges Landjägerkorps stationiert, während man die Landgebiete von Polizeikräften entblößte<sup>295</sup>. Dass diese Furcht nicht unbegründet war, erwiesen der Äpfelkrawall im Herbst 1846 und die 1848 in Europa ausbrechenden Revolutionen.

1847 ersetzte Bern als erster Kanton die heimatliche durch die wohnörtliche Armenpflege. Das heisst: Zur Unterstützung verpflichtet war nicht mehr der Heimat- oder Bürgerort, sondern die Einwohnergemeinde, in welcher diese Armen ihren Wohnsitz hatten. Die Bestimmung wurde 1857 ins neue Armengesetz übernommen. Neuzuzüger mussten jedoch nur unterstützt werden, wenn sie seit mindestens zwei Jahren auf dem Gebiet der betreffenden Gemeinde wohnhaft gewesen und während dieser Zeit nicht armengenössig geworden waren. Andernfalls konnte die neue auf die frühere Wohnsitzgemeinde zurückgreifen. Streitigkeiten über diese Bestimmung wurden auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen. In der Stadt Bern glaubte man – im Lichte der Statistik durchaus zu Unrecht –, einen unverhältnismässig hohen Anteil an der Armenlast des Kantons tragen zu müssen, und befürchtete, zum

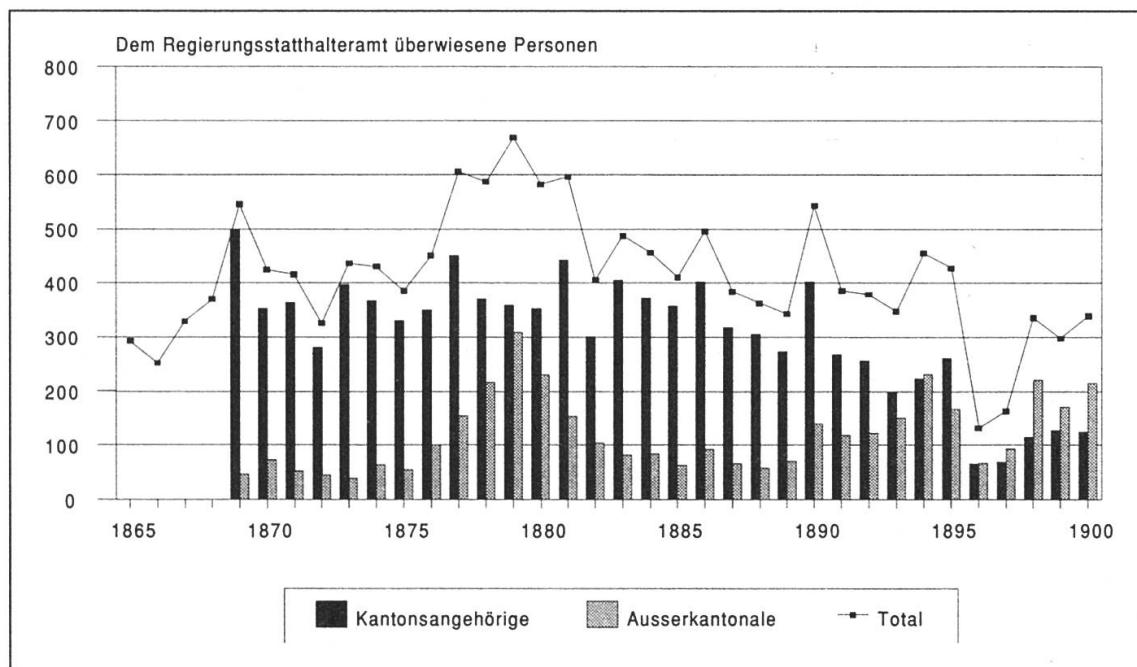


Fig. 3.26. Anzeigen wegen Bettelei und Herumstreichens in der Stadt Bern 1865–1900

Das Herumziehen ohne Nachweis eines Erwerbs sowie der Bettel waren strafbar. Quartieraufseher und Armenpflegende spürten den mobilen Unterschichten nach. Der Strom der Bettelnden schwoll in Zeiten schlechter Wirtschaftslage (1878–1883) an und ging in der Hochkonjunktur nach 1890 deutlich zurück. (Quelle: Lüthi 1994:103)

Sammelbecken «arbeitsscheuer» Elemente zu werden<sup>296</sup>. Nach 1858 registrierte die städtische Personenpolizei Zu- und Wegzüger und stellte die für die rechtsgültige Niederlassung benötigten Bewilligungen aus. Die Vermieter von Wohnungen wurden aufgefordert, den Zuzug von Personen zu melden, die für die Armenkasse der Gemeinde ein Risiko darstellten. Die mobilen Unterschichten wurden von den Quartieraufsehern und einem dichten Netz von Armenpflegenden überwacht, welche für die genaue Personenkenntnis eines Quartiers bzw. eines Strassenabschnitts zuständig waren.

Wer sich ohne Bewilligung in der Stadt aufhielt, konnte durch das Amtsgericht wegen Bettel und Vagantität bestraft werden. Das Armenpolizeigesetz von 1858 bezeichnete «Landstreicherei» oder «Vagantität» als das «subsistenzlose Herumziehen von Personen von Ort zu Ort ohne Ausweise über ehrliche Erwerbszwecke»<sup>297</sup>. Dass dieses «Delikt» strafbar war, erfuhr beispielsweise die 49jährige Marianna Süss aus Rüeggisberg. Sie wurde auf der Suche nach Arbeit mehrmals weggewiesen und schliesslich von einem Landjäger wegen «Ärgernis erregenden Betragens» angezeigt, worauf sie das Amtsgericht zu einer Busse von 20 Franken und zu 20 Tagen halbverschärfter Gefangenschaft verurteilte.

Bei wachsenden Unterstütztenzahlen gelang es den Verantwortlichen – nach 1851 dem freiwilligen Armenverein<sup>298</sup>, nach 1868 der Armenpflege der Einwohnergemeinde –, die Kosten dadurch zu senken, dass einerseits mehr Erwachsene in privaten und staatlichen Armenanstalten versorgt und andererseits mehr Kinder in die kostengünstige Verkostgeldung zu Bauern auf das Land gegeben wurden. Das freisinnig regierte Bern der 1880er Jahre schuf dann auf Druck der Arbeiterbewegung ein städtisches Arbeitsamt und eine freiwillige Arbeitslosenkasse und leitete damit eine partielle Umorientierung vom Prinzip des individuellen Verschuldens zum Kausalprinzip ein<sup>299</sup>. Als das Arbeitskräfteangebot aus dem Kanton in der Phase der Hochkonjunktur den Bedürfnissen des städtischen Arbeitsmarktes nicht mehr zu genügen vermochte, wurden die Zulassungsbarrieren 1897 schliesslich ganz aufgehoben. Von den 1890er Jahren an strömten vor allem junge Leute in die Stadt, die sich unter den günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen eine Familiengründung leisten konnten, so dass das Wachstum in zunehmendem Masse durch Geburtenüberschüsse mitgetragen wurde.

Abschliessend seien einige Überlegungen zur ökonomischen und sozialen Logik der Abschiebungspraxis angestellt: Unter den Bedingungen des «solaren» Wirtschaftssystems hatten die Arbeitslosen in ihren Heimatdörfern einen wesentlich höheren ökonomischen Wert als in einer städtischen Wirtschaft. In den grossen Werken, besonders bei der Heu- und Getreideernte, fehlte es in der traditionalen Landwirtschaft immer an Händen, so dass der Arbeitsmarkt auch unter den Bedingungen struktureller Arbeitslosigkeit vorübergehend austrocknete. Konnten die Ernten nicht rechtzeitig eingebracht werden, waren die Verluste an ökonomisch nutzbarer Biomasse beträchtlich<sup>300</sup>. Dazu kam das Element der sozialen Kontrolle: Angehörige der Unterschichten liessen sich in ihren Heimatdörfern, wo sie allen Menschen bekannt waren, weit leichter überwachen als in der Anonymität einer Stadt. Und in Krisenzeiten konnten diese Menschen auf Grund des dezentralen Nahrungsangebots auf dem Lande auch kostengünstiger

über die Runden gebracht werden. Diese Rahmenbedingungen änderten sich in der zweiten Jahrhunderthälfte: Das Versorgungsproblem bei Missernten löste sich mit dem Aufkommen der Eisenbahn, und mit der Verbreitung der weichen Mechanisierung in der Landwirtschaft war ein strukturell unterbeschäftigte Arbeitspotential zur Bewältigung der Arbeitsspitzen nicht mehr im früheren Umfange nötig. Schliesslich konnten in der langen Phase der Hochkonjunktur vor dem Ersten Weltkrieg die aus ländlichen Gebieten hereindrängenden Unterschichten besser vom Arbeitsmarkt absorbiert werden. Unter diesen Umständen erschien eine Aufrechterhaltung der Migrationsbarrieren nicht länger sinnvoll.

### *3.4 Zusammenfassung und Fazit*

Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts sind in Europa hinsichtlich des Bevölkerungsverhaltens drei säkulare Trends festzustellen. Erstens sind Geburten- und Sterbeziffern ausgehend von hohen, in annäherndem Gleichgewicht stehenden Werten im Verlaufe des Prozesses der demographischen Transformation stark zurückgegangen: sie haben sich dabei verstetigt und so stark angenähert, dass sich ein neues Quasi-Nullwachstums-Gleichgewicht auf tiefem Niveau eingependelt zu haben scheint. Zweitens sind im Verlaufe dieses Prozesses lokal und regional unterschiedliche Bevölkerungsweisen nivelliert, verschliffen und gleichgeschaltet worden. Drittens sind die Wanderungsbewegungen, die ursprünglich nur den Ausgleich von demographisch-ökonomischen Ungleichgewichten herstellten, zur wesentlichsten Komponente des demographischen Geschehens geworden. Dies gilt auch in qualitativer Hinsicht, denn sie trugen den langwierigen Umstellungsprozess von vorwiegend dörflich-agrarisch-kleingewerblichen zu städtisch-industriell geprägten Produktions-, Gesellschafts- und Lebensformen<sup>301</sup>. Alle drei Trends können nicht mit einer unilinearen Entwicklung gleichgesetzt werden; sie verliefen sozial und räumlich differenziert und wurden zeitweise von gegenläufigen Bewegungen durchkreuzt.

#### *3.4.1 Überlegungen zu den Triebkräften des demographischen Übergangs*

Im folgenden soll zunächst herausgestellt werden, inwieweit die Entwicklung im Kanton Bern dem idealtypischen Verlauf des Übergangs folgt, wie ihn die Theorie zeichnet und wie sich die bekannten Erklärungen mit den vorliegenden Ergebnissen vereinbaren lassen. Bei der «Theorie» des Übergangs handelt es sich um ein nach dem Zweiten Weltkrieg von nordamerikanischen Demographen entwickeltes Konzept, das nirgends in allgemein anerkannter Form niedergelegt ist. Im Kern enthält es eine idealtypische Beschreibung des historischen Vorgangs in den westlichen Industrieländern und eine Erklärung dieses Wandels, wobei die Zusammenhänge zwischen der demographischen und der sozioökonomischen Entwicklung im Vordergrund stehen. Als treibende Kraft des demographischen Übergangs gilt die «Modernisierung», als deren wichtigste Elemente Industrialisierung und Urbanisierung begriffen werden. Die Fruchtbarkeitssenkung wird als Anpassung an verän-

derte sozioökonomische Verhältnisse interpretiert. Ihr Verlauf ist für die Periode nach 1850 durch ein europaweites Datenfundament belegt.

Empirisch schwächer abgestützt sind die Aussagen zur vorangehenden vor- und frühtransformativen Phase. Ursprünglich wurde angenommen, dass die Fruchtbarkeit in dieser Phase auf einem «natürlichen» hohen Niveau verharrte und dass die Senkung der Sterblichkeit als Folge der «Medizinischen Revolution» (um 1800) das Bevölkerungswachstum einleitete<sup>302</sup>. Später wurde angenommen, dass die Sterblichkeit schon im 18. Jahrhundert zu sinken begann. François de Capitani fasste vor einem guten Jahrzehnt den Forschungsstand in der Schweiz wie folgt zusammen: «Die Geburtenrate blieb im 18. Jahrhundert trotz leichtem Geburtenrückgang hoch. Die Sterblichkeit hingegen nahm rasch ab. Diese ungleichzeitige Entwicklung erklärt die Bevölkerungsexplosion im 18. Jahrhundert»<sup>303</sup>. Dagegen argumentierte die Protoindustrialisierungsforschung, dass das Bevölkerungswachstum in Heimindustriegebieten habe nicht auf sinkender Sterblichkeit, sondern auf zunehmender Fruchtbarkeit beruht, weil die Familiengründung nicht mehr an eine «Stelle» gebunden war und die vielfältige Verwendung der kindlichen Arbeitskraft im heimindustriellen Produktionsprozess einen Anreiz zur Zeugung von Nachwuchs lieferete<sup>304</sup>. Einen wesentlichen Schritt stellte der Befund Nettings dar, wonach im weitgehend autarken Walliser Bergdorf Törbel das Bevölkerungswachstum durch einen Anstieg der innerehelichen Fruchtbarkeit eingeleitet worden war<sup>305</sup>. Mehrere Familienrekonstitutionen im deutschsprachigen Raum haben zu ähnlichen Ergebnissen geführt<sup>306</sup>. Netting vermutete als Ursache des Fruchtbarkeitsanstiegs die Einführung der Kartoffel, obschon ein solcher Zusammenhang bisher physiologisch nicht nachgewiesen werden konnte. Die vorliegende Untersuchung für den Kanton Bern stimmt mit dem Befund Nettings weitgehend überein. Vorreiter der neuen Bevölkerungsweise war dort der Bezirk Oberhasli, der von seinem Sozialprofil und seinem Ökotyp her dem Walliser Dorf Törbel relativ ähnlich ist. Der Fruchtbarkeitsanstieg begann im Oberhasli schon im frühen 18. Jahrhundert, ungefähr zeitgleich mit der Einführung der Kartoffel. In der zweiten Jahrhunderthälfte setzte sich das fruchtbarkeitsgesteuerte Wachstumsmuster in weiten Teilen des Kantons durch. Dies bestätigt die Ansicht Ulrich Pfisters, wonach die steigende Fruchtbarkeit, nicht die sinkende Sterblichkeit, in weiten Gebieten der Schweiz im 18. Jahrhundert als Motor des Bevölkerungswachstums wirkte und dass dieses nicht durch protoindustrielle Mechanismen gesteuert wurde. Zugleich stellt das vorliegende Ergebnis den Zusammenhang zwischen ökonomischer und demographischer Modernisierung in seiner Allgemeingültigkeit in Frage. Statt dessen bieten sich ökologisch-physiologische Ansätze zur Erklärung an, die mit der Einführung der Kartoffel argumentieren; doch hat die Forschung auf diesem Gebiet noch erhebliche Anstrengungen zu leisten.

Zwischen dem ausgehenden 18. und dem späten 19. Jahrhundert bildete sich die Sterblichkeit im Gesamtkanton von 30 auf 22 Promille zurück. Für die in diesem Zeitraum gesamteuropäisch nachweisbare Sterblichkeitssenkung werden unterschiedliche Erklärungen angeboten, die alle im Spannungsfeld von Belastung und Belastbarkeit anzusiedeln sind. Plakativ ausgedrückt postulierten sie entweder, dass sich die Belastbarkeit der Gesellschaft für epidemiologische oder klimatische

Störfälle verbesserte oder dass solche Belastungsproben weniger hart ausfielen und (oder) weniger häufig auftraten.

Die ersten Vertreter der Transformationstheorie nahmen an, dass die Senkung der Sterblichkeit durch eine «medizinische Revolution» um 1800 eingeleitet wurde. Dies stimmt mit den Daten aus dem Kanton Bern nicht überein. Falls ärztliche Kunst vor dem späten 19. Jahrhundert tatsächlich zur Verlängerung der Lebenserwartung beigetragen hat, müsste ein Zusammenhang zwischen der Ärztedichte und dem Niveau der Mortalität festgestellt werden können. Dies ist nicht der Fall. Einmal hat sich die Zahl der Ärzte pro 1000 Einwohner vor 1880 kaum verändert (Fig. 3.27.). Zudem massierten sich die Ärzte in den Städten, während arme Landgebiete eigentliche Ärztewüsten darstellten. Andererseits darf nicht übersehen werden, dass die medizinische Forschung mit der Schutzpockenimpfung ein wirksames Mittel zur Reduktion der Kindersterblichkeit entwickelt hatte. Die Impfung wurde vom Staat Bern zwischen 1820 und 1835 propagiert. Es ist die Zeit, in die auch das bedeutsame vorübergehende Absinken der Kinder- und Säuglingssterblichkeit fällt. Nur: Die Pocken scheinen für die Kindersterblichkeit im Kanton Bern nicht besonders stark ins Gewicht gefallen zu sein, so dass die Unterdrückung der Seuche eher die Lebensqualität (Pockennarben!) verbesserte, als dass sie Leben rettete. Sicher ist das letzte Wort in dieser Sache noch nicht gesprochen. Vielleicht war nicht so sehr die Qualität der medizinischen Versorgung entscheidend, sondern vielmehr die Art und Weise, wie sie die geltenden Wertmuster der ländlichen Gesellschaft veränderte<sup>307</sup>.

Die Ernährung, die McKeown als ausschlaggebend betrachtet<sup>308</sup>, hat sich zwischen 1750 und 1850 durch die Einführung der Kartoffel und den vermehrten Konsum von Milch verbessert. Eine Ernährung mit Milch, Getreide und Kartoffeln gilt nach heutigen Gesichtspunkten als qualitativ hochwertig und ausgeglichen. Nur: Die Verbreitung der Kartoffel fällt zur Hauptsache ins 18. Jahrhundert, in welchem keine nennenswerte Senkung der Sterblichkeit festgestellt werden kann. Und obschon

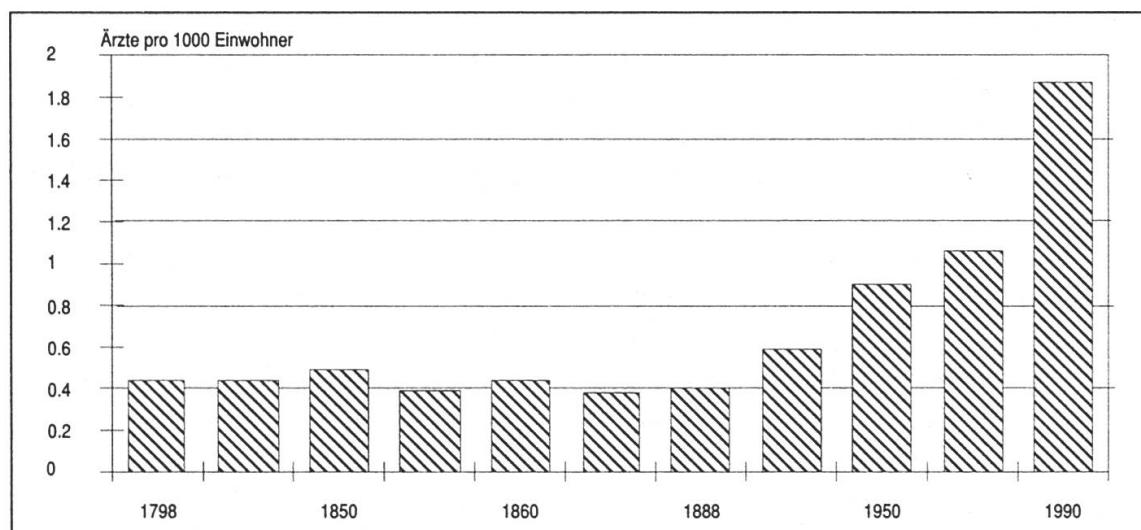


Fig. 3.27. Ärzte pro 1000 Einwohner 1798–1990

Die Sterblichkeit aller Altersklassen mit Ausnahme der Säuglinge ging zwischen 1820 und 1880 stark zurück, ohne dass die Zahl der Ärzte pro 1000 Einwohner anstieg. (Quelle: Staatsverwaltungsberichte)

die Milch-Getreide-Kartoffel-Ernährung im Oberland und im Emmental schon im 18. Jahrhundert verbreitet war, lag dort die Lebenserwartung nicht höher als in den übrigen Landesteilen. Gegen die These McKeowns kann schliesslich ins Feld geführt werden, dass die Unterschichten, die sich mehr schlecht als recht ernähren konnten und den Epidemien am meisten ausgesetzt waren, zwischen dem 18. und der Mitte des 19. Jahrhunderts ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung deutlich steigerten.

Wirkungen gewollter und Nebenwirkungen ungewollter Eingriffe in die Umwelt: Die Gesellschaft griff von der Mitte des 18. Jahrhunderts an häufiger und tiefgreifender in die Umwelt ein und veränderte damit das komplexe Kräftefeld zwischen dem Menschen und seinen Krankheitserregern. Manche dieser Eingriffe – namentlich umwelthygienische Massnahmen wie die Stigmatisierung von Kot, Schmutz, Gestank und stehenden Gewässern – mögen über Veränderungen von Verhaltensmustern unmittelbar zur Unterbindung von Epidemien beigetragen haben. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts entwarfen Naturwissenschaftler und Ärzte – in Bern ist namentlich Adolf Vogt zu erwähnen – neue Leitbilder des Hygieneverhaltens. Eine breitere Schicht von praktischen Sozialreformern, Organisationen wie die Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege und die Frauenvereine wirkten als propagandistische Verstärker, trugen die neue Sauberkeitsethik in die Familien hinein und sorgten für die rasche Verbreitung von Erkenntnissen der medizinischen Forschung<sup>309</sup>. Unter den ungewollten Nebenwirkungen von Eingriffen in die Umwelt ist für das frühe 19. Jahrhundert die Einleitung der häuslichen Abwässer in die neuerstellten Jauchegruben als Massnahme zum Recycling von Düngestoffen zu erwähnen. Sie trug möglicherweise erheblich zur Eindämmung von infektiösen Magen-Darm-Krankheiten wie der Ruhr bei. In der zweiten Jahrhunderthälfte trieb die Hygienebewegung die Sanierung der Trinkwasserversorgung der Städte voran.

Exogene Einflüsse: Eine Forschergruppe, zu der der Genfer Alfred Perrenoud gehört, hat die Meinung vertreten, dass der Rückgang der Sterblichkeit möglicherweise auf eine verminderte Virulenz von Epidemien zurückgeht. Dies ist auf Grund der heute verfügbaren Evidenz nicht zu verifizieren. Dagegen sind Fälle bekannt, in denen eine besonders virulente Spielart eines Erregers eine ungewöhnlich hohe Zahl von Opfern forderte. Zu erwähnen ist in weltgeschichtlicher Perspektive das Beispiel der «Spanischen Grippe» von 1918, im bernischen Kontext jenes der mörderischen Ruhrepidemie von 1750. Unter den exogenen Einflüssen werden ausserdem Variationen des Klimas aufgeführt. Soweit von Gebieten im Inneren des Kontinents die Rede ist, ist dies für die Zeit vor der Mitte des 18. Jahrhunderts zweifellos zutreffend. Bestimmte Witterungskonstellationen, vor allem Abfolgen von verregneten Ernteperioden und kalten Frühjahrsperioden, führten zu Versorgungssengpässen, die oft den Charakter von Hungerkrisen annahmen und in gewissen Abschnitten der «Kleinen Eiszeit» gehäuft auftraten. Mit Blick auf den Kanton Bern ist dabei zuletzt an die Siebenjährige Teuerung von 1688 bis 1694 zu denken, die das demographische Geschehen langfristig prägte. Von der Mitte des 18. Jahrhunderts an liess die krisenträchtige Kraft solcher Ereignisse deutlich nach.

Inwiefern Veränderungen der klimatischen Bedingungen für die Häufigkeit von Epidemien von Bedeutung waren, müsste krankheitsspezifisch untersucht werden.

Für die Rote Ruhr, die im Kanton Bern demographisch am schwersten ins Gewicht fiel, ist der Befund negativ: Heisse Sommer, die den Ausbruch von Epidemien begünstigten, waren im 19. nicht wesentlich seltener als im 18. Jahrhundert<sup>310</sup>.

Der abrupte Umschlag vom traditionalen, stark fluktuierenden zu einem «modernen», stetigeren, auf tieferem Niveau liegenden Sterblichkeitsmuster im Jahre 1820 hat ein neues demographisches Régime eingeleitet und die Bevölkerungsdynamik bis zur Jahrhundertmitte entscheidend geprägt. Der plötzliche Rückgang der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit liess eine Folge von 10–15 übergrossen Jahrgängen heranwachsen, die sich als Baby-Boom-Generation in Form eines Python-Effektes durch die Alterspyramide hindurch fortbewegten und von der Mitte der 1830er Jahre an den Arbeitsmarkt überschwemmten. Ökonomisch gesehen wurde dieser offensichtliche Überhang des Arbeitskräfteangebots durch die Massenauswanderung in der Krise der frühen 1850er Jahre abgebaut. Die Ursachen der Diskontinuität im Sterblichkeitsgeschehen von 1820 sind möglicherweise im klimatischen Bereich zu suchen, denkbar ist auch, dass (Neben-)Wirkungen der Pockenimpfung im Spiele waren. Fest steht, dass es in dieser Frage, ehe schlüssige Ergebnisse vorliegen, einer gemeinsamen Anstrengung der beteiligten Disziplinen, der historischen Klimaforschung, der Medizingeschichte und der historischen Demographie, bedarf. Offen bleibt, ob es je möglich sein wird, die vielfältigen, teils gegenläufigen Einflüsse in einer überzeugenden Weise zu gewichten.

### 3.4.2 Zur Einebnung regionaler Bevölkerungsweisen

Damit ist der zweite Punkt, die Einebnung regionaler Bevölkerungsweisen, angesprochen. Die Epidemien, deren Auftreten Rhythmus und Mass des Wachstums im Ancien Régime weitgehend bestimmten, schlugen meist kleinräumig zu und folgten in ihrer Verbreitung zufälligen, kaum durchschaubaren Eigengesetzlichkeiten. Eine herausragende Ausnahme bildet diesbezüglich die Rote Ruhr von 1750, die weite Gebiete des heutigen deutschen Kantonsteils, vornehmlich im Mittelland, schwer in Mitleidenschaft zog. Das Einsetzen des verstärkten Bevölkerungswachstums wurde in diesen Gebieten dadurch um zwei bis drei Jahrzehnte hinausgeschoben. In der Folge ist nicht mehr von einem angespannten Verhältnis zwischen Bevölkerung und Ressourcen auszugehen, wie es üblicherweise für das Ancien Régime vorausgesetzt wird. Dies dürfte mit ein gewichtiger Grund dafür sein, weshalb die aus weiten Gebieten Mitteleuropas bekannte Sterblichkeitskrise von 1770/71 im Unterschied zu benachbarten Gebieten wie dem Entlebuch und den Heimindustriegebieten der Nordostschweiz im Kanton Bern kaum in Erscheinung trat. Das zusätzliche Getreideangebot aus den obrigkeitlichen Kornspeichern, das Karl Wälchli als ausschlaggebend für die geringe Krisenempfindlichkeit in dieser Zeit betrachtet<sup>311</sup>, fällt demgegenüber weniger stark ins Gewicht.

Das rasche Wachstum in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts – Bern war hinter Basel-Stadt eidgenössischer Spitzensreiter – trug in Anbetracht der höheren Bevölkerungsdichte der benachbarten Kantone nachholenden Charakter<sup>312</sup>.

Den Wandel regionaler Bevölkerungsmuster in den letzten zweihundert Jahren veranschaulicht Fig. 3.28. Dargestellt ist der Verlauf von Fruchtbarkeit und

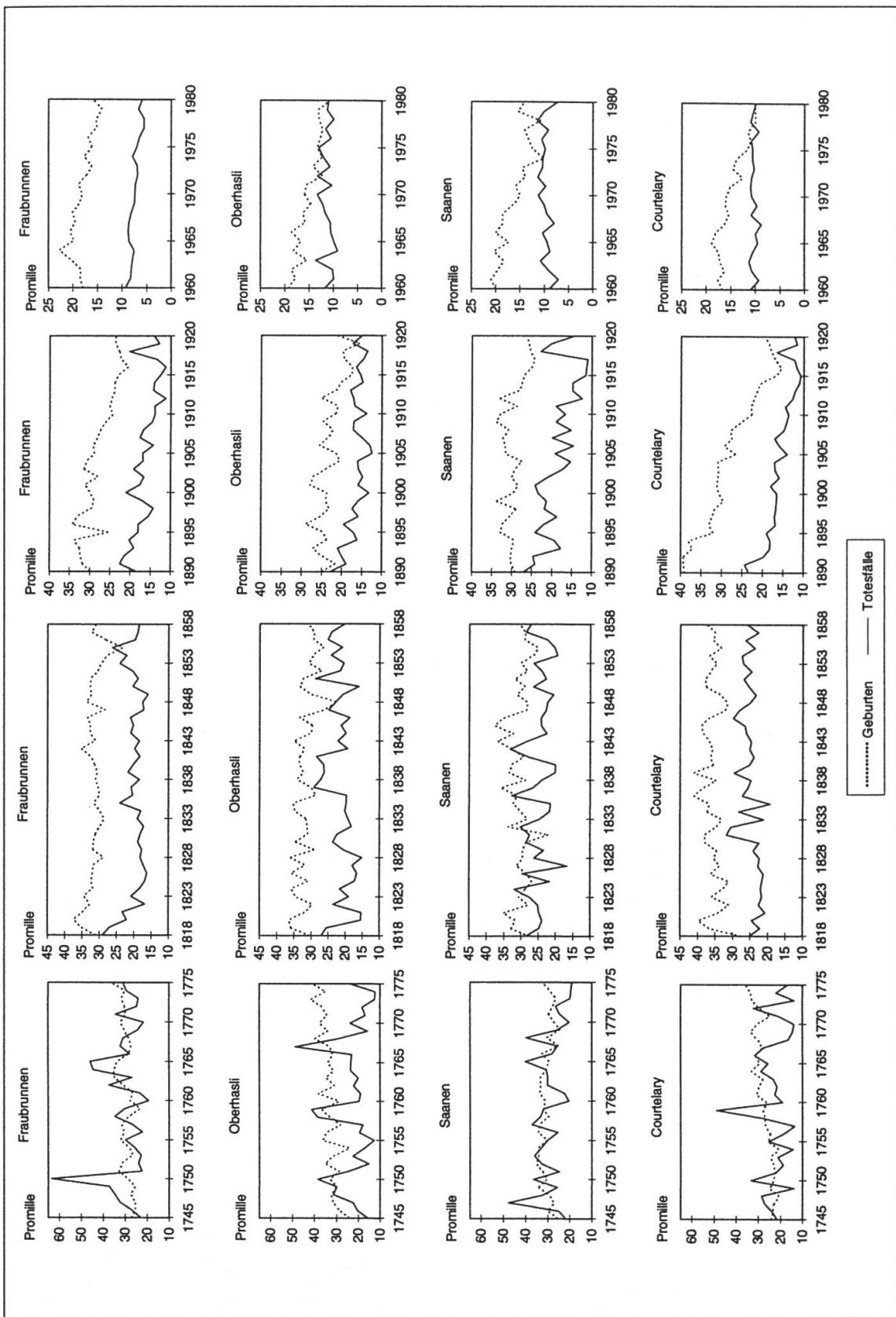


Fig. 3.28. Fruchtbarkeit und Sterblichkeit in charakteristischen Zeitabschnitten für vier Ökozonen  
 Im Verlaufe der Zeit haben sich Fruchtbarkeit und Sterblichkeit in ihrem Verlauf beruhigt, verstiegt und räumlich synchronisiert.

Sterblichkeit in charakteristischen Zeitabschnitten für vier unterschiedliche Öko-zonen: Alpine Gemischtwirtschaftszone (Oberhasli), Hirtenland (Saanen), Mittelland (Fraubrunnen) und Südjura (Courtelary). Im Abschnitt 1745–1775 prägen heftige, durch Epidemien bedingte Schwankungen der Sterblichkeit das Bild in allen Bezirken. Dabei tritt der Unterschied zwischen der Entwicklung im Amt Oberhasli (früher Übergang zu grossen Geburtenüberschüssen) und jener in Saanen (annäherndes Nullwachstum) deutlich hervor, der auf unterschiedlichen sozialen und mentalitätengeschichtlichen Voraussetzungen beruht. Im zweiten Abschnitt 1818–1858 sind die Epidemien unbedeutend geworden, die Trends bringen überwiegend das Verhältnis zwischen Bevölkerungswachstum und Nahrungsspielraum: Im Oberhasli spitzte sich die Situation bis zum Ausbruch der offenen Krise in der Jahrhundertmitte längerfristig zu. Im wohlhabenden Bezirk Fraubrunnen tritt das Krisensignal – die gegenläufige Fluktuation von Geburten und Sterbefällen – nur punktuell auf. Im frühindustrialisierten Bezirk Courtelary fehlt es völlig. Im dritten Abschnitt 1890–1920 verlieren sich die ökonomischen Einflüsse auf die Sterblichkeit durch die neuen Möglichkeiten von Transport und Verkehr (Nahrungsmittelzufuhr, Entlastung durch Ab- und Auswanderung). Dafür lassen sich im einsetzenden Rückgang der Fruchtbarkeit zeitliche Unterschiede zwischen «Zentren» und «Peripherien» erkennen, die unter anderem die verfrühte oder verzögerte Rezeption des bürgerlichen Familienideals zum Ausdruck bringen. Der Geburtenrückgang im vierten Abschnitt 1960–1980 («Pillenknick») setzt in allen Bezirken sozusagen gleichzeitig ein. Die Kurven bringen nur noch Unterschiede in der Altersstruktur, also ein rein demographisches Kriterium, zum Ausdruck.

Die beiden zentralen Veränderungen der traditionellen Bevölkerungsweise in der Periode nach 1850, der langfristige Rückgang der Säuglingssterblichkeit und die Verbreitung der Geburtenkontrolle, zeigen einen Verlauf, der mit den bisherigen Ergebnissen der Forschung übereinstimmt<sup>313</sup>. Dies gilt hinsichtlich des zeitlichen Verlaufs und der räumlichen Staffelung von gewerblich-städtischen Vorläufern und subalpinen Peripherien. Die entsprechenden Verlaufsmuster sind weit besser mit jenen von ähnlich strukturierten Bezirken in anderen Kantonen als mit unterschiedlich strukturierten Bezirken innerhalb des Kantons vergleichbar. Von daher drängt sich die Frage auf, inwieweit eine kantonale Betrachtungsweise für diesen Zeitraum überhaupt Sinn macht.

### 3.4.3 Die Veränderungen im Wanderungsgeschehen

Der langwierige Wandel von vorwiegend agrarisch-kleingewerblichen zu städtisch-industriell geprägten Produktions-, Gesellschafts- und Lebensformen ist nicht zuletzt von der verstärkten räumlichen Mobilisierung und Umschichtung der Bevölkerung getragen worden. Damit ist der dritte der drei säkularen Trends, die Migration, angesprochen. Im 18. Jahrhundert blieben die Wanderungsströme im Kanton Bern entsprechend dem gängigen Bild in der Literatur weitgehend auf den Nahbereich beschränkt, konfessionelle Barrieren wurden selten überschritten, wohl dagegen Sprachgrenzen. Die Berner wandten sich vor allem nach Westen (Neuenburg,

Waadt) und nach Norden in den Südjura. Die bernische Westwanderung ist in eine grossräumige, von Ost nach West durch das Mittelland fliessende Bevölkerungsbewegung einzuordnen, über die wir noch wenig wissen. Unter den Herkunftsgebieten standen die beiden Bezirke Signau und Trachselwald, die zusammen das Emmental im engeren Sinne ausmachen, bei weitem an erster Stelle. Sie waren zugleich auch die bedeutendsten Quellgebiete der innerkantonalen Binnenwanderung. Als wesentlichster Grund für die Wanderungsfreudigkeit der Emmentaler gilt die Erbsitte des Minorats, die den Jüngsten krass bevorteilte und seinen Geschwistern wenig Möglichkeiten bot, eine eigene Stelle in der Heimat zu erringen. Nicht zu dieser Situation passt der Befund, wonach der Bevölkerungsüberschuss als Folge eines tieferen Heiratsalters und etwas geringerer Sterblichkeit in den Emmentaler Bezirken am höchsten lag. Im Deutschen Reich war die Situation gerade umgekehrt. Dort lagen die Hauptauswanderungsgebiete in den Realteilungsgebieten im Südwesten, während die Bevölkerungsdynamik in den Anerbengebieten, wo die Verhältnisse ähnlich lagen wie im Emmental<sup>314</sup>, deutlich geringer war. Möglicherweise hatten die Menschen im Emmental das Wissen um Wanderungsmöglichkeiten und -ziele soweit internalisiert, dass sie bereits im Reproduktionsverhalten vorweggenommen wurden. Das Oberland wies bis 1700 unter allen bernischen Landesteilen die höchsten Wachstumsraten auf<sup>315</sup>, und die Wanderungsbilanz im Zeitraum 1764–1798 war trotz beträchtlicher Geburtenüberschüsse ausgeglichen. Dies deutet darauf hin, dass die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Oberlandes in der Frühen Neuzeit bisher unterschätzt worden ist. Dabei darf nicht übersehen werden, dass sich unter dem Deckmantel landesteilspezifischer Durchschnittswerte erstaunliche regionale Unterschiede verbergen. So verzeichnete das Oberhasli im Zeitraum 1764–1850 unter allen bernischen Bezirken die höchsten Wachstumsraten, während das Saanenland bei günstigeren naturräumlichen Voraussetzungen und einem fast ebenso beträchtlichen Grad an politischer Autonomie im Schlussrang aller Bezirke steht. Darauf wird noch einzugehen sein (Kap. 4).

Für den Gesamtkanton kann für das 18. Jahrhundert ein geringfügiger Abwanderungsverlust errechnet werden, was beim damaligen sprichwörtlichen Wohlstand der Berner nicht der ökonomischen Situation angelastet werden kann. Als ausschlaggebend müssen eher die politischen, rechtlichen und psychologischen Hindernisse betrachtet werden, die der Einwanderung seit längerer Zeit entgegenstanden. Als Anfang 1799 ein Gesetz des helvetischen Zentralstaates die freie Niederlassung verfügte, setzte eine Zuwanderung in die städtisch-gewerblichen Zentren ein, welche die Bevölkerungsverluste ländlicher Gebiete längerfristig übertraf. In der Restauration wurde eine neue, bedarfsoorientierte Migrationspolitik formuliert, die im Rahmen des 1819 geschlossenen Niederlassungskonkordats den Zuzug von gewerblichen Fachkräften begünstigte, an denen es im Kanton mangelte, während man die Einwanderung von unqualifizierten Arbeitskräften mit polizeilichen Methoden abzuwehren suchte. Die erwünschten Fachkräfte stammten meist aus benachbarten Deutschschweizer Kantonen und liessen sich mit Vorliebe in städtischen und gewerblichen Zentren nieder. Bis zur Krisenperiode in der Jahrhundertmitte blieb die Wanderungsbilanz des Kantons positiv.

Aus den Veränderungen der heimatrechtlichen Zugehörigkeit der Wohnbevölkerung lässt sich für die erste Jahrhunderthälfte eine bedeutende Zunahme der innerkantonalen Binnenwanderung ablesen. Sie vollzog sich im Rahmen eines heimatrechtlich legitimierten Systems der armenpolizeilichen Überwachung, das in der Traditionslinie des Ancien Régime den Zuzug in die Hauptstadt nach dem Bedarf an Arbeitskräften regelte. Es wurde auch nach dem Inkrafttreten der Bundesverfassung, selbst nach der Revision von 1874, ungeachtet der geltenden Niederlassungsfreiheit unter dem Deckmantel des Armenrechts und der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit beibehalten, bis sich mit der einsetzenden Hochkonjunktur in den 1890er Jahren die Arbeitsmarktsituation grundlegend wandelte.

Die Krisenperiode in der Jahrhundertmitte als Sattelzeit zwischen den beiden Strukturperioden der Agrargesellschaft und der Industriegesellschaft leitete eine Etappe intensivierter Binnenwanderung, Verstädterung und Marktintegration ein. Weil die voll ausgebauten Landwirtschaft zunehmend unter Wettbewerbs- und Rationalisierungsdruck geriet und mit dem städtischen Lohnniveau nicht mehr Schritt halten konnte, verloren agrarisch geprägte Gemeinden einen Grossteil ihres Geburtenüberschusses. In dieser Situation wurde der Kanton Bern mit seinem bedeutenden Agrarsektor längerfristig zum Abwanderungsgebiet und damit innerhalb der Schweiz zu einer Peripherie, wobei sich innerhalb des Kantons selber ein Wanderungsgefälle zwischen Zentren und Peripherien einstellte. Der Zug in die Städte war keine «Landflucht» im extremen Sinne. Nur in besonders strukturschwachen Gemeinden des höheren Mittellandes (Schwarzenburgerland, Oberes Emmental), des Juras und des Alpengebiets ging die Bevölkerung längerfristig zurück.

Der Abwanderung als Dauererscheinung überlagerten sich in den beiden Krisenperioden 1851–1855 und 1880–1884 die aus der Literatur bekannten Schübe der Auswanderung. Dabei ist für den Kanton Bern eine Gewichtung der ökonomisch bedingten «Push-Faktoren» im Herkunftsraum und der emotional wahrgenommenen Attraktivität des Ziellandes, den «Pull-Faktoren», problematisch. Es handelt sich vielmehr um einen Prozess der Wechselwirkung, der erst durch mündliche oder briefliche Rückmeldungen von Verwandten und Freunden sowie die Propaganda von Auswanderungsagenturen («Feedback») angestoßen und in Gang gesetzt wurde<sup>316</sup>. Dieser durch Rückmeldungen vermittelte Mobilisierungseffekt mag im Kanton Bern in den frühen 1850er Jahren besonders wirksam gewesen sein, weil die Angehörigen dieses Kantons um 1850 unter den bereits in den Vereinigten Staaten lebenden Schweizern deutlich übervertreten waren. Die gängige Praxis vieler Gemeinden, armen Burgerfamilien die Auswanderung nach Amerika zu finanzieren, um dadurch längerfristig ihr Sozialbudget zu entlasten, trug andererseits zur Verstärkung des «Push-Effektes» bei.

Beide Prozesse, Binnenwanderung und Auswanderung, trugen hinsichtlich ihrer berufs-, alters- und geschlechtsspezifischen Zusammensetzung selektiven Charakter und wirkten von daher auf eine Vertiefung der strukturellen Unterschiede zwischen Zentren und Peripherien hin. Die jungen Erwachsenen waren seit jeher am wandersfreudigsten gewesen, aber im Unterschied zur Situation in der Agrargesellschaft kehrte ein Grossteil von ihnen, vornehmlich die initiativen und aufstiegs-

orientierten, unter den Bedingungen der Industriegesellschaft nicht mehr ins Heimatdorf zurück. Strukturell kennzeichnend für die ländlichen Abwanderungsgebiete wurde dadurch ein überdurchschnittlicher Anteil von Alten, Frauen und Kindern, gepaart mit einem Mangel an ökonomischer Innovationskraft, was zu einer ungleichen Verteilung der sozialen Lasten und zu einer Verschärfung des ökonomischen Gefälles zwischen Zentren und Peripherien beitrug.

### 3.4.4 Handlungsspielräume und Widersprüche der Bevölkerungspolitik

Die am Beispiel des Kantons Bern gewonnenen bevölkerungsgeschichtlichen Ergebnisse geben Anlass, die Bedeutung der ökonomischen Bedingungen für das Wachstum traditionaler Bevölkerungen und den Stellenwert von bevölkerungspolitischen Massnahmen für die Sattelzeit von 1750 bis 1850 neu zu überdenken. Deutlich geworden ist zunächst, dass im Kanton Bern Fruchtbarkeit und Sterblichkeit nicht im Sinne einer Wechselwirkung mit den ökonomischen Bedingungen verknüpft waren. Wohl waren sie von grosser Bedeutung für die Ausgestaltung der ökonomischen und sozialen Beziehungen, aber diese wirkten ihrerseits kaum auf das natürliche Bevölkerungswachstum zurück. Strukturelle Faktoren wie die Unterschiede in der Landnutzung, das Fehlen bzw. Vorhandensein von protoindustriellen Erwerbsmöglichkeiten, eine kleinbäuerliche, grossbäuerliche oder egalitäre Sozialstruktur, ein tragfähiges oder schwaches soziales Sicherungsnetz, die in der Literatur als demographisch bedeutsam hervorgehoben werden, waren im Kanton Bern – von Sonderfällen wie den Bezirken Schwarzenburg oder Saanen abgesehen – in dieser Hinsicht von untergeordneter Bedeutung. Die entscheidenden Brems- und Wachstumsimpulse – die Ruhrepidemie von 1750, die Fruchtbarkeitssteigerung im 18. Jahrhundert, der mittelfristige Rückgang der (Säuglings-)Sterblichkeit nach 1820 – kamen vielmehr von «aussen». Ihr Ursprung ist am ehesten im physiologisch-biologischen Bereich zu suchen, handle es sich um eine besonders aggressive Mutante eines Erregers, wie im Falle der Ruhr, um die weiterhin erkläруngsbedürftigen physiologischen Wirkungen der Kartoffel auf die Fruchtbarkeit oder um mögliche subtile Veränderungen der klimatischen Bedingungen, allenfalls um indirekte Wirkungen der Pockenimpfung, wie im Falle des abrupten mittelfristigen Rückgangs der Säuglingssterblichkeit um 1820. Vor der Dynamik und Grössenordnung dieser neuartigen Einflüsse versagten die im alten demographischen System angelegten Ausgleichsmechanismen: Weder wurde der gewaltige Aderlass von 1750 durch ein Mehr an Geburten kompensiert, wie dies noch am Ende des 17. Jahrhunderts üblich gewesen wäre, noch wollte oder konnte man der steigenden innerhelichen Fruchtbarkeit im späten 18. Jahrhundert durch eine Beschränkung der Ehen wirksam entgegentreten. Völlig überfordert wurden die sozialen Instrumente der Bevölkerungskontrolle schliesslich von der 1820 durch den mittelfristigen Rückgang der Säuglingssterblichkeit entfesselten Wachstumsdynamik.

Bei der Beurteilung der Bevölkerungspolitik ist zunächst die Tatsache in Erinnerung zu rufen, dass die demographischen Prozesse, wie sie durch die Geschichtswissenschaft rückwirkend rekonstruiert werden, im Bewusstsein der

politischen Akteure nicht präsent sein konnten. Weder verfügten diese über die Datenbasis, um sich ein Bild der Entwicklung zu machen, noch waren sie theoretisch mit der Funktionsweise demographischer Systeme vertraut. Handlungsleitend war vielmehr das Ensemble von Eindrücken, das sich aus der Deutung von Beobachtungen und Informationen ergab, wobei Wahrnehmung und Argumentation stark durch Weltbilder, Interessenlagen, Befürchtungen und Ängste gesteuert wurden. Für den Beschluss zur Volkszählung von 1764 dürfte neben dem fühlbaren Mangel an Arbeitskräften als Spätfolge der Roten Ruhr die Anprangerung der angeblich fatalen demographischen Folgen des bernischen Solldienstwesens im bekannten Werk des preussischen Demographen Johann Peter Süssmilch (1763) den Ausschlag gegeben haben. Besonders weit gehen statistische Wirklichkeit und impressionistische Schilderungen bei der Beurteilung des Armenproblems im frühen 19. Jahrhundert auseinander<sup>317</sup>.

Kennzeichnend für die Zeit nach 1650 ist in Westeuropa eine eigenartige Ambivalenz bevölkerungspolitischer Massnahmen unter dem Einfluss merkantilistischer und populationistischer Ideen: Einerseits galt ein starkes Bevölkerungswachstum zur Aufrechterhaltung der militärischen und ökonomischen Machtposition des Staates gegen aussen als erstrebenswert, andererseits sollte im Interesse einer sozialen Stabilisierung im Innern das Verhältnis zwischen Besitzenden und Besitzlosen möglichst gewahrt bleiben. Eine Verbindung der beiden Positionen sucht Klaus Jürgen Matz mit der Feststellung, dass die Obrigkeit versuchten, das Wachstum der «nützlichen» Bevölkerung mit rechtlichen und politischen Massnahmen besser auf jenes der Wirtschaft abzustimmen<sup>318</sup>, ohne dass die Massnahmen im ökonomischen und demographischen Bereich jemals ganzheitlich betrachtet und aufeinander abgestimmt wurden.

In der langen Periode der demographischen Stagnation im 18. Jahrhundert wurden eine ganze Reihe von Anstrengungen und Massnahmen ergriffen, die sich in ähnlicher Form in anderen Kantonen und Staaten nachweisen lassen: die Durchführung von Volkszählungen, die Bekämpfung der epidemiebedingten Sterblichkeit durch Verbreitung therapeutischer und umwelthygienischer Handlungsanweisungen, ein konsequenteres Durchgreifen gegen Formen der vor- und nachgeburtlichen Geburtenkontrolle, die Gründung einer Hebammenschule (1778), Hilfestellung zur Überbrückung von Versorgungskrisen durch die Anlage und Bewirtschaftung von Getreidevorräten. Auf der anderen Seite wurde ein rechtliches Instrumentarium gegen die unerwünschte Eheschließung in den Unterschichten aufgebaut und im Vollzug zunehmend griffiger ausgestaltet. Diese merkwürdige Ambivalenz von pronatalistischen Massnahmen im medizinisch-ökonomischen Bereich und von antinatalistischen Massnahmen im sozialen Bereich akzentuierte sich im frühen 19. Jahrhundert: Einerseits griff die Restaurationsregierung, um die Kindersterblichkeit zu senken, erstmals zum Mittel einer Medikalisierung der gesamten Bevölkerung, indem sie in den 1820er Jahren die Pockenimpfung für die Unterschichten subventionierte und weitgehend durchsetzte. Andererseits schloss sie die Armen-geössigen, die nicht in der Lage waren, bezogene Unterstützungsgelder zurückzuzahlen, von der Heirat aus und verweigerte ihnen dadurch die Möglichkeit, im

Rahmen der geltenden Rechtsordnung sexuelle Beziehungen aufzunehmen. Die Frühliberalen führten diese Repressionspolitik – in auffallendem Widerspruch zu den von ihnen verkündeten freiheitlichen Prinzipien – konsequent weiter. Diese soziale Ambivalenz finden wir auch in der Niederlassungspolitik des 19. Jahrhunderts: Willkommen waren Fremde, von deren Anwesenheit sich der Staat ökonomischen Nutzen versprach. Auf der anderen Seite wurde Angehörigen von Unterschichten ohne ökonomische Selbständigkeit oder nützlichen Beruf die Niederlassung verweigert, um eine Zunahme der «gefährlichen Klassen» und der Soziallasten zu vermeiden. Nach der Privatisierung und Demontage des paternalistischen Fürsorgesystems schoben Gemeinden und Obrigkeit in der langen Krise der Jahrhundertmitte einen Teil ihrer «überflüssigen» burgerlichen Unterschichten nach Nordamerika ab. Während der behördlich unterstützte Auswanderungsschub in den 1850er Jahren noch als demographische Entlastung begrüßt wurde, war in den frühen 1880er Jahren die Erkenntnis herangereift, dass der Kanton durch die Ab- und Auswanderung auch Humankapital in Form des «Brain-Drain» verlor.

